

Vom Hamburger Wohnstift zum sozialwirtschaftlichen Unternehmen

Alida Schmidt-Stiftung 1874 – 2014



Alida Schmidt-Stiftung

Wir danken allen Institutionen und Privatpersonen für die Hilfe bei der Erstellung dieser Broschüre, für die vielen informativen Gespräche und die zur Verfügung gestellten Materialien. Allen (ehemaligen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die wir zu ihrer Arbeit in der Stiftung interviewen durften, danken wir ebenfalls herzlich für ihre Offenheit und ihr Vertrauen.

Ein besonderer Dank gilt Familie Schön, die als Nachfahren unserer Stifterin Ida Schmidt zwei Bildnisse und Briefe von ihr zu Verfügung stellten.

Inhalt



Vorwort Hans-Peter Strenge und Thomas Schröder-Kamprad, Vorstand	4
Grußwort Jana Schiedek, Senatorin für Justiz und Gleichstellung	5
Alida Schmidt-Stiftung: Die Geschichte im Überblick	6
Die Anfänge der Alida Schmidt-Stiftung (1874–1944)	8
Die Stifterin Ida Schmidt und ihre Familie	8
Die Errichtung der Alida Schmidt-Stiftung	9
Leben im Wohnstift und die weitere Entwicklung	12
Weimarer Republik: Veränderungen durch die Inflation	13
Die Stiftung im Nationalsozialismus	14
Neue Aufgaben in der Zeit des Wiederaufbaus (1945–1969)	15
Die Erweiterung der Stiftung durch die Aufnahme anderer Stiftungen	15
Die Eingliederung der Karl Kaufmann-Stiftung	16
Der Bau neuer Wohnheime	18
Das Mädchenwohnheim in der Bürgerweide	19
Wohnheime für Schwerbeschädigte, Tbc-Kranke und „Alte“	19
Ausbau und sozialpädagogische Neuerungen (1969–1991)	21
Die Stiftung wird eigenständig und erweitert ihre Arbeitsfelder	21
Vom Mädchenwohnheim zur pädagogischen Einrichtung	24
Wohnen im fortgeschrittenen Alter	27
Zikadenweg	27
Max-Brauer-Heim	29
Zuwachs: Das Carl und Amanda Behrs-Testament	32
Das Ende des Alida Schmidt-Wohnstifts in der Bürgerweide	34
Sanierungsprojekte	36
Einrichtungen der Suchttherapie	36
Sozialtherapeutisches Wohnheim Jenfeld	37
Das Fachkrankenhaus Hansenbarg	40
Im Zeichen von Professionalisierung (1991–2013)	46
Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kostendruck	46
Der Ausbau der Fachklinik Hansenbarg	47
Ambulante Angebote für Suchtkranke	49
Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld	50
Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe	54
Altenhilfe	58
Der Außenauftritt der Stiftung und interne Kommunikation und Kooperation	62
Evaluierung und Qualitätssicherung	64
Die Stiftungen heute und in der Zukunft	66
Ein Ausblick von Christina Baumeister, Geschäftsführerin	66
Die Mitglieder des Vorstands	68
Die Einrichtungsleitungen	73
Alida Schmidt-Stiftung: Die Einrichtungen im Überblick	74
Quellen: Literatur und Archive	76
Impressum	77

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Gründungsherz unserer Stiftung schlägt in der Bürgerweide in Hamburg-Borgfelde. Hier weihte die Hamburgerin Ida Schmidt 1875 ihr Wohnstift für „hülsbedürftige, unbescholtene Witwen und Jungfrauen“ ein. Den Anstoß dazu gab der Tod ihrer einzigen Tochter Alida im Jahr zuvor. Die Mutter betrauerte den Verlust der 23-jährigen sehr und errichtete zu ihrem Andenken 1874 die Alida Schmidt-Stiftung.

Wenig war bislang über die Geschichte der Stiftung bekannt. Wie entwickelte sie sich in den vergangenen 140 Jahren von einem Wohnstift zu einem der großen sozialwirtschaftlichen Unternehmen Hamburgs? Die Historikerin Dr. Kristina Vagt und Stiftungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sind dazu auf Spurensuche gegangen. In dieser Broschüre dokumentieren wir die Ergebnisse, die ein klares Bild zeichnen:

- Die Alida Schmidt-Stiftung ist aus privater Wohltätigkeit entstanden. Bis 1945 war sie ein reines Wohnstift, ursprünglich für bedürftige Frauen, später für wechselnde Zielgruppen. Nach 1945 wurden ihr andere, meist kleinere Stiftungen zugeschlagen und ihre Aufgaben erweiterten sich.
- Auf Wunsch der Stifterin wurde die Stiftung bis Anfang der 1980er Jahre durch die Stadt Hamburg geführt, die damit zusätzliche finanzielle und organisatorische Möglichkeiten hatte, sozialpolitische Bedarfe für Menschen in besonderen Lebenslagen zu erfüllen.
- In den 60er Jahren erweiterte die Stiftung so ihre Aufgabenfelder um die Seniorenhilfe, in den 70er Jahren um die Suchtkrankenhilfe und aus der ursprünglichen Hilfe für Frauen wurde der Bereich der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe.
- Heute ist die Stiftung eine von der Stadt Hamburg unabhängige, privatrechtliche gemeinnützige Stiftung. Lediglich der Stiftungsvorsitzende wird noch vom Präses der Sozialbehörde bestimmt.



- Die Stiftung ist einer der 200 größten Arbeitgeber in Hamburg. Wie es sich bei uns arbeitet, früher und heute, auch darüber berichten in dieser Broschüre acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellvertretend für ihre 250 Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Leserin, lieber Leser, wer – wie Ida Schmidt – eine Stiftung gründet, der wünscht sich, dass seine Ideale und sein Vermögen in die Zukunft wirken. Das Ideal von Ida Schmidt war es, Hilfsbedürftigen ein Obdach zu geben und so ihre Unabhängigkeit von familiärer und staatlicher Unterstützung zu sichern. Gleichwohl hat unsere Stifterin damals nicht erahnen können, wo ihre Stiftung 140 Jahre nach der Gründung heute steht: Über 400 Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen haben in einer der stiftungseigenen Seniorenwohneinrichtungen eine eigene Wohnung gemietet. Die Stiftung unterstützt jährlich rund 600 Klienten und Klientinnen mit Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit in ihren Suchthilfeinrichtungen. In der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe betreut die Stiftung laufend 120 Familien, Alleinerziehende, Frauen, Kinder und Jugendliche.

Alles über die Entwicklung der Stiftung und über die Pläne und Herausforderungen für die Zukunft erfahren Sie bei der Lektüre dieser Publikation. Dabei wünschen wir Ihnen viel Freude und neue Erkenntnisse.

Hans-Peter Streng
Vorstandsvorsitzender

Thomas Schröder-Kamrad
stellvertretender
Vorstandsvorsitzender

Grußwort

Zum 140. Jubiläum der Alida-Schmidt-Stiftung gratuliere ich ganz herzlich. Die Stiftung kann auf fast anderthalb Jahrhunderte sehr bewegter und wertvoller Stiftungsarbeit zurückblicken – eindrucksvoll zusammengefasst in der vorliegenden Jubiläumsbroschüre.

Stiften hat in Hamburg eine jahrhundertealte Tradition. Angefangen bei der Gründung der ersten Stiftung im Jahr 1227 können wir heute als Stiftungshauptstadt Deutschlands über 1.300 Stiftungen verzeichnen. Hinter diesen Stiftungen stehen Menschen, die mit viel Geld und großem Engagement Gutes tun und damit das Leben in unserer Stadt sehr bereichern. Vielfach wurde und wird mit der Gründung einer Stiftung auf aktuelle gesellschaftliche Bedürfnisse reagiert.

Mit ihrem damaligen Stiftungszweck, „der Unterstützung hilfsbedürftiger, unbescholtener Witwen und Jungfrauen, zunächst der gebildeten Stämme, mittelst Gewährung von Freiwohnungen und eventuell Feuerung“, lag die Alida Schmidt-Stiftung in ihrem Gründungsjahr 1874 ganz im Trend ihrer Zeit. Private Stifterinnen und Stifter wollten Hamburger Bürgerinnen und Bürgern aus bürgerlichen Verhältnissen durch die Gewährung von kostenfreiem Wohnraum vor dem sozialen Abstieg und der Abhängigkeit von staatlichen Leistungen bewahren. Oft standen Frauen hinter den neu gegründeten Stiftungen und engagierten sich als Wohltäterinnen.

Sehr anschaulich wird in der Chronik dargestellt, wie sich die Aufgabenschwerpunkte der Stiftung entsprechend der Bedürfnisse und Nöte der Menschen verändert haben.



Heute unterstützt die Alida Schmidt-Stiftung Menschen in schwierigen Lebenssituationen, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Wohnungen oder Plätzen in Pflegeeinrichtungen oder durch ambulante Beratung und Betreuung. Sie leistet damit einen wertvollen Beitrag für die sozialen Geschicke unserer Stadt.

Im Namen des Hamburger Senats danke ich allen Unterstützerinnen und Unterstützern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung für diese wichtige Arbeit.

Für die nächsten 140 Jahre wünsche ich weiterhin viel Tatkraft und viel Erfolg.

Jana Schiedek
Senatorin für Justiz und Gleichstellung

Alida Schmidt-Stiftung: Die Geschichte im Überblick



26. Mai 1828 Ida Schmidt – die Stifterin der Alida Schmidt-Stiftung – wird als Tochter des Kaufmanns und Konsuls Florentin Theodor Schmidt in Hamburg geboren.

1846 Ida Schmidt heiratet ihren Onkel Friedrich Wilhelm Schmidt (1802-1867), der wie ihr Vater Kaufmann und Konsul in Hamburg ist. Sie bekommen fünf Kinder, von denen zwei das Kindesalter nicht überleben.

30. Juni 1873 Ida Schmidts Tochter Alida (geb. 4. Mai 1850) stirbt nach längerer Krankheit – mutmaßlich an Tuberkulose.

15. April 1874 Der Hamburger Senat genehmigt die Satzung der von Ida Schmidt im Andenken an ihre verstorbene Tochter gegründeten Alida Schmidt-Stiftung.

1875 Das Alida Schmidt-Stift mit 34 Wohnungen wird „zur Unterstützung hilfsbedürftiger, unbescholtener Witwen und Jungfrauen“ eröffnet. Die Stadt Hamburg hat das Grundstück an der Bürgerweide 23 in Borgfelde in Erbpacht zur Verfügung gestellt.

1904 Ida Schmidt stirbt in Wiesbaden. Da alle ihre Kinder bereits verstorben sind, vererbt sie ihr Vermögen hauptsächlich ihren 14 Nichten und Neffen. Die Alida Schmidt-Stiftung wird der Stadt Hamburg übertragen, wie von Ida Schmidt verfügt. In der Folge übernehmen Senatoren den Stiftungsvorsitz.

1923 Durch die verheerende Inflation geht auch das Vermögen der Alida Schmidt-Stiftung verloren. Daher müssen die Bewohnerinnen im Wohnstift Bürgerweide nun geringe Mietzahlungen leisten.

16. Oktober 1925 Das 50-jährige Stiftsjubiläum wird festlich begangen.

1933 Als der sozialdemokratische Senator Paul Neumann nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten aus dem Amt scheiden muss, gibt er den Vorsitz der Alida Schmidt-Stiftung an den neuen nationalsozialistischen Senator Wilhelm von Allwörden ab.

1938 Zwei wichtige Änderungen erfolgen in der Stiftungssatzung: 1) „Die Wohltaten der Stiftung sind nur für deutsche Volksgenossen christlicher Konfession und für solche bestimmt, für welche die Gewährung einer billigen Wohnung ein wirkliches Bedürfnis ist.“ 2) „Bei Auflösung der Stiftung fällt das Vermögen an die Hansestadt Hamburg, die es für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.“

1951 In der Alida Schmidt-Stiftung gehen neun Stiftungen auf, deren Gebäude im Zweiten Weltkrieg zerstört worden waren oder die ihr Stiftungsvermögen verloren hatten. Die Satzung wird so abgeändert, dass die Alida Schmidt-Stiftung „bedürftige Personen ohne Rücksicht auf ihren Glauben“ unterbringen darf. Die Verwaltung der Stiftung ist bei der Sozialbehörde angesiedelt.

1952 Das verbliebene Vermögen der Karl Kaufmann-Stiftung, die der ehemalige nationalsozialistische Gauleiter von Hamburg 1938 gegründet hat, wird an die Alida Schmidt-Stiftung übertragen. Die Alida Schmidt-Stiftung soll das hinzukommende Vermögen zur Errichtung eines Stiftsgebäudes für Ehepaare nutzen, „von denen ein Teil schwerkriegsbeschädigt ist“.

1954 Das Mädchenwohnheim in der Bürgerweide 19 wird eingeweiht. In den Anfängen sind 94 Heimplätze für junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren in Mehrbettzimmern vorhanden.

1956 Das Wohnheim „Weidenhof“ mit 69 Plätzen für Tbc-krankte Männer in Jenfeld wird eröffnet und nach kurzer Zeit von der Sozialbehörde weitergeführt. Die Alida Schmidt-Stiftung ist Vermieterin.

1954 Das Wohnheim für Schwerbeschädigte mit 53 Wohnungen wird in der Bürgerweide 21 eröffnet.

1961 Die Altenwohnanlage in der Elsa-Brändström-Straße in Jenfeld mit 80 Wohnungen für Alleinstehende und 37 Wohnungen für Ehepaare wird fertiggestellt.

1969 Harald Wehking, Mitarbeiter in der Sozialbehörde, wird im Nebenamt Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung. Er wird in den 1970er Jahren den neuen Bereich „Suchtkrankenhilfe“ einführen.

1972 Die Altenwohnanlage im Zikadenweg in Marienthal wird mit 71 Wohnungen für Alleinstehende und 26 Wohnungen für Ehepaare eröffnet. 2008 wird sie abgerissen und das Grundstück verkauft.

1973 Das Wohnheim „Weidenhof“ wird in das Sozialtherapeutische Wohnheim Jenfeld (STW) für 40 alkoholranke Männer umgewandelt.

1975 Das Mädchenwohnheim in der Bürgerweide 19 wird als Therapeutisches Wohnheim für Mädchen und junge Frauen „mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ weitergeführt. Es sind 56 Plätze vorhanden.

1976 Die Alida Schmidt-Stiftung eröffnet das Max-Brauer-Heim als zweistufige Anlage mit 194 Wohnungen und einer Pflegestation mit 56 Plätzen. Besitzerin ist die Neue Heimat, später SAGA GWG.

1978 Das Carl und Amanda Behrs-Testament, das Miethäuser in der Dorotheenstraße und der Probsteier Straße umfasst und bislang von der Stadt Hamburg verwaltet wurde, wird an die Alida Schmidt-Stiftung übertragen.

1979 Das Fachkrankenhaus Hansenberg mit 70 Plätzen für alkoholranke Menschen wird im Februar eröffnet. Die Anlage in der Lüneburger Heide wird zunächst von der Landesversicherungsanstalt (LVA) gepachtet und 1999 von der LVA erworben.

1979 Harald Wehking wird im März hauptamtlicher Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung, der Flutopfer-Stiftung von 1962 und der Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung. In der Folge wird die Alida Schmidt-Stiftung aus der Behördenstruktur gelöst. Die Hauptverwaltung, die für alle drei selbstständigen Stiftungen zuständig ist, wird in der Finkenau in Uhlenhorst bezogen. 1982 kommt die neu gegründete Georg und Emma Poensgen-Stiftung hinzu.

1980 Die Alida Schmidt-Stiftung gibt das Grundstück in der Bürgerweide 23 mitsamt dem Stiftsgebäude an die Stadt Hamburg zurück. Der Grund: Alle Wohnungen stehen leer und das Gebäude ist dringend sanierungsbedürftig. Die Kosten für eine zeitgemäße Sanierung erscheinen der Stiftung zu hoch.

1985 Das Alida Schmidt-Stift in der Bürgerweide 23 wird rückwirkend für 1982 unter Denkmalschutz gestellt. Das Gebäude wird von einem privaten Investor saniert und die Wohnungen vermietet.

1985 Die Carl und Amanda-Behrs Wohnanlage mit 69 Wohnungen in Hamburg-Horn wird eingeweiht.

1990 Die Rentenversicherungsträger verkürzen die Behandlungszeit für Alkoholranke von sechs auf vier Monate. Der Kostendruck auf die Fachkliniken steigt. Das Fachkrankenhaus Hansenberg wird bis 1992 neu strukturiert. Die Anzahl der Plätze wird auf 80 erweitert.

1991 Peter Fischer wird Nachfolger des bisherigen Geschäftsführers Harald Wehking.

1995 Die gesetzliche Pflegeversicherung wird eingeführt. Es kommen neue Aufgaben auf die Pflegeeinrichtungen zu – so auch auf das Max-Brauer-Heim.

1995 Aus dem sozialtherapeutischen Wohnheim für junge Frauen wird eine Jugendhilfeeinrichtung. Die stationären Plätze werden auf 15 reduziert. Es werden nun auch Schwangere bzw. Mütter mit Kleinkindern aufgenommen. Außerdem werden Plätze in ambulanten Wohngruppen angeboten.

1997/98 Die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld, ehemals STWJ, wird neu ausgerichtet und um eine Adaptionseinrichtung sowie Vorsorgeplätze ergänzt.

1999 Die ZukunftArbeit gGmbH wird gemeinsam mit therapiehilfe e.V. gegründet. Ziel ist die berufliche Integration von suchterkrankten Menschen.

2005 Im Fachkrankenhaus Hansenberg wird der Neubau mit Physio-Therapieräumen, Bewegungsbad, Fitnessbereich, Sauna sowie Patientenzimmern fertig gestellt. Die Bettenkapazität wird 2005 auf insgesamt 90 und 2007 auf 100 Plätze erweitert.

2007/2008 Die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld (TGJ) wird umgebaut und modernisiert.

2009 Das „Elbschloss an der Bille“ wird eröffnet – ein Kooperationsprojekt mehrerer Träger mit Angeboten für den Stadtteil Hamm-Süd. Die Alida Schmidt-Stiftung betreibt eine Mutter- Kind-Einrichtung.

2009 Christina Baumeister wird Geschäftsführerin der Alida Schmidt-Stiftung, nachdem Peter Fischer in den Ruhestand eingetreten ist.

2010 Die Stiftung erhält den Zuschlag für das dreijährige Bundesmodellprojekt „Sucht im Alter“.

2011 Die Adaptionseinrichtung der TGJ vergrößert ihre Kapazität und zieht auf das Gelände des Berufsförderungswerks in Farmsen um.

2012 Die ZukunftArbeit gGmbH erweitert ihre Tätigkeit um ein Integrationsunternehmen und beschäftigt neben „Ein-Euro-Jobbern“ auch schwerbehinderte Arbeitnehmer u.a. im Bereich Fahrradwerkstatt.

September 2012 Im Gemeindesaal des Michel findet der erste Stiftungstag der vier gemeinsam verwalteten Stiftungen mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Vorstand und Geschäftsführung statt.

2014 Die Alida Schmidt-Stiftung feiert ihren 140. Gründungstag am 15. April 2014 und veröffentlicht eine Historie der Stiftung.

Die Anfänge der Alida Schmidt-Stiftung (1874–1944)



„Was ich verloren, weiß ich genau, da die Welt nicht ahnte, welchen edlen Charakter Alida besaß. Er bewährte sich bis zuletzt durch alle Leiden, denn keine Klage ist über ihre Lippen gekommen.“

Die Stifterin Ida Schmidt schrieb diese Worte 1873 nach dem Tod ihrer Tochter Alida an einen Freund. Im April 1874 errichtete sie zum Andenken an Alida, die nur 23 Jahre alt geworden war, die Alida Schmidt-Stiftung.

Die Stifterin Ida Schmidt und ihre Familie

Ida Schmidt, geboren am 26. Mai 1828, entstammte der Hamburger Oberschicht. Ihr Vater und dessen Brüder hatten in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts einen enormen wirtschaftlichen Aufstieg erlebt, der auf dem Zucker- und Baumwollhandel mit den europäischen Kolonien gründete.

Ida Schmidts Vater Florentin Theodor Schmidt (1783-1860), Sohn des Kreisarztes und Bürgermeisters im fränkischen Wunsiedel, war 1803 nach Hamburg gekommen und in das Handelshaus von Heinrich Johann Merck eingetreten, mit dem er weitläufig verwandt war. Unter der französischen Besatzung (1806-1814) erlebte der Hamburger Handel große Einbußen. Deshalb zog sich Schmidt in seine Heimatstadt Wunsiedel zurück, wo er ein Geschäft mit Rohrzucker gründete. Während der 1806 bis 1812 durch Napoleon verhängten Wirtschaftsblockade gegen Großbritannien – der „Kontinentalsperre“ – bezog Schmidt zunächst nur geschmuggelten Zucker und gründete 1812 eine Zuckerfabrik. 1813 eröffnete er zusätzlich in Hamburg ein Kontor zum legalen Import von Zucker und wurde 1815 Teilhaber im Handelshaus H.J. Merck. 1834 verlegten Schmidt und sein jüngerer Bruder Christian als sein Partner die Zuckerproduktion nach Bayreuth.

Schmidt importierte – so wie viele andere europäische Kaufleute – den Rohrzucker aus den überseeischen Kolonien, wo er von afrikanischen Sklaven angebaut wurde. Verarbeitet wurde er dagegen in Europa. Im Laufe des 19. Jahrhunderts fand dann die Zuckergewinnung aus europäischen Zuckerrüben Verbreitung.

Ida Schmidt heiratete 1846 Friedrich Wilhelm Schmidt (1802-1867) – einen weiteren jüngeren Bruder ihres Vaters. Die Hochzeit fand in Bayreuth statt. Eine Heirat unter Verwandten war in der bürgerlichen Oberschicht nicht ungewöhnlich. Damit sollte generell der soziale Zusammenhalt gestärkt werden.

Friedrich Wilhelm Schmidt war von 1831 bis 1844 Konsul für Hamburg in New Orleans und war gemeinsam mit einem weiteren Bruder in New York tätig gewesen – unter anderem im Baumwollhandel und vermutlich zusammen mit H.J. Merck & Co.

Ida und Friedrich Wilhelm Schmidt hatten insgesamt fünf Kinder, von denen zwei das Kindesalter nicht überlebten. Es blieben die Kinder Alida, Edmund und Florentin Erwin. Alida Mathilde Schmidt wurde am 4. Mai 1850 in Hamburg geboren und lt. Taufregister der Kirche St. Jacobi am 24. Juli 1850 getauft.

Ida Schmidt wurde 1867, im Alter von 39 Jahren, Witwe. Durch das Erbe ihres Vaters und das ihres Ehemannes war sie materiell abgesichert und bewohnte eine repräsentative Villa im Mittelweg 49 in Harvestehude.

Sie verkehrte in gehobenen bürgerlichen Kreisen und pflegte eine langjährige Freundschaft zu Carl Friedrich Petersen, der ab 1855 Senator und ab 1876 Erster Bürgermeister von Hamburg war.

Aus Briefen von Ida Schmidt an Petersen, die sich heute im Besitz der Familie ihres Urgroßneffen befinden, geht hervor, dass sie ein inniges Verhältnis zu ihrer Tochter Alida hatte. Im August 1872 schrieb Ida Schmidt von ihrer großen Sorge um Alida, da eine Erkältung im Frühjahr noch nicht auskuriert sei. Ein gemeinsamer Kuraufenthalt in Menton nahe Monaco in den Wintermonaten 1872/73 brachte nicht die erhoffte Heilung. Alida verstarb am 30. Juni 1873 im Alter von 23 Jahren – mutmaßlich an Tuberkulose.

Noch im Todesjahr 1873 verfügte Ida Schmidt die Gründung der „Alida Schmidt’schen Mädchenaussteuerstiftung“ in Bayreuth, wo sie geheiratet hatte. Die Zinsen des Stiftungsvermögens sollten an „arme, vorzugsweise dem Arbeiterstande angehörige Mädchen“ ausgezahlt werden.

Ein Jahr später, im April 1874, errichtete Ida Schmidt in Hamburg die Alida Schmidt-Stiftung; die Satzung wurde am 15. April 1874 durch den Senat genehmigt. 1875



Drei Generationen der Familie Schmidt: Unten rechts sitzt Alida Schmidt im Kindesalter, eingerahmt von ihren Großeltern, links ihre Eltern Ida und Friedrich Wilhelm Schmidt sowie ihre beiden Brüder.

wurde das Alida Schmidt-Stift in der Bürgerweide 23 eingeweiht, das Ida Schmidt bis zu ihrem Tod 1904 selbst verwaltete. Mit dem Stiftungszweck, Wohnungen für in Not geratene Frauen zur Verfügung zu stellen und sie damit vor staatlicher Armenfürsorge zu bewahren, verfolgte sie die damals gängigen, bürgerlichen Zielsetzungen von weiblicher Wohltätigkeit. Nach Alidas Tod verband sie ihre schon länger gehegten Pläne für ein solches Wohnstift mit dem Bestreben, auf alle Zeit an ihre geliebte Tochter zu erinnern. Derartige Stiftungen im Andenken an verstorbene Angehörige zu gründen oder in anderer Form an diese zu erinnern, war in bürgerlichen Kreisen überaus üblich. So stiftete Ida Schmidt für ihren 1880 verstorbenen Sohn Edmund eine Orgel für die Kirche St. Johannis-Harvestehude. Die Kirche, in fußläufiger Entfernung zu ihrer Villa im Mittelweg gelegen, war 1882 eingeweiht worden.

Aus Briefen an Carl Friedrich Petersen lässt sich erfahren, dass die Söhne Edmund und Florentin Erwin ihrer Mutter durch einen unstillen Lebenswandel großen Kummer bereiteten. Daher erwarb Ida Schmidt 1876 für ihren Sohn Florentin Erwin einen Gutshof in Ostholstein in der Hoffnung, dass er durch die Arbeit in der Landwirtschaft – er hatte eine landwirtschaftliche Ausbildung absolviert – zur Ruhe kommen würde. Er verstarb 1892.

Keines von Ida Schmidts Kindern hatte selbst Kinder bekommen. Als Ida Schmidt 1904 im Alter von 76 Jahren in Wiesbaden starb, hinterließ sie daher ihren 14 Neffen

und Nichten und mehreren wohltätigen Institutionen ein Vermögen von 7 Millionen Mark.

Auch wenn Hamburg ihren Lebensmittelpunkt gebildet hatte, fühlte Ida Schmidt sich Bayreuth verbunden. So verfügte sie testamentarisch, dort nach ihrem Tod die „Ida Schmidt’sche Siechenhaus- und Altersheimstiftung“ zu gründen, die „freie Wohnung für arme gebrechliche, erwerbsunfähige, in Bayreuth beheimatete, nicht zu den konskribierten Armen gehörige Personen“ anbot. Diese Stiftung ging 1949 in der „Vereinigten Armen- und Krankenstiftung“ auf, die bis heute in Bayreuth älteren Menschen Unterstützung bietet.

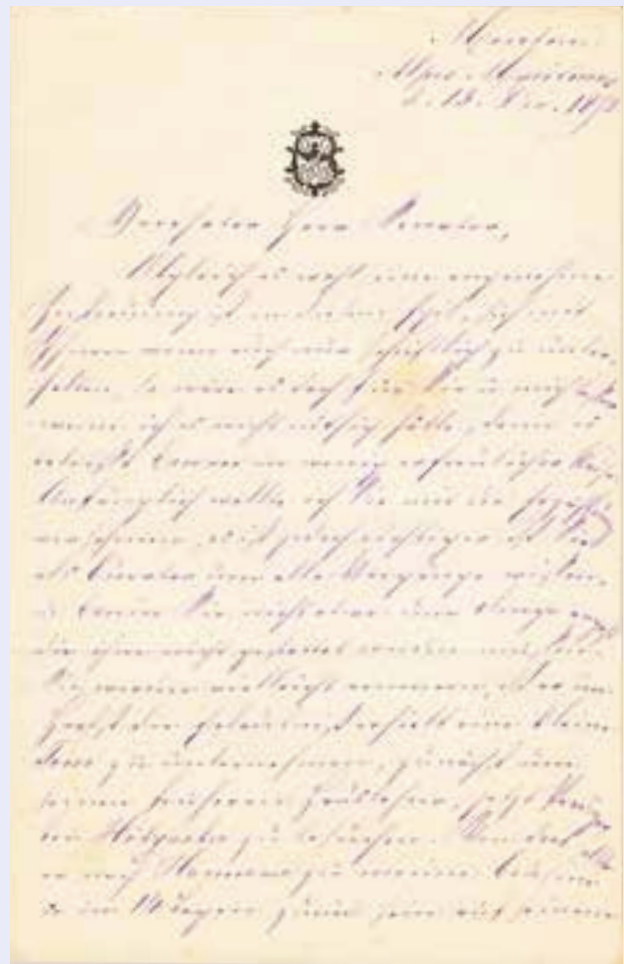
Die Errichtung der Alida Schmidt-Stiftung

Ida Schmidt erläuterte bereits am 13. Dezember 1872, ein halbes Jahr vor dem Tod ihrer Tochter Alida, ihrem Freund Senator Petersen ihren Wunsch, ein Wohnstift zu errichten:

„[...] auch möchte ich so gern meinen Lieblingsplan mit einem kleinen Stift von 16 Wohnungen durchführen, und ein kleines Kapital dafür sichern. Den Plan und die Statuten habe ich längst entworfen; ich zähle dabei freilich, einen Platz halb vom Senat geschenkt zu erhalten. Kann ich kein solches Haus bauen, so werde ich jedenfalls



Die junge Ida Schmidt, geboren 1828, heiratete mit 18 Jahren. Vier Jahre später kam ihre Tochter Alida zur Welt.



Ida Schmidt stand in einem regen Briefwechsel mit dem damaligen Hamburger Senator und späteren Bürgermeister Carl Friedrich Petersen.



Carl Friedrich Petersen wurde erstmals 1876 zum Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg gewählt.

bestimmen, daß die Zinsen des Kapitals, sobald es sich tun läßt, jährlich an Meistbedürftige verteilt werden.“
Möglicherweise vermittelte Senator Petersen das für das Alida Schmidt-Stift bestimmte Grundstück an der Bürgerweide in Borgfelde, das der Hamburger Senat in Erbpacht zur Verfügung stellte. Nach Aufhebung der Torsperre 1860 hatte dort die städtische Besiedelung eingesetzt. 1871 wurde Borgfelde zum Vorort und 1894 zum Stadtteil von Hamburg. Ab den 1870er Jahren entstanden an der Bürgerweide mehrere karitative Einrichtungen und Stiftungen: die Taubstummenanstalt (1872), das Hiobs-Hospital (1883/84), das St. Gertruden-Stift (1882-84) sowie das Auguste Jauch-Stift (1889). Teilweise waren die Institutionen aus der Innenstadt weggezogen, die zur Geschäftsstadt wurde, teilweise handelte es sich um Neugründungen.

Die Baupläne für das Alida Schmidt-Stift stammten von Albert Rosengarten (1809-1893). Er war nach dem Großen Brand von 1842 nach Hamburg gekommen und nahm hier eine rege Bautätigkeit für christliche und jüdische, private und öffentliche Auftraggeber auf. Rosengarten, der als erster jüdischer Architekt in Deutschland gilt, plante in Hamburg vier Synagogen. Nach seinen Plänen entstanden auch drei Wohnstifte: das Schröderstift in Rotherbaum (1851/52), das Gast- und Krankenhaus St. Georg (1854-1858) sowie das Oberaltenstift in Hohenfelde (1866-1869). Damit verfügte er über umfangreiche Erfahrungen, als er den Auftrag für den Bau des Alida Schmidt-Stifts übernahm.

Wie viele andere Wohnstifte im 19. Jahrhundert war das Alida Schmidt-Stift eine kleine palastartige Anlage. Rosengarten gab dem dreigeschossigen Gebäude eine schlichte Fassade aus hellem Stein. Derartige Fassaden spiegelten den Anspruch wider, dass es sich bei den Bewohnern um „anständige“ Bürger handelte. Noch heute ist der Schriftzug „Alida Schmidt-Stift“ über dem Eingang sichtbar.

Das Stiftsgebäude wurde mit 34 Wohnungen größer, als 1872 von Ida Schmidt angedacht. Das Gebäude hatte 16 Doppel- und 18 Einzelwohnungen, die jeweils aus zwei Zimmern und Küche bestanden. Zu jeder Wohnung gehörten ein Keller- und ein Bodenraum. Hinzu kamen Waschküchen und Trockenräume.

Am 12. Oktober 1875 wurde das Alida Schmidt-Stift feierlich eingeweiht. Pastor Endelmann aus der Kirchengemeinde St. Jacobi hielt eine Rede und segnete das Gebäude.

Die Stiftungssatzung sah die „Unterstützung hilfsbedürftiger, unbescholtener Witwen und Jungfrauen, zunächst der gebildeten Stände, mittelst Gewährung von Freiwohnungen und eventuell Feuerung in dem dazu errichteten Stiftungsgebäude“ vor. Die Bewohnerinnen sollten christlicher Konfession sein und kein Recht auf Leistungen des staatlichen „Armenwesens“ haben. Drei Viertel der Bewohnerinnen sollten Hamburgerinnen sein. Ida Schmidt griff insgesamt die damals üblichen Richtlinien auf: Kriterium für die Aufnahme in ein bürgerliches

*Die Keimzelle der
Stiftung: das Alida
Schmidt-Stift in der
Bürgerweide 23. Es
wurde 1875
eingeweiht.*



Wohnstift war in der Regel nicht nur die finanzielle Bedürftigkeit, sondern auch die moralische Lebensführung.

Leben im Wohnstift und die weitere Entwicklung

Diese moralische Lebensführung sollte auch im Stift fortgeführt werden. Die langen Korridore im Gebäude, von denen die Wohnungen abgingen, sollten die soziale Kontrolle zur Einhaltung der Regeln gewährleisten, so der Hamburger Kunsthistoriker Hermann Hipp.

Die erhaltene Hausordnung von 1883 vermittelt einen Eindruck davon, wie das Zusammenleben geregelt war. Besonderer Wert wurde auf Reinlichkeit und Ordnung gelegt und z.B. der Umgang mit der Wäsche detailliert festgelegt: „Die Wäsche muß in der Waschküche gehörig ausgerungen und dann auf den Trockenböden getrocknet werden. Es ist nicht gestattet, Wäsche auf dem Hofe hinzulegen, oder aus den Fenstern zu hängen. Die Fenster auf den Trockenböden sind nach Benutzung des Bodens zu schließen. Die Mangel ist reinzuhalten.“

Ein Aufseher trug Sorge dafür, dass die Bewohnerinnen die Hausordnung beachtetten. Zu seinen Aufgaben gehörte, dass er morgens um 6 Uhr das Haus auf- und abends um 23 Uhr abschloss. Wenn eine Bewohnerin außerhalb dieser Zeiten das Haus betreten oder verlassen wollte und dazu vorher keinen Schlüssel ausgeliehen hatte, musste sie den Aufseher bitten zu öffnen und dafür eine Gebühr von 15 Pfennigen entrichten.



Die Bürgerweide in Borgfelde um 1905.

Ida Schmidt leitete die Alida Schmidt-Stiftung und vergab die Wohnungen zu ihren Lebzeiten wohl selbst. Laut Satzung der Alida Schmidt-Stiftung sollte nach Ida Schmidts Tod die „Verwaltung der Stiftung und die Vertheilung der Stiftswohlthaten“ auf die Stadt Hamburg übergehen. Der Senat bestimmte in der Folge eines seiner Mitglieder für den Vorsitz. Als erster Verwalter wurde 1904 Senator Johann Otto Stammann gewählt, 1909 folgte ihm Senator Gottfried Holthusen, der das Amt bis zu seinem Tod 1920 innehatte.

1907 beschäftigte sich Stammann mit der Frage, ob die Wohnungen vermehrt werden sollten, wie es Ida Schmidt 1874 in der Stiftungssatzung gewünscht hatte. Stammann war jedoch der Meinung, dass das Grundstück in der Bürgerweide für einen Neubau zu klein und eine finanzielle Unterstützung einiger Bewohnerinnen dringlicher sei. So bestimmte 1907 die erste Satzungsänderung: „[...] die Zinsen, soweit sie zu Reparaturen nicht erforderlich sind, [sollten] zum Kapital geschlagen werden; der Vorstand der Stiftung ist befugt, aus den Zinsüberschüssen hilfsbedürftigen Bewohnerinnen des Stiftes eine jährliche Unterstützung bis zu 200 M zu gewähren, oder solchen Personen, die an sich für eine Wohnung im Alida Schmidt-Stift geeignet wären, denen eine

Senator Johann Otto Stammann übernahm nach dem Tode Ida Schmidts 1904 die Verwaltung der Stiftung.

solche aber wegen mangelnder freier Wohnungen nicht gewährt werden kann, eine jährliche Mieteunterstützung bis zu 400 M zuzuwenden.“ Aus dem „Handbuch der Wohltätigkeit in Hamburg“ von Hermann Joachim von 1909 geht hervor, dass das Stift 1906 43 Bewohnerinnen hatte. Offenbar waren nicht alle Doppelwohnungen voll belegt.

Wie sich der Erste Weltkrieg auf das Leben des Bewohnerinnen des Alida Schmidt-Stifts auswirkte, ist nicht überliefert. Ob z.B. die Bewohnerinnen – meist ältere Damen – unter Mangel und Hunger litten, wie ein Großteil der Hamburger Bevölkerung, ist nicht bekannt.

Weimarer Republik: Veränderungen durch die Inflation

Zum 50-jährigen Jubiläum der Alida Schmidt-Stiftung berichtete ein Artikel in den Hamburger Nachrichten vom 16. Oktober 1925 über die Festlichkeiten. Zu den Rednern zählte der Pastor der Borgfelder Kirchengemeinde, der mit aus heutiger Sicht übermäßigem Pathos die Entwicklung des Stiftes lobte: „Es war geboren aus dem erschütternden Schmerz einer weinenden Mutter und wurde doch zu einer Saat, die aufging und viele Tränen trocknete.“

Am Morgen sang der Chor einer Mädchenschule und nach der Feier es gab ein Festessen, gestiftet von den „Eilbeker Gesellschaftssälen“. Fast alle der 48 Bewohnerinnen waren anwesend, als Ehrengast die Bewohnerin Marie Rosenberg, die fünfzig Jahre zuvor das Stift mit eingeweiht hatte. Der Artikel zeichnet das Bild einer traditionsreichen Hamburger privaten Wohltätigkeit. Diese verlor jedoch in den 1920er Jahren an Bedeutung. Denn durch die Inflation und die Weltwirtschaftskrise büßten viele Stiftungen ihr Stiftungskapital ein.

Gleichzeitig wurde die öffentliche Wohlfahrt ausgebaut und gewann zunehmend an Bedeutung. Ein Ziel des 1921 gegründeten Hamburger Wohlfahrtsamtes war es, das private Stiftungswesen mit dem öffentlichen Wohlfahrtssystem zu verknüpfen. Zwar sollten auch die Stiftungen, die der öffentlichen Verwaltung unterstanden, formal selbstständig bleiben und ihren Charakter als Institutionen der bürgerlichen Kultur bewahren, doch wollte das Wohlfahrtsamt sie für seine Arbeit nutzen. Das Wohlfahrtsamt strebte in diesem Zuge eine Neuordnung des Stiftungswesens an. Stiftungen, die während der Inflation ihr Vermögen verloren hatten, sollten möglichst aufgelöst und zusammengelegt werden. Damit sollte die Verwaltung der Stiftungen gestrafft werden, um Kosten

einzusparen. Allerdings schränkte die Stiftungsabteilung in der Justizbehörde den Rationalisierungskurs des Wohlfahrtsamtes ein. Sie drängte darauf, dass allein die Stiftungsvorstände über die Auflösung oder Zusammenlegung von Stiftungen entscheiden konnten.

Während es vor der Inflation 1923 in Hamburg 1000 Stiftungen gab, waren es 1934 nur noch 500. Die verbliebenen Stiftungen – darunter 60 bis 100 Wohnstifte – waren teilweise auf staatliche Unterstützung angewiesen. Insgesamt behielten sie jedoch ihren Ruf als zusätzliche wichtige Hilfseinrichtungen für Bedürftige.

Der Alida Schmidt-Stiftung erging es nicht anders als den meisten Stiftungen. So berichtete Arnold Diestel, seit 1920 Erster Bürgermeister und Verwalter der Stiftung, 1923 an das Wohlfahrtsamt, die Ausgaben hätten sich stark erhöht, weshalb die Unterstützungszahlungen bis auf einen Sonderfall eingestellt worden seien. Die Wertpapiere seien ebenfalls verkauft worden. Er schätzte, dass bei anhaltender Lage das Restvermögen bis Jahresende aufgebraucht sei. Daher zog er in Erwägung, weitere Wohnungen jeweils an zwei Damen zu vermieten, um die Mieteinkünfte zu erhöhen. Da viele Bewohnerinnen durch die Inflation ebenfalls ihre Ersparnisse verloren, mussten einige in der Folge staatliche Leistungen beantragen, wie die Landesjustizverwaltung 1934 feststellte. Nach Diestels Tod wurde 1924 Senator Max Schramm Verwalter der Stiftung. Nach dessen Tod folgte am 25. August 1928 Paul Neumann, Senator im Ressort Wohlfahrt.



Die Stiftung im Nationalsozialismus

Der Sozialdemokrat Paul Neumann hatte den Vorsitz bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 inne. Im Juli 1933 übernahm dann Wilhelm von Allwörden, überzeugter Nationalsozialist und Senator der Wohlfahrtsbehörde, den Vorsitz in der Stiftung. Die „Schriftführung“ lag wie zuvor in den Händen des Oberinspektors Hans Hüttmann. 1938 übertrug von Allwörden den Stiftungsvorsitz zur eigenen Entlastung an den Präsidenten der Sozialverwaltung Oscar Martini, der das Amt 1946 abgab.

Nach 1933 wurde das Stiftungsrecht generell so abgeändert, dass viele Stiftungen für die neue Politik vereinahmt oder sogar aufgelöst werden konnten. Das galt vor allem für jüdische und paritätische Stiftungen, aber auch für andere.

1934 wurde in der Satzung der Alida Schmidt-Stiftung darauf verzichtet, dass nur „Personen, welche auf eine Unterstützung durch das Armenwesen des Staates keinen Anspruch erheben können“, eine Wohnung erhalten konnten. Wilhelm von Allwörden schrieb an die Landesjustizverwaltung, es „würde sich auch nicht mit dem Charakter einer milden Stiftung vereinbaren lassen, etwa alle diese Damen aus dem Stift zu entfernen, weil ihre Einkommensverhältnisse nicht mehr den Bestimmungen des § 2 der Statuten gerecht werden“. Des Weiteren empfahl er, als Aufnahmekriterium auf die „hamburgische Staatsangehörigkeit“ zu verzichten und stattdessen einen langjährigen Aufenthalt in Hamburg zur Bedingung zu machen.

1938 wurde die Satzung rhetorisch im Sinne des nationalsozialistischen Regimes abgeändert: „Die Wohltaten der Stiftung sind nur für deutsche Volksgenossen christlicher Konfession und für solche bestimmt, für welche die Gewährung einer billigen Wohnung ein wirkliches Bedürfnis ist.“ Außerdem wurde der Satzung angefügt: „Bei Auflösung der Stiftung fällt das Vermögen an die Hansestadt Hamburg, die es für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.“ Damit hätte die Hansestadt Hamburg keinen kleinen Betrag erhalten. Hatte 1933 das Stiftungsvermögen 66.505 Reichsmark betragen, so war es 1938 auf 73.562 Reichsmark angestiegen. Die Bewohnerinnen hatten zu diesem Zeitpunkt ein Aufnahmegeld von 200 bis 500 Reichsmark zu entrichten und zahlten Mietbeiträge von vier bis zwölf Reichsmark monatlich.

Darüber, wie sich das Leben im Stift unter dem Eindruck des Zweiten Weltkriegs weiter entwickelte, lässt sich aus den Akten im Staatsarchiv Hamburg nur wenig erfahren. Als Borgfelde – wie die anderen östlichen Hamburger Stadtteile – während der Luftangriffe der Alliierten im Sommer 1943 in weiten Teilen zerstört wurde, blieb das Alida Schmidt-Stift in der Bürgerweide weitgehend unbeschadet erhalten. Dagegen nahm die benachbarte Taubstummenanstalt großen Schaden. Lediglich das Direktorenhaus blieb stehen. Danach zogen einige wohnungslos gewordene Hamburger – „Ausgebombte“ – in das Alida Schmidt-Stift ein, die gemäß der Satzung keine Aufnahme gefunden hätten. Diese wohnten dort teilweise bis in die Nachkriegszeit.

Während der schweren Bombardierungen der Alliierten im Sommer 1943, die besonders den Hamburger Osten (hier im Vordergrund Rothenburgsort) und auch Borgfelde trafen, entging das Alida Schmidt-Stift den Zerstörungen.



Neue Aufgaben in der Zeit des Wiederaufbaus (1945–1969)



Die Erweiterung der Stiftung durch die Aufnahme anderer Stiftungen

War die Alida Schmidt-Stiftung bis 1945 nur ein Wohnstift von vielen in Hamburg, so gliederte die Hamburger Sozialbehörde ihr 1951 neun andere Stiftungen an und wies der so vergrößerten Stiftung neue Aufgabenfelder zu. Die Sozialbehörde, die mit dem jeweiligen Senator den Vorstand der Stiftung stellte, führte sie in den folgenden Jahrzehnten als „behördennahe Stiftung“. Die Geschäftsführer kamen aus den Reihen der Behördenmitarbeiter. 1947 wurde Senator Heinrich Eisenbarth Stiftungsvorstand, nach dessen Tod folgte 1951 Sozialsenator Gerhard Neuenkirch, 1955 dann die liberale Senatorin Emilie Kiep-Altenloh. 1958 kam mit Senator Ernst Weiß wieder ein Sozialdemokrat – so wie die ersten beiden nach dem Zweiten Weltkrieg – ins Amt. Bis zu seinem Ausscheiden als Sozialsenator 1978 sorgte er für Kontinuität bei der Alida Schmidt-Stiftung.

Um 1950 plante die Sozialbehörde eine neue „Sammelstiftung für den Wiederaufbau zerstörter Wohnstifte“, in der mehrere von ihr verwaltete Stiftungen aufgehen sollten, „welche infolge von Kriegsschäden und Währungsverfall jetzt ihre Stiftungszwecke nicht mehr wahrnehmen können“. Erste Überlegungen sahen vor, aus dem Restvermögen der aufgelösten Stiftungen ein „großes Wohnstift mit Wirtschaftsgebäuden“ zu errichten – möglichst im Bezirk Wandsbek, da fünf der Stiftungen dort lagen. Die Freie und Hansestadt Hamburg sollte die Baukosten in Gegenleistung für die Übertragung der Grundstücke übernehmen. 1951 nahm die Sozialbehörde jedoch Abstand von dem Vorhaben und verfügte stattdessen, die Stiftungen mit der Alida Schmidt-Stiftung zu vereinigen. Im Unterschied zu den anderen war sie rechtsfähig und hatte wie die anderen den Zweck, Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Da Wandsbek bis zum „Groß-Hamburg-Gesetz“ von 1937/38 eigenständige Gemeinde gewesen war, verhandelte die Sozialbehörde 1950 zunächst mit dem Bezirksamt über die Zusammenlegung des Neumann-Reichardt-Stifts, der Heinrich und Sophie-Helbing-Stiftung, der Wandsbeker Milde Stiftung, der Willöper Stiftung sowie der Conradine Braun-Stiftung. Die Übertragung dieser Stiftungen geschah nicht ohne Widerstand des Leiters des Bezirksamtes Wandsbek. Nach Prüfung der rechtli-



Der Sozialsenator Ernst Weiß übernahm 1958 den Vorstandsvorsitz der Stiftung.

chen Lage erklärte er sich jedoch mit der Auflösung einverstanden.

Die Wandsbeker Milde Stiftung war 1797 von Carl Graf von Schimmelmann errichtet worden. Seit 1923 war die Stiftung, die das Gut Wandsbek umfasste und Freiwohnungen an „alte Leute“ gewährte, der Verwaltung der Stadt Wandsbek überschrieben worden.

Die Willöper-Stiftung ging auf den Kommerzienrat Willöper zurück, der seinen Grundbesitz 1927 an die Stadt Wandsbek verkauft hatte. In der Folge wurde seine Villa ein Wohnstift für alte Leute.

Die Heinrich und Sophie Helbing-Stiftung war durch eine testamentarische Verfügung von Sophie Helbing von 1910 entstanden und hatte Freiwohnungen für arbeitsunfähig gewordene Handwerker, Arbeiter und kleine Leute gewährt.

Das Neumann-Reichardt-Stift hatte seit 1916 Freiwohnungen für Kriegsbeschädigte zur Verfügung gestellt.

Die Conradine Braun-Stiftung war durch die Namensgeberin 1925 verfügt worden. In den von ihr gestifteten Gebäuden in Alt-Rahlstedt wurden „bedürftige Kleinrentner“ untergebracht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren diese Wandsbeker Stifte offenbar so stark zerstört, dass sich der Wiederaufbau nicht zu lohnen schien. Wann und zu welchen Konditionen die Grundstücke veräußert wurden und was mit dem Erlös aus den Verkäufen geschah, geht nicht aus den Akten im Staatsarchiv Hamburg hervor. Nach der Übertragung der fünf Stiftungen blieb erklärtes Ziel, „bei günstiger finanzieller Entwicklung der Alida Schmidt-Stiftung zu gegebener Zeit – etwa in Wandsbek, das die größte Einbuße an Wohnstiften erlitten hat, – ein Stiftsgebäude zu errichten.“

Ebenfalls zerstört war das Calandstift am Papendamm 21 in Rotherbaum, das sich im Besitz der „Dom Armen Casse“ befand. Diese war eine Stiftung des ehemaligen Domkapitels und war 1804 an die Stadt Hamburg übergegangen. Stiftungszweck war unter anderem, „Einkünfte an verschämte Arme auf Lebenszeit“ auszugeben. Nach der Angliederung der Dom Armen Casse verkaufte die Alida Schmidt-Stiftung 1953 das Grundstück am Papendamm für 15.300 DM.

Zwei weitere Wohnstiftungen, die an die Alida Schmidt-Stiftungen übertragen wurden, hatten den Zweiten Weltkrieg unbeschadet überstanden, wurden jedoch als nichtexistenzfähig klassifiziert. Das St. Georg-Hospital im St. Georgskirchhof 15/17 war um 1200 gegründet worden und wurde seit 1700 als Stift für alte Frauen geführt. Das zweite war das Elisenstift der Winterhuder Gemeindepflege von 1893. Die entsprechenden Gebäude im Poßmoorweg 31/33 und Heidberg 30/32 und das Vermögen des Winterhuder Frauenvereins waren in der 1905 gegründeten „Winterhuder Gemeindepflege“ aufgegangen. Diese Stiftung hatte einerseits günstige Arbeiterwohnungen angeboten, andererseits einen Mädchenhort, eine Kinderkrippe und eine Milchküche unterhalten.

Als neunte Stiftung gingen die „A. Hanßen's Testaments-Wohnungen“ in der Alida Schmidt-Stiftung auf. Sie war 1936 durch die Hamburgische Vermögens- und Liegenschaftsverwaltung mit dem Zweck gegründet worden, „unverschuldet erwerbslos und mittellos gewordenen Familienvätern oder Witwen, denen die Ernährung von Kindern obliegt, in eigens dazu erbauten Häusern gegen eine geringe Vergütung vorübergehend Wohnung zu gewähren“. Von dem Stiftungsvermögen in Höhe von 400.000 RM, das aus dem Nachlass des 1889 verstorbenen Adolph Friederich Hanßen stammte, wollte die Stiftung Wohnungen bauen. Die ab 1937 dafür entwickelten Pläne – es gab sogar einen Architektenwettbewerb – wurden aufgrund des Zweiten Weltkriegs jedoch nicht

mehr realisiert. Durch die Währungsreform schmolz das Stiftungsvermögen zusammen.

Wie Senator Neuenkirch 1951 der Senatskanzlei berichtete, betrug das Restvermögen von acht aufgelösten Stiftungen 177.283 DM.

Nach der Erweiterung der Alida Schmidt-Stiftung verständigte sich der Vorstand auf eine Änderung der Satzung, damit sie in den bestehenden und noch zu errichtenden Gebäuden nicht mehr nur Frauen christlicher Konfession aufzunehmen hatte. Fortan konnten „bedürftige Personen ohne Rücksicht auf ihren Glauben“ Aufnahme finden. Damit wurde es grundsätzlich möglich, Männern und Nichtchristen Unterkunft zu bieten. Allein für das Wohnstift in der Bürgerweide 23 galten die ursprünglichen Bestimmungen weiter. Dort wurden nur „weibliche Personen christlicher Konfession“ aufgenommen. Derartige Satzungsänderungen mussten und müssen von der Stiftungsaufsicht genehmigt werden, die früher bei der Senatskanzlei und heute in der Justizbehörde angesiedelt ist. Sie achtet darauf, dass der ursprüngliche Stifterwille gewahrt bleibt.

Die Eingliederung der Karl Kaufmann-Stiftung

1952 gliederte die Hamburger Sozialbehörde eine weitere Stiftung der Alida Schmidt-Stiftung an: die Karl Kaufmann-Stiftung mit einem Vermögen von 33.000 DM. Auflage war, „den Betrag bei der Errichtung eines Stiftsgebäudes für Ehepaare zu verwenden, von denen ein Teil schwerkriegsbeschädigt ist.“ Tatsächlich wurde um 1954 das „Wohnheim für Schwerbeschädigte“ in der Bürgerweide 21 eröffnet.

Der Name der Stiftung wirft heute Fragen auf, da Karl Kaufmann der ehemalige NSDAP-Gauleiter sowie Reichsstatthalter und damit im „Dritten Reich“ der politisch mächtigste Mann in Hamburg war, der sogar dem offiziellen Bürgermeister Vincent Krogmann Befehle erteilte. Von Interesse ist, woher das Stiftungsvermögen stammte und welchem Zweck die Stiftung diente.

Im NS-Regime waren Stiftungsgründungen durch Gauleiter überaus verbreitet. Die Gauleiter verschleierten oft Herkunft und Verwendungszweck des Stiftungsvermögens, das teilweise unrechtmäßig angeeignet wurde. Die Gelder nutzten sie zum Ausbau ihrer Günstlingswirtschaft.

Zeitraum	Datum	Name
1	11.07.1931	Wesentliche Vermögensgegenstände
2	02.02.1933	Wand-Säcker-Milch-Stiftung
3	12.03.1937	Deutscher Jugend-Casino
4	09.03.1937	Veränderung Testament-Wohnungen
5	21.05.1937	Christliche Jugend-Stiftung
6	17.05.1937	Berliner Sozialistische Heimungs-Stiftung
7	15.05.1937	Neuerwerbungen an die Stadt
8	17.05.1937	Waldopfer-Stiftung
9	02.04.1937	St. Lorenz-Hospital
10	02.04.1937	Karl Kaufmann-Stiftung
11	12.01.1938	Veränderung Testament

Im Laufe der Jahrzehnte wurden der Alida Schmidt-Stiftung andere Stiftungen angegliedert, diese Auflistung wird als Zusatz zur Satzung bis heute verwendet.

Auf Karl Kaufmann gingen zwei Stiftungen zurück. In der größeren „Hamburger Stiftung von 1937“ häufte er insgesamt 8,6 Millionen Reichsmark an und förderte damit bewährte und junge Parteigenossen sowie „Ausgebombte“. Das Stiftungsvermögen stammte nicht etwa aus Privatvermögen. So ließ sich Kaufmann z.B. von Käufern jüdischer Unternehmen, die sie für Spottpreise erhielten, „Arisierungsspenden“ entrichten, wie der Historiker Michael Werner in seiner Studie „Stiftungsstadt und Bürgertum“ über Hamburgs Stiftungskultur vom Kaiserreich bis zum „Dritten Reich“ nachwies.

Die Karl Kaufmann-Stiftung, gegründet am 20. April 1938, war wesentlich kleiner als die „Hamburger Stiftung von 1937“. Offenbar war sie mit der größeren verknüpft, ohne dass dies in der Stiftungssatzung fixiert war. So wurde sie ab 1940 als „Sonderfonds des Gauleiters“ bei der „Hamburger Stiftung“ geführt.

Die Satzung der Karl Kaufmann-Stiftung sah vor, „deutsche Volksgenossen, die sich entweder im Rahmen ihres Berufes oder sonstwie um die Volksgemeinschaft verdient gemacht haben, auszuzeichnen. In dieser Zweckbestimmung soll die Stiftung zur Einsatzbereitschaft für die Gemeinschaft erziehen.“ Im Wesentlichen sah Gauleiter Karl Kaufmann vor, Baudarlehen an NSDAP-Mitglieder zu vergeben: „Die Auszeichnung geschieht durch Beihilfen zur Errichtung und Erhaltung von eigenen Wohnstätten. Die eigenen Wohnstätten sollen in selbständigen Siedlungen errichtet werden.“

Die Herkunft dieses Stiftungsvermögens ist nur in Teilen im Staatsarchiv Hamburg überliefert. Teilweise kam es aus „Spenden“, die auf „Anregung des Gründers [...] seitens der Hamburger Geschäftswelt und von Einzelpersonen“ gemacht wurden.

So kamen im Gründungsjahr 152.949 RM und 1939 weitere 124.250 RM zusammen. Des Weiteren verpflichtete sich im November 1940 die Handels- und Verkehrsbank Aktiengesellschaft dazu, „für die Dauer der Luftangriffe auf Hamburg allmonatlich einen Betrag von 1.000 RM zur Verfügung zu stellen, der für arme und minderbemittelte Volksgenossen, insbesondere für Kinder, die durch Luftangriffe Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben oder nehmen werden, Verwendung finden soll.“ 1941 spendeten die Norddeutsche Affinerie 50.000 RM und Hugo Pries 2.000 RM. 1942 stellten die Hamburger Sparcasse von 1827 50.000 RM und das Bankhaus Conrad Hinrich Donner 3.000 RM zur Verfügung. Diese Spenden gingen ein, obwohl aufgrund des Krieges nicht dafür geworben wurde zu spenden. Deshalb blieben die Eingänge insgesamt gering. In den erhaltenen Akten finden sich nur wenige Hinweise auf Auszahlungen bzw. gewährte Baudarlehen. Offenbar wurden nur vier Darlehen bewilligt. Die Begünstigten waren ein „Veteran“ des Ersten Weltkriegs, zwei Kreisleiter und ein Gauamtsleiter. Ab 1940 wurden Kleinstbeträge von 15 bis 100 RM an Privatpersonen ausgezahlt, die von den Folgen des Luftkriegs betroffen waren. Der Großteil des Vermögens wurde hingegen in Reichspapieren angelegt, wie der verantwortliche Wirtschaftsprüfer es 1944 empfahl. 1945 waren 430.000 RM als „Depositen“ verzeichnet.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschlagnahmte die britische Militärregierung das Vermögen der Karl Kaufmann-Stiftung, das 540.000 RM betrug. 1945 bis 1947 ließ der Oberfinanzpräsident die Vergangenheit der Karl Kaufmann-Stiftung untersuchen. 1947 berichtete der ehemalige Geschäftsführer der Hamburgischen Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft (GVG), deren

Gründungskapital aus „Arisierungsspenden“ stammte, diese habe Gelder an die Karl Kaufmann-Stiftung überwiesen. Ab September 1938 habe die GVG Überweisungen grundsätzlich an die „Hamburger Stiftung von 1937“ getätigt. Nachdem der ehemalige Gauschatzmeister Wilhelm Hermanüssen, der auch für die Verwaltung der Karl Kaufmann-Stiftung zuständig gewesen war, 1947 jedoch eine Verbindung zwischen der Stiftung und der GVG bestritten hatte, ging der für die Untersuchung zuständige Oberfinanzpräsident dieser Frage nicht mehr nach.

1951 beschäftigten sich verschiedene Institutionen – das Landesamt für Vermögenskontrolle, das der Finanzbehörde zugeordnet war, die Senatskanzlei und die Sozialbehörde – mit der Frage, ob die Karl Kaufmann-Stiftung eine NS-Einrichtung gewesen sei.

1952 entschied das Landesamt für Vermögenskontrolle, das das Vermögen der NSDAP und ehemaliger Nationalsozialisten verwaltete und untersuchte, es könne sich nicht um eine NS-Einrichtung handeln und damit bestehe kein Sperrgrund für das Vermögen. Andernfalls wäre das Stiftungsvermögen erloschen. So bemühte sich aber die Senatskanzlei als Aufsichtsbehörde der Stiftungen darum, „daß die Stiftung wieder funktionsfähig wird“. Wenig später beurteilte der Leitende Regierungsdirektor Birckholtz in der Sozialbehörde das Vermögen – nach der Währungsreform betrug es 33.000 DM – als so gering, „daß eine Förderung von Bauvorhaben etwa in dem Sinne, wie das die ursprüngliche Satzung vorsah, nicht möglich sein wird“. Daher schlug er die Auflösung der Stiftung und die Überweisung des Vermögens an eine andere wohltätige Stiftung vor. Eine Satzungsänderung im März 1952 machte dieses Vorhaben möglich. Die Auflösung wurde im April 1952 beschlossen und das Vermögen auf die Alida Schmidt-Stiftung übertragen.

Bei der Durchsicht der Akten zur Karl Kaufmann-Stiftung entsteht der Eindruck, dass die beteiligten Institutionen eine pragmatische Lösung anstrebten, um das Stiftungsvermögen für aktuelle Investitionsvorhaben zu gewinnen. Die Verantwortlichen in der Sozialbehörde folgten der Aussage des ehemaligen Gauschatzleiters, es habe keine Verbindung zwischen der Hamburgischen Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft und der Karl Kaufmann-Stiftung gegeben. Auch hinterfragte man nicht, welche Hamburger Geschäftsleute und Unternehmen in den Anfängen für die Stiftung gespendet hatten und welche Motive diese hatten. Die Forschungsergebnisse des Historikers Michael Werner über die „Hamburger Stiftung von 1937“ lassen jedoch den Schluss zu, dass Karl Kaufmann auch mit der kleineren Stiftung seinen Rückhalt bei sei-

nen Parteigenossen stärken wollte. Allerdings wurde die Vergabe von Baudarlehen mit Beginn des Zweiten Weltkrieges obsolet, da die Bautätigkeiten in Hamburg generell endeten.

Im Vordergrund bei der Entscheidung, das Vermögen der Karl Kaufmann-Stiftung auf die Alida Schmidt-Stiftung zu übertragen, stand wohl auch die Dringlichkeit, finanzielle Mittel für die Schaffung von neuem Wohnraum verfügbar zu machen.

Der Bau neuer Wohnheime

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Heime generell eine wichtige Bauaufgabe, um Flüchtlinge, Jugendliche, Alte und Kranke – darunter viele „Butenhamburger“, die im Zweiten Weltkrieg als Ausgebombte Zuflucht vor allem im Hamburger Umland gesucht hatten und nun zurückkehrten – unterzubringen. Frühes Ziel war, Notunterkünfte in Form von Nissenhütten und Barackenlagern abzuschaffen und neue zeitgemäße Wohnheime an deren Stelle zu setzen.

In den 1950er Jahren nahm die Alida Schmidt-Stiftung ihren Auftrag wahr, Wohnraum für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen zur Verfügung zu stellen, soweit dies in Folge des Zweiten Weltkriegs notwendig erschien. Aufgrund der engen Verknüpfung zwischen Behörde und Stiftung formulierte die Sozialbehörde den Bedarf. In den 1950er und 1960er Jahren stand die Versorgung mit Wohnungen ganz im Vordergrund; erst ab den 1970er Jahren wurden pädagogische und therapeutische Angebote nach heutigem Verständnis entwickelt.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Alida Schmidt-Stiftung blieb zunächst an der Bürgerweide. Bis Anfang der 1950er Jahre war das von Ida Schmidt errichtete Wohnstift mit einigen „stiftsfremden Personen“ belegt. 1954 entstanden ein Wohnheim für „heimat- und anhanglose Mädchen“ in der Bürgerweide 19 und ein Wohnheim für „Schwerbeschädigte“ in der Bürgerweide 21. Neben diesen drei Heimen in Borgfelde wurden drei Wohneinrichtungen im Bezirk Wandsbek geplant: 1956 wurde ein Wohnheim für Tbc-krankte Männer in Jenfeld eröffnet, das 1973 dann in das Sozialtherapeutische Wohnheim umgewandelt werden sollte. 1961 wurde der Bau einer Altenwohnanlage in der Elsa-Brändström-Straße abgeschlossen. Außerdem setzten Ende der 1950er Jahre Planungen für eine größere Wohnanlage im Zikadenweg in Wandsbek-Marienthal ein, die jedoch erst 1972 eröffnet wurde. 1976 wurde zudem das Max-Brauer-Heim in Bramfeld fertiggestellt – ebenfalls im Bezirk Wandsbek.

Diese Planungen könnten so gedeutet werden, dass die

*53 Ehepaare zogen 1954 in
das neu erbaute Altenheim
für Schwerbeschädigte in der
Bürgerweide 21.*



Alida Schmidt-Stiftung und die Sozialbehörde den Auftrag ernst nahmen, anstelle der 1951 aufgelösten Wandsbeker Stiftungen neuen Wohnraum zu erstellen.

Außerdem vermietete die Stiftung die Wohnungen in dem bereits genannten St. Georgs-Hospital und dem Elisenstift im Poßmoorweg und Heidberg in Winterhude. Diese wurden jedoch vor allem in Stand gehalten.

Das Mädchenwohnheim in der Bürgerweide

1952 setzten die Planungen für das „Wohnheim für heimat- und anhanglose Mädchen“ sowie das Heim für Schwerbeschädigte mit 53 Wohneinheiten ein, das in den oberen Geschossen weiteren Platz zur Unterbringung von Mädchen bot. Auf dem Grundstück in der Bürgerweide 19 und 21 hatte seit 1872 die Taubstummenanstalt ihren Sitz gehabt. Nachdem bei den Bombardierungen der Alliierten auf Hamburg im Juli 1943 nur das Direktorengebäude unversehrt geblieben war, erwog die Taubstummenanstalt den Wiederaufbau. Da sich ein Entschluss verzögerte, entzog die Stadt ihr das 3.400 qm große Grundstück. Nach der provisorischen Unterbringung der Institution in anderen Schulen wurde in den 1960er Jahren eine neue Gehörlosenschule in Wandsbek gebaut.

Ein zusätzliches Mädchenwohnheim erschien notwendig, da in der Nachkriegszeit in Hamburg bis zu 26.000 Jugendliche ohne Eltern gezählt wurden. Viele kamen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und der Sozialistischen Besatzungszone. Außerdem sollen die Töchter von „Butenhamburgern“ dort untergebracht gewesen sein, die zur Ausbildung in Hamburg waren, wie sich der spätere Geschäftsführer der Stiftung, Harald Wehking, erinnert, der in den 1950er Jahren im Amt für Wohlfahrtsanstalten tätig war. Auch ein Vermerk der Jugendbehörde stellte 1959 fest, dass vor allem Schülerinnen und Lehrlinge dort Unterkunft fanden. In den 1970er Jahren er-

zählten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in den Anfängen seien „höhere Töchter“ unterbracht gewesen. Das Mädchenwohnheim war jedoch von Anfang an auch für „Sozial-Gefährdete“ gedacht, wie auch das „Handbuch der privaten und öffentlichen Sozial-, Jugend- und Gesundheitseinrichtungen“ von 1966 es ausführte. Die Jugendbehörde wies solche jungen Frauen bis in die 1960er Jahre jedoch eher in Einzelfällen zu.

In den Anfängen waren 94 Heimplätze für junge Frauen zwischen 18 und 25 Jahren in Mehrbettzimmern vorhanden. Die Betreuung übernahmen drei „pädagogische Heimkräfte“. Für die Versorgung waren vier Hauswirtschaftskräfte zuständig. Vier Jahre nach Eröffnung galt es dem Heimausschuss des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, der dem Heim einen Besuch abstattete, als „recht gut“. Der Bericht hielt fest, dass die Bewohnerinnen eine Mahlzeit nach dem Arbeitstag erhielten. Die Zimmer der Mädchen und die Gemeinschaftsräume seien „wohnlich und geschmackvoll eingerichtet“ und würden einen „außerordentlich gepflegten Eindruck“ machen. Die Gesamtbilanz lautete: „Beanstandungen oder Empfehlungen erübrigen sich in diesem sehr gut eingerichteten Heim.“

1962 wurde die Belegungszahl von 93 auf 81 Plätze reduziert, um mehr Einzel- und Zweibettzimmer zu gewinnen. 1964 wurde zur weiteren „Auflockerung“ die Anzahl der Plätze von 81 auf 58 Plätze verringert.

Wohnheime für Schwerbeschädigte, Tbc-Kranke und „Alte“

In den 1950er und 1960er Jahren plante die Sozialbehörde mehrere Wohnheime für Alte, Schwerbeschädigte und Tuberkulose-Kranke unter dem Dach der Alida Schmidt-Stiftung.

Zwar unterhielt die Sozialbehörde bereits Heime für diese Personen, oft wurden sie aber auch in Behelfsunterkünft-

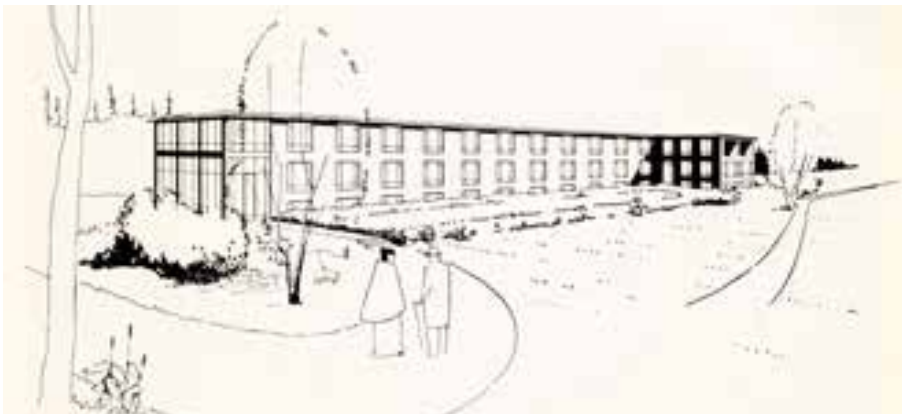
ten wie Nissenhütten oder Kasernen untergebracht. In der Broschüre „Heime der Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg“ von 1953 benannte Senator Gerhard Neuenkirch unter anderem die Bauvorhaben der Alida Schmidt-Stiftung. Vorgestellt wurden das Alterswohnheim für Schwerbeschädigte in der Bürgerweide 21 und das Tbc-Wohnheim für Männer in Jenfeld.

1954 wurde das Heim für „Schwerbeschädigte“ in der Bürgerweide 21 fertiggestellt. Das viergeschossige Gebäude umfasste 53 Wohnungen für Ehepaare. In den ersten Jahrzehnten wurden die Wohnungen gut angenommen, wie sich Harald Wehking erinnert.

1953 begannen die Planungen für das „Wohnheim Weidenhof“ für an Tbc erkrankte Männer in Jenfeld. Diese gefährliche Infektionskrankheit war in der Nachkriegszeit weit verbreitet. Durch die Aufnahme der Betroffenen in einem Heim sollte die Ansteckungsgefahr für die übrige Bevölkerung gebannt werden. Das Heim nahm erkrankte „nichtarbeitsfähige“ Männer auf, die sonst keine Unterkunft fanden. Doch schon kurz nach seiner Eröffnung übergab die Alida Schmidt-Stiftung im Juni 1956 das Wohnheim mit 73 Plätzen an die Sozialbehörde zur

weiteren Verwaltung. Denn die Stiftung war mit der Betreuung der Bewohner überfordert, die oft Alkohol- und andere persönliche Probleme hatten. Zwar gab es in den folgenden Jahren in der Sozialbehörde Überlegungen, das Heim der Stiftung zurück zu übertragen, aber diese blieb bis Anfang der 1970er Jahre lediglich Vermieterin des Wohnheims. Während 1967 noch etwa 60 Bewohner mit offener und damit ansteckender Tuberkulose dort lebten, waren es Anfang der 1970er Jahre wesentlich weniger. 1970 sollen „überwiegend labile, sozial anfällige Personen, mit Störungen in der Persönlichkeit, meist Trinker oder auch psychisch Kranke, die mit ihren Problemen nicht fertig werden,“ im Heim gewesen sein, wie ein zeitgenössischer Bericht sie nannte.

1961 wurde das „Rentnerheim“ in der Elsa-Brändström-Straße in Jenfeld eingeweiht. Die Alida Schmidt-Stiftung hatte dafür unter anderem Mittel aus dem Zahlenlotto und Fußballtoto eingeworben. Die Anlage bestand aus drei Zeilenhäusern, die gelb geklinkert waren, wie sie in den 1950er und 1960er in vielen Gegenden Hamburgs gebaut wurden. Die 117 Wohnungen wurden mit Balkon, kleiner Küche und WC ausgestattet. Es gab sogar eine Zentralheizung. 37 Wohnungen waren für Ehepaare gedacht.



69 Tbc-krankte Männer konnten ab 1956 im Wohnheim „Weidenhof“ in Jenfeld leben.



Die Altenwohnanlage in der Elsa-Brändström-Straße in Jenfeld wurde 1961 eingeweiht.

Ausbau und sozialpädagogische Neuerungen (1969 – 1991)



In den 1950er und 1960er Jahren war die drängende Wohnungsnot behoben worden. Mit dem Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik wurde zudem der Sozialstaat ausgebaut. Nachdem die Grundbedürfnisse befriedigt waren, wurden jedoch neue gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen deutlich. Als der Wirtschaftsboom in der Bundesrepublik mit dem weltweiten Ölpreisschock 1973/74 einen Einbruch erlebte, traten weitere Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit auf.

Die Alida Schmidt-Stiftung differenzierte ab den 1970er Jahren ihre Aufgaben aus und beschritt neue Wege in den Bereichen Jugend-, Sucht- und Altenhilfe mit teilweise innovativen Konzeptionen. In der Rückschau lässt sich der Eindruck gewinnen, dass die Alida Schmidt-Stiftung in den 1970er und in der ersten Hälfte der 1980er Jahre ein „Labor“ oder eine „Werkstatt“ war, in der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter viele Freiheiten hatten, um die neuen Konzeptionen in der praktischen Arbeit zu entwickeln und umzusetzen. Eng verknüpft ist dieser Eindruck mit der jungen Generation von Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die ab 1970 aus den Hochschulen kamen und neue pädagogische und therapeutische Ansätze mitbrachten. Oft waren sie zu großem persönlichen Einsatz bereit und wollten dabei die Grenzen zwischen Klienten bzw. Klientinnen und ihnen selbst aufweichen.

Die überaus prägende Persönlichkeit an der Spitze der Alida Schmidt-Stiftung in den 1970er und 1980er Jahren war der Geschäftsführer Harald Wehking.

Die Stiftung wird eigenständig und erweitert ihre Arbeitsfelder

Hauptamtlich war Harald Wehking seit 1965 im Amt für Wohlfahrtsanstalten (später Amt für Heime, seit 1991 Landesbetrieb Pflegen & Wohnen) für die Verwaltung der städtischen Pflegeheime und teilweise der Wohnunterkünfte zuständig gewesen. Seit 1969 war er nebenamtlich als Geschäftsführer der Stiftung tätig. Zu dieser Zeit übernahm die Sozialbehörde die Buchhaltung und Vermittlung der Wohnungen der Alida Schmidt-Stiftung. Unterstützung fand Harald Wehking bei den jeweils amtierenden Vorständen. Die Entscheidungswege in der Stiftung waren so kurz, dass stets eine schnelle, unbürokratische Umsetzung von Beschlüssen im operativen Geschäft gewährleistet war.

Harald Wehking führte den Bereich Suchtkrankenhilfe völlig neu in die Stiftung ein. Dieser Arbeitsbereich war ihm eine Herzensangelegenheit, seitdem er nach seiner Ausbildung acht Jahre im Heinrich-Eisenbarth-Heim in Reinbek als Leiter des fürsorgerischen Bereichs gearbeitet hatte. In dem nach dem Hamburger Sozialsenator (1946-1950) benannten Heim waren seit 1948 Männer mit unterschiedlichen Krankheitsbildern und Alkoholabhängige untergebracht. Die sechsmonatige Behandlung bestand lt. Wehking im Wesentlichen in der Ausübung eines geregelten, arbeitsbetonten – Feldarbeit! – Tagesablaufs. Wehking war sehr besorgt wegen der unzureichenden therapeutischen Hinwendung zu den therapiewilligen Alkoholikern. Als Geschäftsführer der Stiftung schuf er mit dem Sozialtherapeutischen Wohnheim Jenfeld – heute Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld – und der Fachklinik Hansenberg Angebote für genau diese Zielgruppe. Unter Wehking's Ägide erhielt außerdem das Mädchenwohnheim einen neuen Charakter, und das Max-Brauer-Heim kam als neuartige Altenwohnanlage hinzu.

1979 wurde Harald Wehking zum hauptamtlichen Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung, der Flutopfer-Stiftung von 1962 und der Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung bestellt. Diese Entscheidung fiel, nachdem er zunächst Senator Weiß und 1978 Senator Ehlers darum gebeten hatte, aufgrund der hohen Belastung das Nebenamt abgeben zu können. Mit der Entscheidung für einen hauptamtlichen Geschäftsführer wurde auch die Verwaltung der Stiftung aus der Behördenstruktur herausgelöst und eine neue „Hauptverwaltung“ für die Alida Schmidt-Stiftung und die beiden anderen Stiftungen eingerichtet. Diese hatte ihren Sitz an der Finkenau im Stadtteil Uhlenhorst. Die kameralistische Buchführung der Behörde wurde auf eine kaufmännisch-wirtschaftliche und bald auch EDV-gestützte Buchhaltung umgestellt. Herr Wehking entwickelte eine Organisationsstruktur für eine professionelle Stiftungsverwaltung und stellte Personal für die Bereiche Buchhaltung, Bauangelegenheiten, Wohnungsverwaltung und Sekretariat ein.

Durch seine vielfältigen Aktivitäten hatte Harald Wehking die Stiftung nicht nur in die Selbstständigkeit geführt, sondern auch die Geschäftsfelder der Alida Schmidt-Stiftung erheblich erweitert.

Harald Wehking

war 22 Jahre lang Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung,
von 1969 bis 1991



Herr Wehking, wie wurden Sie Geschäftsführer der Stiftung?

Ich war zehn Jahre nebenberuflicher und zwölf Jahre hauptamtlicher Geschäftsführer. Die Tätigkeit wurde erstmals an mich herangetragen, als ich Verwaltungsleiter im damaligen Amt für Wohlfahrtsanstalten war. Ich stimmte zu. Weil aber der Umfang der Tätigkeiten immer mehr zunahm und ich sie nur unter weitgehendem Verzicht auf mein privates Leben außerhalb der normalen Arbeitszeit leisten konnte, bat ich immer wieder um meine Entlassung aus diesem Amt. Die wurde aber jedes Mal abgelehnt. Stattdessen wurde ich wiederholt gefragt, ob ich nicht die Geschäftsführung hauptberuflich übernehmen wolle. Anfangs wollte ich nicht, aber nach diversen Gesprächen wurde ich dann doch Geschäftsführer für drei Stiftungen: Alida Schmidt-Stiftung, Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung und Flutopfer-Stiftung von 1962.

Sie führten die Stiftungen in die Eigenständigkeit. Wieso?

Eine meiner Bedingungen für die Übernahme der Geschäftsführung war es gewesen, dass ich alle Aufgaben in Eigenregie durchführe. Bislang waren viele Tätigkeiten wie die Buchhaltung und die Mietauswahl in den Behördendienststellen erledigt worden. Ich wollte aber eine klare Trennung zwischen Behörde und Stiftung, denn sonst hätte ich als Leiter nie selbstständig handeln können. Also habe ich als Erstes die Ärmel hochgekrempt und eine Verwaltung in Räumen in der Finkenau aufgebaut.

In Ihrer Amtszeit erweiterte die Alida Schmidt-Stiftung ihr Angebot um das Arbeitsfeld der Suchthilfe. Wie kam es dazu?

In mir waren alte Ideen wieder wach geworden. So war ich zu Beginn meiner beruflichen Laufbahn acht Jahre lang im Heinrich-Eisenbarth-Heim, heute Sachsenwaldau, tätig gewesen. Die mangelnde therapeutische Hinwendung zu den dort untergebrachten therapiewilligen Alkoholikern hatte mich sehr beschäftigt. In der Stiftung sah ich die Gelegenheit, ein Angebot für genau diese Menschen zu machen. Gemeinsam mit dem damaligen Amtsleiter versuchte ich, Politiker für diese Idee zu gewinnen. Wir luden zu einer einwöchigen Rundreise in deutsche und Schweizer Heilstätten ein – die Resonanz war sehr gut und die Unterstützung war uns sicher.

Wie kam es dann zur Einrichtung des Fachkrankenhauses Hansenbarg?

Der Senator informierte mich über das ehemalige Kinderheim der LVA in Hanstedt. Als ich erstmals das Gebäude sah, mit seiner überschaubaren Größe und der Nähe zu Hamburg, da wusste ich: „Das ist das, was wir gesucht haben!! Hier errichten wir eine Fachklinik für besserungsfähige Alkoholiker.“ So kam die Stiftung zum Fachkrankenhaus Hansenbarg. Die Konzeption habe ich übrigens im Krankenhaus geschrieben. Ich hatte einen Bänderriss und viel Zeit. Ohne eine Änderung wurde die Konzeption von der Fachabteilung freigegeben.

Und die anderen Einrichtungen der Suchthilfe?

Ein paar Jahre vorher hatte ich aus dem ehemaligen Wohnheim für Tbc-krankte Männer in Jenfeld das therapeutische Wohnheim für alkoholranke Männer geschaffen. Das Haus war nicht mehr ausgelastet gewesen, die Zahl der Tbc-Erkrankungen war seit dem zweiten Weltkrieg ständig gesunken. Wir bauten die Zimmer um und die ersten Alkoholkranken zogen ein. Um die Therapiekette zu schließen, wollte ich dann noch eine Beratungsstelle für alkoholabhängige Männer und Frauen schaffen. Diese Möglichkeit ergab sich 1990 in Ladenräumen in der Bürgerweide 21. Das Fachkrankenhaus Hansenbarg betrieb die Beratungsstelle mit eigenen Sozialarbeitern. So war die Stiftung im Suchtbereich nach meinen Vorstellungen gut aufgestellt.

Auch das Max Brauer Haus eröffnete in Ihrer Amtszeit. Wie kam es dazu?

Senator Weiß fragte mich, ob wir eine neue Altenwohnanlage mit Wohnungen und Pflegestation in Bramfeld pachten wollten. Die würde von der damaligen Neue Heimat gebaut werden. Nach einigen Beratungen wurde der Pachtvertrag unterzeichnet. Das ging alles schnell, aber man darf nicht vergessen: Ich war ja auch Geschäftsführer zweier, später drei weiterer Stiftungen, die ausschließlich Seniorenwohnanlagen betrieben. Das Thema Seniorenhilfe war mir also sehr vertraut. Und die Alida Schmidt-Stiftung hatte selbst ja auch Altenwohnanlagen: im Zikadenweg, in der Elsa-Brändström-Straße und in der Bürgerweide 21.

Welche Aktivitäten erinnern Sie aus Ihrer Zeit als hauptamtlicher Geschäftsführer?

Oh, viele. Wir traten dem Arbeitgeberverband „Arbeitsrechtliche Vereinigung“ bei, es wurden Betriebsräte gegründet, eine zusätzliche Altersversorgung für die Mitarbeiter eingeführt, ein Betriebsarzt, EDV in der Buchhaltung, turnusmäßige Heimleitersitzungen, Reisen für die Bewohner der Altenwohnanlagen, Heim- und Bewohnerbeiräte und vieles mehr. Zu tun gab es immer!

Wie blicken Sie auf Ihre Zeit bei der Stiftung zurück?

Ohne dass ich es vorhersehen konnte, war die Geschäftsführung der Stiftungen die Erfüllung meines Berufsraums. Die Möglichkeit, mich unternehmerisch und gestalterisch zu betätigen, das hat mir sehr, sehr viel Freude gemacht.

Eine Hauptverwaltung für vier Stiftungen

1979 wurden unter der Geschäftsführung von Harald Wehking drei Stiftungen unter eine gemeinsame Hauptverwaltung gestellt: die Alida Schmidt-Stiftung, die Flutopfer-Stiftung von 1962 sowie die Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung. Damit wurde der Bedeutung der Stiftungen mit damals 13 Einrichtungen mit insgesamt etwa 2.000 Wohnungen und Pflegeplätzen Rechnung getragen. 1982 kam die Georg und Emma Poensgen-Stiftung dazu. Die vier gemeinnützigen Stiftungen waren und sind weiterhin rechtlich und wirtschaftlich unabhängig voneinander.

2006 zog die Verwaltung in die Hamburger Straße in Barmbek-Süd. Heute, im Jahr 2014, arbeiten hier neben der Geschäftsführerin 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Betriebswirtschaft, Personalwesen, Buchhaltung, Wohnungswirtschaft, Bau und Beschaffung sowie EDV und Öffentlichkeitsarbeit.

Geleitet werden die Stiftungen von einem ehrenamtlichen Vorstand. Während Senatsmitglieder in den Anfängen der Stiftung noch als Verwalter und später als Vorstände der Alida Schmidt-Stiftung wirkten, wurde diese Aufgabe zum Ende der 1970er Jahre an leitende Mitarbeiter der Sozialbehörde delegiert. In diesem Zusammenhang gehörte zeitweilig auch der spätere Erste Bürgermeister Ortwin Runde den Stiftungsvorständen an. Heute entsendet die Sozialbehörde keine Beschäftigten mehr in den Vorstand. Die von Ida Schmidt gewünschte Verbindung zur Freien und Hansestadt Hamburg wird dadurch gewährleistet, dass der Präses der Hamburger Sozialbehörde den Vorsitzenden der Alida Schmidt-Stiftung bestellt. Vier weitere sozial interessierte Personen werden vom Vorsitzenden berufen. Regelmäßige Vorstandssitzungen und eine enge Verknüpfung zwischen Geschäftsführung und Vorstand sichern die „gemeinsame Linie“ aller handelnden Personen.



Alida Schmidt-Stiftung
Flutopfer-Stiftung von 1962
Georg und Emma Poensgen-Stiftung
Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung

Vom Mädchenwohnheim zur pädagogischen Einrichtung

1972 registrierte die Heimaufsichts-Kommission bei einer Besichtigung des Mädchenwohnheims in der Bürgerweide 19, dass 26 Bewohnerinnen von den Bezirksjugendämtern eingewiesen worden waren. 15 waren aus anderen Heimen gekommen, 17 hatten den Weg dorthin aus eigener Entscheidung genommen. Es befanden sich 16 Lehrlinge, 9 Schülerinnen, 24 Ausgelernte, 9 Ungelernte und eine (Früh-)Rentnerin dort. Die meisten verfügten über eine Schul- und Berufsausbildung, einige waren wohl verhaltensauffällig.

Ab Mitte der 1970er Jahre veränderte sich das Wohnheim für Mädchen und junge Frauen in der Bürgerweide grundlegend. Nach einem Besuch des Mädchenwohnheims 1975 stellte das Landessozialamt in seinem Bericht fest, der „Personenkreis“ habe sich in den beiden vorangegangenen Jahren gewandelt. Es handele sich bei den Bewohnerinnen um Mädchen, die „fast ausnahmslos aus gestörten, unvollständigen und problembeladenen Familien“ kämen. Viele seien arbeitslos und hielten sich tagsüber im Heim auf. Der Bericht von 1975 schätzte außerdem den Zustand des Hauses als problematisch ein,

da fünf Zimmer dringend renovierungsbedürftig waren und nicht bewohnt werden konnten.

Da die Alida Schmidt-Stiftung mit dem vorhandenen Personal die Situation nicht bewältigen konnte, sah der Stiftungsvorstand in dieser Situation zwei Möglichkeiten: entweder das Heim zu schließen oder es personell so auszustatten, dass es aktuellen sozialpädagogischen Anforderungen gerecht würde. Dabei sollte die Bettenzahl auf 41 reduziert werden. Die Entscheidung fiel zugunsten der zweiten Möglichkeit aus. In der Folge wurde das Heim in eine sozial-therapeutische Einrichtung für „Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (Anspruchsgrundlage gemäß § 72 BSHG)“ umgewandelt.

Noch 1975 wurden erste Renovierungsarbeiten durchgeführt, Teeküchen eingerichtet und die Zimmer individueller gestaltet. Klagen über den unzureichenden Zustand wurden jedoch in der Folge immer wieder laut. Norbert Rohde erinnert sich, dass die Einrichtung noch 1978, als er seine Tätigkeit als Sozialpädagoge aufnahm, wie ein „Lehrlingswohnheim“ anmutete: „[...] mit angeliefertem Essen von der Großküche und optisch war das ein Heim. [...] lange Schläuche, Zweitbettzimmer.“

Norbert Rohde

war fast 36 Jahre als Sozialpädagoge in der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfeeinrichtung der Alida Schmidt-Stiftung tätig, von 1978 bis 2013.

Herr Rohde, wie haben Sie die Anfangsjahre Ihrer Tätigkeit erlebt?

Ich kam direkt nach meinem Studium in die Stiftung. Das waren komplett andere Zeiten damals. 1978, bei meinem Vorstellungsgespräch, trafen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Vorauswahl und dann hatte ich ein Bewerbungsgespräch mit den Bewohnerinnen! Da wurde natürlich auch Persönliches abgefragt. Heute ist so was undenkbar! Es gab damals ein ganz anderes Verständnis von Freiheit der Bewohnerinnen als heute. Auch, dass ein Mann in einer Einrichtung für Frauen arbeitete, war sehr ungewöhnlich.



Wie war Ihr Selbstverständnis als Sozialpädagoge der ersten Stunde?

Ich bezeichne meinen Beruf gerne als „Beziehungsatmosphäre-Arbeiter.“ Das hieß für mich immer: Ich arbeite nicht nur hier, ich lebe mit den Klientinnen. Mit meiner ganzen Persönlichkeit, meinen Emotionen, meinen Stärken und Schwächen. Das unterscheidet mich von den jungen Sozialpädagogen heutiger Tage, die sich stärker abgrenzen. Über die Jahre haben wir viele viele Diskussionen über das Leben in Gemeinschaft geführt – das fand ich immer gut.

Wie entwickelte sich die Einrichtung?

Anfangs war alles baulich und organisatorisch noch sehr wie ein Heim strukturiert. Das brach langsam immer mehr auf. Gesetzliche Grundlagen änderten sich, wir durften dann auch jüngere Frauen aufnehmen, noch später dann auch junge Mütter und Väter mit Kindern, zusätzliche Wohngemeinschaften entstanden, das Haus wurde umgebaut, wir haben fruchtbare Kooperationen mit anderen Einrichtungen gepflegt. So entwickelten wir uns über die Jahre zu einer großen Einrichtung mit stationären und ambulanten Angeboten. Früher waren wir fünf Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, heute sind es insgesamt fast 50 Beschäftigte.

Wie fällt Ihr Rückblick auf 36 Berufsjahre aus?

Wir haben über die Jahre tolle Arbeit gemacht. Das Team und die Leitung waren sehr gut, wir haben einen besonderen, humorvollen Umgang gepflegt. Das war prima. Und – auch sehr wichtig – ich bin selbst psychisch und körperlich gesund geblieben. Das ist nach so vielen Jahren Sozialarbeit nicht selbstverständlich.

Wie haben Sie die Stiftung als Träger der Einrichtung erlebt?

In der Alida Schmidt-Stiftung zu arbeiten bedeutete für mich eine große Freiheit. Wir waren autark und hatten freie Hand, gleichzeitig hat uns die Leitung der Stiftung aber auch unterstützt. Andere Einrichtungen haben uns darum beneidet und früher immer gesagt: „Ihr arbeitet auf der Insel der Glückseligen!“ In der heutigen Jugendhilfelandchaft ist das nicht mehr denkbar.

Vorbereitungen für die hausinterne Faschingsparty in der Bürgerweide 19. Hier lebten Mädchen und junge Frauen mit „besonderen sozialen Schwierigkeiten“.



Die Situation im Wohnheim ist im Kontext mit der Psychiatriereform und der sogenannten Heimreform in der Jugendhilfe zu verstehen. In der gesamten Bundesrepublik wurde Ende der sechziger und in den siebziger Jahren die Situation in den Hilfeinrichtungen angeprangert. Die massiven Proteste führten letztendlich zur Psychiatrie-Enquete und in der Jugendhilfe zur völligen Umstrukturierung der Hilfelandschaft und 1991 zur Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes.

Für die zweite Hälfte der 1970er Jahre lassen sich Zwischenfälle berichten, die sich heute geradezu abenteuerlich ausnehmen. 1976 – zwei Tage vor Heiligabend – schlug die Heimleiterin Alarm, da die Situation außer Kontrolle zu geraten drohe. Freunde der Bewohnerinnen hätten sich Zutritt zum Gebäude verschafft und würden dort sogar übernachten, berichtete sie dem Geschäftsführer. Außerdem sei die personelle Besetzung zu knapp. Daraufhin setzte Wehking einen pensionierten Kriminalkommissar als Nachtwache ein und ließ die Türschlösser auswechseln.

Es gab eine Ballung von problematischen Fällen – darunter drogenabhängige und sich prostituierende Frauen – und es kam sogar zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Zuhältern. Auch in dieser Situation vertraten die Sozialpädagogen die Meinung, niemand solle abgewiesen werden.

Dass die Stimmung Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre im Heim aufgeheizt war, zeigt auch ein Fotokalender für das Jahr 1980, für den die Sozialarbeiter mit den Bewohnerinnen gemeinsam Fotos gemacht und Themen ausgewählt hatten. Er war zum Verkauf bestimmt, um Gruppenreisen der Bewohnerinnen zu finan-

zieren. Mit dem Kalender-Titel „Bambule“ bezogen sich die Bewohnerinnen auf den Film von Ulrike Meinhof von 1970, der die allgemein vorherrschenden autoritären Zustände in Kinder- und Jugendheimen anprangerte.

Der Kalender sagt viel über das Selbstbild der jungen Frauen aus. So kommt darin eine Einladung an die Nachbarn zu einem Kaffeeklatsch vor: „Wir sind der Meinung, daß in der Nachbarschaft wenige oder falsche Informationen über unser Wohnheim und uns Frauen gegenüber bestehen. Die Mädchen und Frauen, die hier wohnen, sind hier, weil sie es zu Hause nicht mehr ausgehalten oder keine Unterkunft hatten. Einige sind der Meinung, daß sie hier das Richtige gefunden haben, weil sie von hier aus weiter einer Arbeit bzw. Ausbildung nachgehen, eine Ausbildung beginnen oder zu einem Ausbildungsverhältnis zurückfinden können. Wir laden alle herzlich ein!“ Aus den „Forderungen der Frauen an die Stiftung“ sprach auch konstruktiver Wille, etwas an dem baulichen Zustand zu verändern: So regten sie an, dass die Zimmer nicht nur weiß gestrichen sein müssten. Viel lieber würden sie ihre Zimmer tapezieren. Des Weiteren schlugen sie vor, die Flure mit Teppich auszulegen, um die Trampelgeräusche zu reduzieren. Außerdem erinnerten sie die Stiftungsleitung daran, die Treppenhäuser zu renovieren. Von dieser bewegten Zeit und unterschiedlichen Vorstellungen der Sozialpädagoginnen und -pädagogen und der Stiftungsleitung berichtete ein Artikel in der „tageszeitung“ von 1980 unter der Überschrift „Einheitlich wie bei der Behörde? Hamburger Frauenwohnheim ‚Schloss Bürgerweide‘“. In dem von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wohnheims selbst verfassten Text werden Kämpfe zwischen ihnen und dem Geschäftsführer Wehking geschildert. Während das Kollegium „die Ver-

waltung, Fremdversorgung und Bevormundung“ der Bewohnerinnen abbauen wollten, setzte die Leitung aufgrund von Belegungsrückgängen die Streichung einer Planstelle sowie straffere Leitungsmaßnahmen durch. Mitte 1980 schieden lt. Wehking darum fünf von zehn Sozialarbeitern zuzüglich der Heimleitung aus und es bot sich die Chance auf einen personellen Neuanfang.

Ergänzend zu den Plätzen in der Bürgerweide 19 wurden 1985 die ersten drei externen Wohngemeinschaften für Frauen eingerichtet. Diese entstanden in den Mietshäusern in der Probsteier Straße und Dorotheenstraße, die durch das Carl und Amanda Behrs-Testament an die Alida Schmidt-Stiftung gefallen waren (s. S. 32). Diese WGs waren jeweils für drei Frauen gedacht und wurden von Sozialarbeitern des Wohnheims in der Bürgerweide betreut.

Wohnen im fortgeschrittenen Alter

Zikadenweg

Am 11. August 1972 weihte Senator Ernst Weiß die neue Wohnanlage im Zikadenweg in Marienthal ein. Die Anlage ersetzte das Wohnstift St. Georgs-Hospital, das 1951 im Rahmen der Stiftungszusammenlegung an die Alida Schmidt-Stiftung gefallen war. Zu den Planungen war es gekommen, da die Volksfürsorge ihren Verwaltungssitz in St. Georg um das Grundstück des St. Georgs-Hospitals erweitern wollte. Zum Tausch bot sie das Grundstück im

Wandsbeker Stadtteil Marienthal an. Erste Pläne entstanden 1959, der Baubeginn verzögerte sich aufgrund finanzieller und organisatorischer Schwierigkeiten jedoch bis 1969/70. Leitender Architekt war der Hamburger Hans-Georg Tinneberg, der unter anderem am Bau der Großsiedlung Steilshoop beteiligt war.

Die Anlage bestand aus zweigeschossigen Gebäuden mit 71 Wohnungen für Alleinstehende und 26 Wohnungen für Ehepaare sowie einem Gemeinschaftshaus. Die Wohnungen verfügten über eine Küche, ein Duschbad, Zentralheizung, Wasserboiler und Loggien zum Garten.

In seiner Einweihungsrede 1972 stellte Senator Weiß die Anlage als vorbildlich vor: „Altersgerechte Modellanlagen sollten daher in die Wohnregion der anderen Bürger eingestreut angesiedelt werden, und sie sollten einen gemeinschaftsfördernden Charakter haben. Dieses setzt gewisse bauliche Merkmale voraus. Das erfordert die Bereitstellung von Dienstleistungen und Gemeinschaftsräumen, aber auch die Herstellung von Freundschaften mit Bürgergruppen nach außen, die sich diese Freundschaft zur Aufgabe gemacht haben.“

Letztlich erwiesen sich die Überlegungen von Senator Weiß als Wunschdenken. Denn umfassende Betreuungsangebote wie im 1976 eröffneten Max-Brauer-Heim gab es im Zikadenweg noch nicht. Die Wohnungen, die im Vergleich zum Standard in der Nachkriegszeit komfortabel waren, erfreuten sich zwar zunächst einer gewissen Beliebtheit. Ab den 1980er Jahren zeichnete sich jedoch Leerstand ab, da sich die Bedürfnisse grundlegend veränderten.



Die Altenwohnanlage im Zikadenweg galt bei ihrer Eröffnung 1972 als Modellanlage.

Karl-Heinz Lindemann

leitete 17 Jahre das Max Brauer Haus, von 1977 bis 1994



Herr Lindemann, wie kamen Sie ins Max Brauer Haus?

Ursprünglich hatte ich Krankenpfleger gelernt, dann aber meine berufliche Heimat in der Sozialbehörde gefunden. Die Schreibtischarbeit füllte mich irgendwann nicht mehr aus. Senator Ernst Weiß fragte mich dann, ob ich ins Max Brauer Haus wechseln wollte. Ich übernahm von meinem Vorgänger ein voll belegtes Haus mit einer ebenfalls voll belegten Pflegestation.

Wie entwickelte sich das Haus unter Ihrer Leitung?

Auch in meiner Zeit gingen die Wohnungen und Pflegeplätze weg wie Butter in der Sonne. Wir waren hamburgweit und über die Ländergrenzen hinaus bekannt. Unser Konzept von „Wohnen und Pflege aus einer Hand“ war sehr interessant zur damaligen Zeit. Neu für alle war, dass ich im Haus gewohnt habe und so richtig in die Arbeit und ins Leben hier eintauchen konnte. Ein Beispiel: Ich habe dafür gesorgt, dass die Krankenschwestern auf der Pflege die alten Menschen nicht mehr duzten und ohne anzuklopfen ins Zimmer kamen. Das fand ich respektlos. Ansonsten hatte ich immer wieder auch mit baulichen Mängel zu tun. Und wenn Not am Mann war, habe ich auch mal den Rasen gemäht. Man muss ehrlicherweise dazu sagen: Früher hatten wir vielmehr Zeit als heute, wo erhebliche administrative Aufgaben auf den Mitarbeitern lasten.

Was hat Ihnen Energie gegeben?

In meinem ganzen Berufsleben habe ich immer mit Menschen zu tun gehabt, die auf der Schattenseite des Lebens standen. Ich war u.a. auch ehrenamtlich aktiv in der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, im Weißen Ring, bei der Arbeiterwohlfahrt etc. Im Max Brauer Haus traf ich auf Menschen mit wenig Geld und oftmals schwerem Leben. Hier konnte ich meine soziale Ader so richtig ausleben! Und die Zusammenarbeit mit Herrn Wehking, dem damaligen Geschäftsführer, war einmalig. Zusammenfassend kann man sagen: Ich war mit dem Max Brauer Haus verheiratet! Und mit meiner Frau natürlich!

Sie leben heute als Bewohner im Max Brauer Haus?

Ja, denn ich fühle mich hier sicher und aufgehoben, was mir nach dem Tod meiner Frau besonders wichtig ist. Nach meiner Pensionierung habe ich mich noch acht Jahre ehrenamtlich für die Stiftungen engagiert und die jährlichen Seniorenreisen organisiert. Heute trete ich kürzer.

Was bedeutete die Arbeit in einer Stiftung für Sie?

Von der Stifterin Ida Schmidt denke ich sehr gut. Dass sie ihr Geld für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt hat – da könnten sich heute viele Betuchte eine Scheibe abschneiden.

Max-Brauer-Heim

1976 schlug die Alida Schmidt-Stiftung mit dem Max-Brauer-Heim, im Jahr 2000 umbenannt in Max Brauer Haus, eine neue Richtung ein: Zum ersten Mal betrieb sie eine zweistufige Anlage mit Wohnungen für ältere Menschen, die sich selbst versorgen konnten, und einem gesonderten Pflegebereich. Die Einrichtung verfolgte den Gedanken, dass ältere Menschen möglichst lange selbstständig in der eigenen Wohnung leben und durch Gemeinschaftsräume und kulturelle Veranstaltungen am sozialen Leben teilnehmen sollten. Das neue Konzept bildete einen Gegenpol zu den bis dahin weit vorherrschenden Altenheimen, die sich nach außen abschotteten und

pflegebedürftige Menschen vom Rest der Gesellschaft separierten.

Die Initiative für das Max-Brauer-Heim kam von der „Neuen Heimat“, die als Wohnungsunternehmen des Deutschen Gewerkschaftsbunds unzählige Großbauprojekte finanzierte und ausführte. Der ehemalige Geschäftsführer der Alida Schmidt-Stiftung, Harald Wehking, erinnert sich daran, dass der Geschäftsführer der „Neuen Heimat“, Kurt Jaenecke, und Sozialsenator Ernst Weiß einen möglichen Betreiber des Hauses suchten. Weiß fragte Wehking, ob die Alida Schmidt-Stiftung diese Funktion übernehmen könne. Wehking fand Interesse an der innovativen Konzeption. 1975 bis 1976 errichtete die Neue



Das Max-Brauer-Heim kurz nach der Eröffnung: Das neue Konzept von Wohnen und Pflegen aus einer Hand war über Hamburgs und sogar Deutschlands Grenzen hinaus bekannt.



Die Wohnanlage besteht bis heute aus sechs Häusern, dem Pflegebereich und einem Verwaltungstrakt mit Saal.

*Die 136 Wohnungen für
Alleinstehende und 58
Ehepaar-Wohnungen waren in
kurzer Zeit vermietet.*



*Wo nach dem Einzug noch
Leere herrschte, ist heute
ein dichter grüner Park
entstanden.*



*Eine hauseigene Küche sorgte
von Beginn an für tägliche
Mittagsmahlzeiten.*



Heimat den Bau für 17 Millionen DM auf einem aufgelösten Kleingartengelände zwischen Hohnerredder und Habichtshofring in Bramfeld. Die Alida Schmidt-Stiftung pachtete das Max-Brauer-Heim von der Neuen Heimat, nach deren Auflösung dann von SAGA GWG.

Mit der Namensgebung wurde der ehemalige Bürgermeister Max Brauer gewürdigt, der 1973 verstorben war. Bei der Eröffnung war seine Frau Erna Brauer anwesend. Der Sozialdemokrat – 1924 bis 1933 Oberbürgermeister von Altona – war 1933 über Umwege nach Shanghai und später in die USA emigriert und kehrte 1946 zurück nach Deutschland. Als Erster Bürgermeister von Hamburg (1946–1953 und 1957–1960) hatte Brauer sich besonders für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Stadt engagiert.

Die Wohnanlage besteht aus sechs Häusern, dem Pflegebereich sowie dem Verwaltungstrakt mit Saal. Es ist von Bäumen umgeben. Die ruhige Umgebung ist durch Einfamilienhäuser geprägt. Auf der anderen Straßenseite liegt die Kindertagesstätte Hohnerredder. Das Max-Brauer-Heim umfasste schon damals 194 Wohnungen, davon 136 für Alleinstehende und 58 für Ehepaare. Die Wohnungen für Alleinstehende sind 33 und 41 qm groß, die für Ehepaare 50, 53 und 56 qm. Die Einrichtung bietet seit Beginn Möglichkeiten zur Teilnahme an gemeinsamem Essen, Betreuungsdienstleistungen, therapeutische und medizinische Angebote sowie eine Pflegestation mit 56 Plätzen. Die Zimmer waren nach den damals neuesten Richtlinien eingerichtet: mit Notruf, ohne Türschwellen und mit Handläufen auf den Korridoren. Hinzu kamen Veranstaltungsräume, eine Großküche, ein Friseursalon

sowie eine Fußpflege. Bereits zur Eröffnung waren alle Wohnungen und Pflegeplätze belegt. Das Max-Brauer-Heim zeichnete sich seit den Anfängen dadurch aus, dass der Bewohnerbeirat ausnehmend aktiv ist. Kontinuierlich arbeitete er z.B. am umfangreichen Kulturprogramm für die Bewohnerinnen und Bewohner mit. Beispielhaft mag das Veranstaltungsprogramm des ersten Quartals 1988 die Breite des Angebots verdeutlichen: Spanische Folklore, Dia-Vorträge über Griechenland und „Das andere Deutschland“, eine Karnevalssitzung und Weiberfastnacht, Aufführungen der Niederdeutschen Bühne „die Rampe“ und ein Konzert des „Polizeimusikkorps“. Außerdem standen regelmäßige wöchentliche Angebote auf dem Programm: „Klönschnack“ mit Kaffee und Spielen, Englischkurs, Handarbeitskurs, Gymnastik, Schwimmen und Singkreis.

Trotz Anfangsschwierigkeiten durch bauliche Mängel galt das Max-Brauer-Heim als Modellanlage mit Vorbildcharakter. Daher besichtigten Gruppen aus Politik und Wohlfahrtsverbänden – darunter aus Skandinavien, Israel, den Niederlanden, Spanien, Polen und Japan – das Heim. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer interessierten sich besonders für die Kombination aus Wohnen und Pflegen sowie die vielfältigen Betreuungsangebote – darunter sogar Seniorenreisen bis nach Teneriffa. Seit der Eröffnung 1976 hatte sich damit das Bild von älteren Menschen sehr gewandelt. Wie selbstverständlich sollten die Bewohnerinnen und Bewohner auch in fortgeschrittenem Alter mobil sein und sich die Lust bewahren, die Welt zu entdecken.

Zuwachs: Das Carl und Amanda Behrs-Testament

1978 überschrieb die Freie und Hansestadt Hamburg das Carl und Amanda Behrs-Testament an die Alida Schmidt-Stiftung. Amanda Behrs hatte 1944 testamentarisch bestimmt, dass dreißig Jahre nach ihrem Tod ihr Grundeigentum „zu wohltätigen Zwecken unserer lieben Vaterstadt Hamburg zugeführt werden soll“. Der Nachlass umfasste je zwei Wohnhäuser in der Dorotheenstraße in Winterhude und in der Probsteier Straße in Dulsberg, die sich bis heute im Besitz der Stiftung befinden.

Die Wohnungen sollten „zu billigen Mieten an Hamburger unbescholtene, bedürftige Familien“ vergeben werden, so das Testament.

Über Amanda Behrs, geb. Oelrich ist bekannt, dass sie am 28. September 1874 in Hamburg geboren wurde und am 8. August 1893 heiratete. Ihr Ehemann Carl Behrs war am 18. Juni 1871 ebenfalls in Hamburg geboren und starb am 15. Februar 1934 im Krankenhaus St. Georg. Das Hamburger Adressbuch von 1920 verzeichnet ihn als Maurermeister in der Marienthaler Straße 64. Später zog das Ehepaar in die Hammer Landstraße 41. Einige Jahre nach dem Tod ihres Mannes zog Amanda Behrs in die Armgartstraße 4, wie aus dem Hamburger Adressbuch von 1943 hervorgeht. Sie verstarb am 22. Januar 1946 im Krankenhaus Wandsbek. Offenbar war die Ehe kinderlos geblieben, oder die Kinder waren verstorben, denn Amanda Behrs bedachte in ihrem Testament nur Geschwister, Schwager sowie Nichten und Neffen. Für die ersten 30 Jahre nach ihrem Tod hatte sie geregelt, dass ihre Angehörigen die Einkünfte erhalten sollten, die durch Vermietung der Wohnungen erzielt wurden.

Seitdem die Alida Schmidt-Stiftung das Sondervermögen verwaltet, fließen die Mieteinnahmen dem Unterhalt der übertragenen Mietshäuser und der allgemeinen Stiftungsarbeit zu. Zum 1. Januar 2003 wurde das Sondervermögen aufgelöst und vollständig in die Alida Schmidt-Stiftung eingegliedert.

Ab 1980 plante die Alida Schmidt-Stiftung die Carl und Amanda Behrs Wohnanlage im Stadtteil Horn. Das Bauvorhaben konnte durch den Erlös des Verkaufs eines unbebauten Grundstücks in der Probsteier Straße und ein Darlehen der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt realisiert werden.

Die Wohnanlage für Senioren wurde 1985 fertiggestellt. Sie umfasst 50 Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen, 17 Zwei-Zimmer-Wohnungen sowie zwei Ein-Zimmer-Wohnungen. Sie sind zwischen 39 und 73 Quadratmeter groß. Von Anfang an war eine Kooperation mit dem benachbarten Pflegeheim Horn geplant, die bis heute besteht. Eine Betreuerin, unterstützt von einem Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr, ist täglich vor Ort anwesend, eine Sozialpädagogin der Alida Schmidt-Stiftung zweimal in der Woche.

*Die Carl und
Amanda Behrs
Seniorenwohnanlage
ist eine Service-
Wohnanlage mit
69 Mietwohnungen
unterschiedlicher Größe
für ältere Menschen in
Hamburg-Horn.*



Altenwohnanlage feierte zehnjähriges Jubiläum Blick zurück mit viel Musik



„Für Notfälle sind wir gut gerüstet“, sagte Peter Fischer, „denn das staatliche Pflegezentrum ist gleich gegenüber und steht in Verbindung mit der Altenwohnanlage.“

Großen Anlaß zum Feiern hatten die Bewohner der Altenwohnanlage der Alida-Schmidt-Stiftung vergangenen Freitag: Vor zehn Jahren realisierte die Vermögenshinterlassung von Carl und Amanda Behrs den Baukomplex der Wohnanlage und des staatlichen Pflegeheims beim Pachtweg 4. „70 Wohnungen gehören zu dieser Anlage“, teilte Peter Fischer, Geschäftsführer der Alida-Schmidt-Stiftung, dem WOCHENBLATT mit. „Optimal ist die Verbindung zu dem gegenüberliegenden Pflegezentrum, welches für den Notfall da ist und fürs Essen sorgt.“

Anlässlich dieses Jubiläums sangen



Kinder aus vier verschiedenen Klassen der Schule Pachthof spielten und sangen anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Altenwohnanlage beim Pachtweg 4.

Schüler vier verschiedener Klassen der Schule Pachthof Frühlingslieder und gaben ein Flötenkonzert. Sie erteten großen Applaus für ihre gelungene Darbietung. Auch ein Mundharmonika-Chor war eingeladen. Bei anschließender Live-Musik, Sekt und heißer Erbsensuppe klönten die Bewohner im gemütlichen Beisammensein in einem großen Zelt im Garten. Irene Meyer war eine der ersten, die vor zehn Jahren in diese Anlage einzog. „Mir gefällt es sehr gut hier, denn ich habe viele Freunde gewonnen“, sagte die 85jährige. „Jeden Montag freue ich mich auf unsere Kaffeeklatschrunde.“ Wenn sie jedoch nicht aus ihrem Zimmer kann, „dann muß eben das Haustelefon herhalten“, erzählte sie mit einem Zwinkern.

(sy)



Irene Meyer ließ sich die Erbsensuppe schmecken. „Am besten gefällt mir die Gemeinschaft hier. Ich habe mich noch nie allein gefühlt, seit ich hier wohne.“

Das Ende des Alida Schmidt-Wohnstifts in der Bürgerweide

Seit 1980 ist das von Ida Schmidt gestiftete Wohngebäude nicht mehr im Besitz der Alida Schmidt-Stiftung. 1979 erschienen dem Vorstand der Alida Schmidt-Stiftung die beiden Wohnstifte in der Bürgerweide 23 und am Poßmoorweg/Heidberg nicht mehr zweckmäßig für die Stiftung. So seien im Alida Schmidt-Stift die langen Korridore, von denen die Wohnungen abgingen, nicht mehr zeitgemäß und die Investitionskosten zum Einbau eines Fahrstuhls zu hoch gewesen, erinnert sich Harald Wehking. An beiden Standorten standen jeweils 30 Wohnungen leer. Der Stiftungsvorstand wollte daher das Gebäude an der Bürgerweide, dessen Grundstück die Stiftung in Erbpacht hatte, an die Stadt zurückgeben und das Haus am Poßmoorweg/Heidberg verkaufen.

Vor der Rückgabe des Grundstücks Bürgerweide 23 an die Stadt erhielt die Stiftung die Aufforderung, das Gebäude abzureißen. Da sie die Kosten nicht übernehmen konnte, habe er das Denkmalschutzamt eingeschaltet, erinnert sich Harald Wehking. Am 1. November 1980 übergab die Stiftung Grundstück und Gebäude an die Stadt Hamburg.

1981 befand der damalige Denkmalpfleger Hermann Hipp in einem ersten Gutachten, neben dem Schröderstift sei das Alida Schmidt-Stift das einzig erhaltene Gebäude des Architekten Albert Rosengarten und bilde

städtebaulich zusammen mit dem benachbarten Hiobs-Hospital „eine Baugruppe, die geeignet ist, der sehr breit als Ausfallstraße angelegten Straße Bürgerweide ein eigenes Gepräge zu vermitteln“.

Während das Gebäude einige Jahre leer stand, gab es unterschiedliche Überlegungen für seine Zukunft. Da die Neue Heimat die Kosten für die Entkernung und Modernisierung auf 6 Millionen Mark schätzte, stand der Abriss zu Disposition. 1983 bot das städtische Wohnungsunternehmen SAGA dem Wohnmodell Pueblo im Tausch für seinen bisherigen Standort in Steilshoop das Alida Schmidt-Stift an. Pueblo entwickelte Pläne für eine Umnutzung des Alida Schmidt-Stifts, führte Renovierungsarbeiten am defekten Dach durch und verhandelte mit der SAGA und dem Bezirksamt Mitte. 1984 wurde es als „kreditunwürdig“ eingestuft. Das Wohnmodell mutmaßte, dies sei nur ein Vorwand gewesen. Das Gebäude wurde an einen privaten Investor veräußert, der es sanierte und seither die Wohnungen vermietet. 1985 wurde das Alida Schmidt-Stift rückwirkend für den 17. Dezember 1982 in die Denkmalliste eingetragen.

Im September 1981 verkaufte die Alida Schmidt-Stiftung die Grundstücke Poßmoorweg 31, 33 und 33a sowie Heidberg 30 und 32 sowie die darauf befindlichen Mehrfamilienhäuser, die bis 1951 im Besitz der Winterhuder Gemeindepflege gewesen waren, für 900.000 DM an die Hanseatische Baugenossenschaft.

1980 gab die Stiftung das Stiftsgrundstück plus Gebäude in der Bürgerweide 23 an die Stadt Hamburg zurück, weil die Sanierungskosten zu hoch waren. Heute gehört das Gebäude einem privaten Investor.





Alida-Schmidt-Stift am Montagmittag

Wohngruppe "Pueblo" wollte instandsetzen

Damenstift geräumt

Rund 36 Stunden war das ehemalige Alida-Schmidt-Stift an der Bürgerweide instandbesetzt. Zuvor stand es drei Jahre leer. Das Haus war seit längerem der Wohngruppe "Pueblo", einem Überbleibsel aus dem ehemaligen Prestig-Wohnmodell Steilshoop, von verschiedener Seite aus zugesichert. Seit Sonntagmorgen arbeiteten rund 30 Menschen im Stift, um es vor dem Verfall zu retten. Am Montagnachmittag ließ die Stadt räumen.

Die Sprinkenhof AG, stadtstaatlicher Verwalter des Stifts, meldete sich am Montagmorgen und setzte dann kurze Zeit später ein Ultimatum: Räumung bis 16.25 Uhr. Die Instandhalter verließen das Gebäude freiwillig um 16 Uhr.

Seit Anfang dieses Jahres bemüht sich die Wohngruppe Pueblo um das senats eigene Gebäude. Dort soll die Idee vom Wohnen in "sozial-gemischten" Gruppen wiederbelebt werden.

Für den Umbau in Selbsthilfe nach dem Vorbild des Schröder-Stifts liegt bereits lange ein Finanzierungsplan vor (80 % Wohnungsbaukreditanstalt (WBK), 20 % Eigenbeteiligung).

Bisher war es bei positiven verbalen Zusprüchen der Behörden geblieben. Bezirksamtleiter Jungesblut hatte zwar den Wunsch der Bezirksversammlung verkündet, nach dem das Haus möglichst bald genutzt werden sollte und auch keine Bedenken gegen die Gruppe bestehen würden. Doch weitere Entscheidungskompetenz will er nicht mehr besitzen. Von dem Amt für Wohnungswesen wurde dem Projekt die Förderungswürdigkeit für sozialen Wohnungsbau zuer-

kant. In einem "Anhandgabe-Vertrag" ist der Gruppe zwar für ein Jahr die Verhandlungspräferenz zugesichert worden, doch bis dahin modert das Haus still noch vor sich hin.

Denn die WBK will bei der Finanzierung nicht mitspielen, es sei denn, sie würde durch einen Senatsentscheid dazu gezwungen. Obwohl das Gebäude unter Denkmalschutz steht, der Bebauungsplan das Grundstück als Gemeinbedarfsfläche ausweist und eine andere Nutzung bisher nicht in Aussicht steht, zogen sich die Verhandlungen hin. Die Vermutung, daß dahinter Strategie stecken könnte, liegt nahe.

Nachdem Bautrupps bereits systematisch die sanitären Einrichtungen zertrümmert hatten, tat eine Brandstiftung von "unbekannter Hand" ihr Übriges: durch das offene Dach regnete es herein, ohne daß dagegen etwas unternommen wurde. Um das Haus, sprich den Verhandlungsgegenstand über den Winter zu retten, hatten die Pueblos Dach und Fenster abgedichtet.

Während die Gruppe auf einen Gesprächstermin mit Dohnanyi wartete, dachte Bausenator Wagner laut

darüber nach, ob für das Haus nicht eine "sinnvollere" Nutzung, also keine Wohngruppe, gefunden werden kann.

Dr. Thomas (Sprinkenhof AG) begründete die gestrige Räumung des Hauses gegenüber der taz mit dem für ihn untragbarem Risiko. Schließlich könnten die Besetzer wegen des fehlenden Stroms ein Feuer machen und damit einen zweiten Brandschaden verursachen. Sorgen machte er sich auch wegen einer möglichen Gefährdung durch die Bauqualität des Gebäudes.

Daß eine Gefährdung für die Nachbarn durch lose Balken und Dachschindeln bereits jetzt schon gegeben ist, habe er bislang noch nicht überprüfen lassen. Auf die Frage, ob er die Räumungsentscheidung allein getroffen habe, antwortete Thomas: Ich habe mich bei den "entsprechenden Stellen rückversichert". Weiter beklagte sich Thomas über das "Schulterklopfen" für die Pueblo-Gruppe, den Senat sei zu einer Mitfinanzierung der Stiftsrenovierung derzeit überhaupt nicht in der Lage.

ave

Sanierungsprojekte

In den 1980er Jahren veränderten sich die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner der älteren Altenwohnanlagen und insbesondere kleine Wohnungen waren schlechter zu vermieten.

1988 und 1989 ließ Harald Wehking das Gebäude Bürgerweide 21 umbauen, da die kleinen Wohnungen nicht mehr zeitgemäß waren. Jeweils drei Ein-Zimmer-Wohnungen wurden zu zwei Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen, die um eine Art kleinen Wintergarten erweitert wurden. So veränderte sich auch die Fassade des Hauses. Ab 1981 kam es aufgrund der Wohnungsgröße auch zu Leerstand in der Elsa-Brändström-Straße. Mitte der 1980er Jahre wurden auch hier in den Häusern Elsa-Brändström-Straße 21 und 23 je drei Ein-Zimmer-Wohnungen in zwei Eineinhalb-Zimmer-Wohnungen umgewandelt. Trotz der Modernisierung blieben diese Wohnungen nicht leicht zu vermitteln, da die Anlage verkehrsgünstig gelegen ist – die nächste Hauptverkehrsstraße liegt zehn Gehminuten entfernt – und in der Nachbarschaft keine Einkaufsmöglichkeiten bestehen. Daher besteht seit den 1990er Jahren die Möglichkeit, im Stiftungsbus zu einem Einkaufszentrum zu fahren. In der Nachbarschaft liegt die Pflegeeinrichtung Holstenhof, hier können die Bewohnerinnen und Bewohner zu Mittag essen. Jüngst ließ die Alida Schmidt-Stiftung im Haus Elsa-Brändström-Straße 25 die Bäder barrierefrei umbauen und moderne Küchen einbauen.

Einrichtungen der Suchttherapie

1968 erkannte das Bundessozialgericht Alkoholismus als Krankheit an. Damit war der Grundstein für einen neuen Umgang mit alkoholabhängigen Menschen gelegt. Es sollte jedoch zehn Jahre dauern, bis die Kostenübernahme durch Kranken- und Rentenversicherungen geklärt war. Daher fanden Entgiftung und Entwöhnung bis weit in die 1970er Jahre in den seit Jahrzehnten bestehenden Einrichtungen statt. Problematisch war, dass dort Menschen mit unterschiedlichen Krankheitsbildern – psychisch Kranke und Menschen mit geistigen Behinderungen – untergebracht waren und somit keine allein auf Alkoholranke zugeschnittene Therapie angeboten wurde. Das Versorgungsheim Farmsen war für alkoholranke Frauen zuständig, das Heinrich-Eisenbarth-Heim in Reinbek – heute Sachsenwaldau in Trägerschaft von „Fördern und Wohnen“ – für alkoholranke Männer. Das Versorgungsheim Farmsen war 1904 eröffnet worden, 1923 war dort die erste staatliche „Trinkerheilstätte“ mit 40 Plätzen für „heilbare Trinker“ und 80 Plätze für „unheilbare Trinker“ eingerichtet worden. Während des neunmonatigen Aufenthalts bestand Arbeitszwang. Im Heinrich-Eisenbarth-Heim bestand seit 1966 eine geschlossene Abteilung für alkoholranke Männer. Harald Wehking hatte bei seiner Arbeit dort die Notwendigkeit erkannt, therapiewillige Alkoholiker von den übrigen zu trennen, um ihnen zeitgemäße Therapieangebote zu machen.

1973 richtete die Stiftung das Sozialtherapeutische Wohnheim Jenfeld (STW) mit 40 Plätzen für alkoholranke Männer ein.



In den 1970er und 1980er Jahren etablierte sich eine professionelle Suchtkrankenhilfe und nach und nach wurde die „Behandlungskette“ geschlossen: Dezentrale Beratungsstellen entstanden und Fachkliniken wurden gegründet. In den 1980er Jahren beschäftigten sich zunehmend auch Hausärzte mit dem Krankheitsbild Alkoholismus und konnten betroffene Patientinnen und Patienten an entsprechende Einrichtungen vermitteln.

Sozialtherapeutisches Wohnheim Jenfeld

1973 war die Gründung des Sozialtherapeutischen Wohnheim Jenfeld (STWJ) für alkoholranke Männer neben der etwa zeitgleichen Errichtung des Suchttherapiezentrum der Martha Stiftung ein Novum in Hamburg. Eingerichtet wurde es im gerade frei gewordenen Heim für Tbc-ranke Männer in Jenfeld, das die Alida Schmidt-Stiftung 1956 eröffnet hatte und das seit 1957 von der Sozialbehörde unterhalten wurde. Harald Wehking war durch seine hauptamtliche Tätigkeit in der Sozialbehörde darauf aufmerksam geworden, dass in dem Wohnheim nur noch wenige Tbc-Kranke lebten. Er erkannte die Möglichkeit, das Wohnheim in Jenfeld für Alkoholranke zu nutzen, die sich nach dem Aufenthalt im Heinrich-Eisenbarth-Heim weiter stabilisieren mussten. Als besonders schwerwiegend hatte er während seiner dortigen Tätigkeit beobach-

ten müssen, dass Patienten ohne eigene Wohnung nach der Entwöhnung im allgemeinen Männerwohnheim untergebracht wurden. Da sie dort meist auf Alkoholiker trafen, stellte sich allzu oft ein „Drehtüreffekt“ ein, so dass sie wieder im Heinrich-Eisenbarth-Heim landeten.

1972 beschloss die Arbeits- und Sozialbehörde, das Wohnheim Weidenhof für Tbc-ranke Männer aufzulösen. Die Behörde plante stattdessen, dort ein Heim mit 69 Plätzen für alkoholranke Frauen einzurichten und damit die „Heilstätte Farmsen“ zu ersetzen. Anfang 1973 fiel jedoch die Entscheidung, das Heim auf alkoholranke Männer auszurichten, da für diese ein größerer Bedarf bestand. Eine gemischtgeschlechtliche Einrichtung wurde ausgeschlossen.

Zunächst war das Wohnheim für Klienten gedacht, die bereits eine Kur beendet hatten, tagsüber arbeiteten und regelmäßige Betreuung auf dem Weg in ein langfristig suchtfreies Leben brauchten. Problematisch war, dass die Kranken- und Rentenversicherungen nur die Kosten für die Entziehungskur übernahmen, nicht aber die für die nachsorgende Betreuung. Da die Kriterien in den Anfängen zu eng waren, konnten die vorhandenen 41 Plätze in der Anfangszeit nicht vollständig belegt werden. Daher fanden ab 1974 auch Klienten Aufnahme, die teilweise den Entzug im Krankenhaus hinter sich hatten und auf eine „Kur“ in einer Suchteinrichtung warteten.



Zur Eröffnung des STWJ sprach Sozialsenator Ernst Weiß.

Gerhard Heyer

kam 1975 in die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld (TGJ) und blieb ihr bis 2010 als Sozialtherapeut treu.



Herr Heyer, wie war die Lage in der TGJ, als Sie in die Stiftung kamen?

Bei meinem Start war die TGJ (damals noch „Sozialtherapeutisches Wohnheim Jenfeld“) gerade eineinhalb Jahre alt. Die Martha Stiftung und die Alida Schmidt-Stiftung leisteten damals Pionierarbeit in der Suchthilfe im norddeutschen Raum. Die Alkoholsucht war ja erst sieben Jahre zuvor durch das Bundessozialgericht als Krankheit anerkannt worden. Es gab damals erst wenige therapeutische Ansätze und Konzepte für die Behandlung alkoholkranker Menschen.

Wie entwickelten Sie die Einrichtung?

Wir – Team und Leitung – erprobten vorsichtig, welche therapeutischen Wege möglich sind und welche wir mit unserem Auftrag umsetzen konnten. Wir hörten den Klienten tage- und nächtelang zu und diese nahmen unser Interesse an ihrer Biographie und Suchtgenese dankbar an. Ganz entscheidend war, dass die Stiftung mir und den anderen Kolleginnen und Kollegen, zumeist Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Anfang der 80er Jahre eine dreijährige Qualifizierung zum Sozialtherapeuten ermöglichte und finanzierte. Sonst wären wir wohl ein klassisches „Wohnheim für Alkoholiker“ geblieben. So aber konnten wir unser Wissen in die Arbeit einbringen und es entstanden fundierte therapeutische Konzepte.

Sie arbeiteten auch an der gesellschaftlichen Akzeptanz von „Alkoholismus als Krankheit“?

Zu Beginn meiner Arbeit war noch der Begriff „Trinker“ gesellschaftlich verankert. Wir spürten damals noch große Vorbehalte, wenn es um die Darstellung unserer Einrichtung und unseres Arbeitsauftrages ging. Die Begriffe Alkoholabhängigkeit und Alkoholkrankheit installierten sich erst langsam, ebenso die Tatsache, dass diesen suchtmittelabhängigen Menschen soziale und psychotherapeutische Hilfe zur Bewältigung ihrer Krankheit zusteht. Dass ich ein Teil dieser Entwicklung war, nicht nur in der TGJ, auch in Fachausschüssen, in der Kommunikation mit anderen Einrichtungen, in der Politik – das bedeutet mir viel.

Was machte die Arbeit in einer Stiftung für Sie aus?

Ich habe vorher in großen anonymen Behörden gearbeitet. In der Alida Schmidt-Stiftung genoss ich die Überschaubarkeit und den sehr persönlichen Kontakt. Zudem habe ich besonders unter dem Geschäftsführer Herrn Wehking einen fürsorglichen, gemeinsamen Geist gespürt, der mir gut getan hat. Er war eine väterliche Figur mit viel Empathie für die inhaltliche Arbeit.

Ihr Fazit nach 36 Berufsjahren in der TGJ?

Mein Rückblick ist sehr positiv. Ich habe in guten, kompetenten Teams gearbeitet und ich finde, wir haben gute Arbeit geleistet. Ich habe im Kontakt mit den Klienten nicht nur gegeben, sondern habe auch durch sie viel zurückbekommen. Durch die ständigen Veränderungen in der Suchtarbeit und die Notwendigkeit, darauf konzeptionell zu reagieren, kam nie Monotonie oder Stillstand auf.



Das STWJ in den 80er Jahren. Hier lebten damals ausschließlich alkoholranke Männer nach, später auch vor einer Entwöhnungsbehandlung.



Das Haus liegt am Rande des Jenfelder Moors, umgeben von Einfamilienhäusern.

In der Folge wurde die Altersgrenze für Männer bis 45 Jahre aufgehoben und es wurden auch nicht arbeitsfähige Männer aufgenommen. Insgesamt sollte mit der Heimkonzeption flexibler umgegangen werden, um das STWJ auszulasten.

Viele der Klienten kamen in der Anfangszeit aus dem Heinrich-Eisenbarth-Heim, in dem sie nur eine „Arbeits-therapie“ absolviert hatten. Im Wohnheim in Jenfeld galt ein striktes Alkoholverbot, einen erprobten Therapieplan gab es noch nicht.

Während in den 1970er Jahren im STWJ therapeutische Angebote noch erprobt und entwickelt wurden, fand

in den 1980er Jahren eine Professionalisierung statt. Die Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die – finanziert durch die Alida Schmidt-Stiftung – eine dreijährige Ausbildung zu Sozialtherapeuten absolvierten, konnten nun ausgesprochene therapeutische Angebote in Form von Einzel- und Gruppensitzungen machen.

In den 1980er Jahren veränderte sich auch der Bedarf, da Klienten kamen, die zuvor eine Maßnahme in einer Fachklinik durchlaufen hatten. Da sie von dort Einzel- und Gruppentherapie kannten, konnten sie im STWJ daran anschließen. Vor diesem Hintergrund konnten nun mit den Klienten verstärkt pragmatische Fragen nach einer neuen Wohnung oder einem Arbeitsplatz geklärt werden.

Das Fachkrankenhaus Hansenbarg

Ende der 1970er Jahre engagierte sich wieder Harald Wehking für eine wegweisende suchttherapeutische Einrichtung. Wiederum war es Senator Ernst Weiß, der ihn über das Kinderkurheim Hansenbarg in der nördlichen Lüneburger Heide informierte, das die Landesversicherungsanstalt (LVA) aufgeben wollte. 1910 hatte der Hamburger Juwelier Franz Barca seinen Landsitz dort bauen lassen. 1939 verkaufte er Gebäude und Grundstück an die Landesversicherungsanstalt, die 1946 dort die Kinderheilstätte für „tuberkulosegefährdete“ Kinder einrichtete. Der Hansenbarg schien sich als Fachkrankenhaus für Alkoholranke besonders zu eignen, da er in einer landschaftlich reizvollen Gegend und so weit von Hamburg entfernt lag, dass die Patienten Distanz zu ihrem Alltag hatten, aber nahe genug waren, um Kontakte zu Angehörigen und Freunden zu halten.

1976/77 begannen die Verhandlungen zwischen der Alida Schmidt-Stiftung und der LVA über eine Übernahme des Kinderkurheimes. Gleichzeitig zeichnete sich ab, dass die Landesversicherungsanstalten für die bei ihnen versicherten gewerblichen Arbeitnehmer und nach anfänglichem Zögern auch die Bundesversicherungsanstalt für



Angestellte (BfA) die Kosten für die Kuren übernehmen würden. 1978 bestellte die LVA an dem Grundstück ein Erbbaurecht für die Alida Schmidt-Stiftung. Im Februar 1979 wurde der Betrieb im Fachkrankenhaus Hansenbarg aufgenommen. Zur offiziellen Eröffnung durch Hamburgs Sozialsenator Jan Ehlers im Juli 1979 berichtete das Hamburger Abendblatt über die Dringlichkeit der Einrichtung unter der Überschrift „Ein Bollwerk gegen den Tod aus der Flasche“: Jeder 40. Hamburger sei alkoholsüchtig, insgesamt seien 42.000 von der Krankheit betroffen. Zehn Prozent seien unter 25 Jahre alt und bei jedem fünften Arbeitsunfall sei Alkohol im Spiel. Der Artikel verwies auch auf neun Hamburger Beratungsstellen. In den 1970er Jahren war langsam ein Netzwerk von Hilfeeinrichtungen entstanden.

Der erste Klinikleiter entwickelte das Therapiekonzept, besonderen Wert legte er auf Beschäftigungstherapie. Das Fachkrankenhaus übernahm das frühere Wirtschaftspersonal des Kinderkurheimes zu einem großen Teil. Dieses und die lokale Bevölkerung vertraten zunächst eine skeptische Haltung gegenüber den neuen Patienten: Was waren das wohl für Männer und Frauen, die da kommen würden? Die Vorurteile verschwanden jedoch im Kontakt rasch.



Der Hamburger Juwelier Franz Barca baute sich 1910 einen Landsitz in der Nordheide. 1939 errichtete die Landesversicherungsanstalt dort ein Kinderheim, 1979 eröffnete dann die Stiftung das Fachkrankenhaus Hansenbarg.



*Die Anfänge im
Fachkrankenhaus Hansenburg:
40 Männer und 30 Frauen
mit Alkoholerkrankungen
erhielten in einer
damals sechsmonatigen
Entwöhnungsbehandlung
Unterstützung beim Weg aus
der Sucht.*



*Damals wie heute kommen
die Mehrzahl der Patientinnen
und Patienten aus dem
nahe gelegenen Hamburger
Stadtgebiet und dem
nördlichen Niedersachsen.*



*Kern der Behandlung war
anfangs die Beschäftigungs-
und Arbeitstherapie, u.a. in der
hauseigenen Gärtnerei und der
Forstwirtschaft.*

Marion Wirz

ist seit dreißig Jahren im Fachkrankenhaus Hansenborg als Sozial- und Psychotherapeutin tätig.



Frau Wirz, wie kamen Sie vier Jahre nach Eröffnung des Fachkrankenhauses ins Team?

Ich habe mich 1983 für diese Einrichtung entschieden, weil ich im Hansenborg ein sehr aufgeschlossenes, freundliches, lebendiges und kreatives Team vorfand, in dem ich supergern arbeiten wollte. Das Haus bot ein behagliches und positives Menschenbild, vieles formte sich erst, therapeutische Ideen waren zahlreich vorhanden und die Mitarbeiter arbeiteten berufsübergreifend daran, den Patientinnen und Patienten Hilfestellung und neue, gute Erfahrungen zu geben. Frisch von der Uni war ich mit meinen Ideen gern gesehen und erwünscht.

Ihnen gefiel auch die Lage?

Hier ist es traumhaft schön: großzügige Heideflächen, majestätische Wälder, hügelige Natur und großstadtgeprägte schmucke Dörflichkeiten mit hanseatischem Flair. Der Gebäudekomplex Hansenborg mit seinem Herrenhaus ist wirklich stattlich.

Weiteres Plus: Der Hansenborg liegt in einem 46 Hektar großen Wald mit einem kleinen Fließlein, der Aue. Über diese führen bei uns mehrere Brücken. Die Brücke als der Weg in ein „neues Leben“, das ist für die suchtkranken Menschen, die wir behandeln, ein wunderbares und hilfreiches Symbol.

Was sind Ihre Aufgaben?

Ich mache Einzel- und Gruppentherapien. Der Hansenborg hat immer großen Wert auf die regelmäßigen Einzeltherapien gelegt, um den Patienten einen festen Bezugspunkt zu bieten, wo er oder sie auch schwer auszusprechende Dinge besprechen kann. Ab 1992 habe ich die Kinderseminare am Hansenborg eingeführt und gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen ein Konzept für dreitägige Seminare entwickelt und auf Tagungen gern an interessierte Fachstellen weitergegeben.

Womit beschäftigen Sie sich im Moment besonders?

Seit einigen Jahren befasse ich mich mit der Thematik Trauma, Traumafolgestörungen, einfache und komplexe Posttraumatische Belastungsstörungen und EMDR als Behandlungsmethode, mit den entsprechenden Fortbildungen und Supervisionen. So bieten wir gut fundierte Arbeit auch mit den traumatisierten Patienten und Patientinnen an.

Die Arbeit mit Frauen liegt Ihnen besonders am Herzen?

Die Therapie mit suchtkranken Frauen war bei uns immer ein wichtiges Thema. Bereits in den 80er Jahren hatten wir eine „gruppenübergreifende“ Frauengruppe. Heute hat die Frauengruppe einen eigenen Wohntrakt, alle Frauen haben Einzelzimmer und die Gruppe ist mit zwei Therapeutinnen besetzt.

Nicht zuletzt waren Sie sehr aktiv bei der Hauszeitung?

Der Hansenborg-Kurier, unsere Hauszeitung von Patienten für Patienten, war meine Zusatzaufgabe, die nun nach über 30 Jahren aufgrund der Arbeitsverdichtung nicht mehr aufrecht zu erhalten ist – leider.

Was prägte Ihre Zeit bislang?

Ich erlebe immer neue Herausforderungen – die halten jung. Und eine große Freude und Dankbarkeit, dass ich suchtkranken, schwer leidenden Menschen Hilfe geben kann, dass ich immer wieder neu erleben darf, wie Menschen, die die Sucht hinter sich lassen können, ins Leben zurückkehren und ihre wirklichen Kräfte und Potentiale entwickeln, wie sie sich innerlich und äußerlich entfalten. Mein Blickwinkel ist dabei bewusst positiv. Menschen, die es nicht beim ersten Mal schaffen, dürfen nicht verzweifeln, sie müssen an sich glauben können, um den nächsten Anlauf nehmen zu können.

Sie arbeiten gerne im Hansenborg?

Ja, denn hier begegne ich dem Leben in seiner Vielfalt und bin ganz nah dabei. Außerdem besitze ich eine große Portion Optimismus und auch Zuversicht. Unsere Patientinnen und Patienten haben oftmals solche Lebensanker verloren. Ich freue mich, wenn Patienten sagen: „Sonntagabend komme ich wieder nach Haus“, und damit meinen, dass sie nach einem Wochenendausgang zum Hansenborg zurückkommen. Dann weiß ich: Hier ist nun ein Grundstein gelegt, die Bindung ist hergestellt, eine gute Entwicklung kann in Gang kommen.

Was bedeutet Ihnen die Arbeit in einer Stiftung?

In einer Stiftung, also einer Hilfeeinrichtung gemeinnütziger Art, zu arbeiten, bedeutet für mich etwas sehr Schönes. Die Alida Schmidt-Stiftung ist eine Institution und bietet so umfangreiche Hilfen in verschiedenen Bereichen in Hamburg und eben bei uns an, dass ich mich freue, Mitarbeiterin dieser Stiftung zu sein. Sie ist gewertschätzt und eine im positiven Sinne „gediegene“ Einrichtung.

In den Anfängen war die Fachklinik auf 70 Patientinnen und Patienten – 40 Männer und 30 Frauen – eingerichtet, die meisten waren in Zwei-Bett-Zimmern untergebracht. Es gab eine Aufnahme- und sechs Stationsgruppen mit jeweils zehn Patientinnen und Patienten. Der Therapieplan der sechsmonatigen „Entwöhnungsbehandlung“ sah Beschäftigungs- und Arbeitstherapie, psychotherapeutische Gruppensitzungen sowie Familienseminare vor. Die Patientinnen und Patienten arbeiteten im Garten und Forst, in der Küche, der Näherei und der Wäscherei.

Die Hausordnung der neuen Fachklinik vermittelt einen Eindruck davon, dass die Patienten nur eingeschränkt Eigenverantwortung erhielten und die Kontakte nach außen begrenzt waren. In den ersten sechs Wochen durften sie das Klinikgelände nicht verlassen, in den vier folgenden nur in Begleitung. In den ersten zwei Wochen waren Besuche nicht erlaubt, danach zweimal wöchentlich in einem Zeitraum von vier Stunden.

Für die Anfänge des Fachkrankenhauses erinnern ältere und ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass sie mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten gehabt hätten und das Verhältnis zu ihnen oft sehr persönlich gewesen sei. Ein Grund war, dass die Patienten ihre Reha-Maßnahme im Gruppenverband begannen und in allen hauswirtschaftlichen Bereichen mitarbeiteten – selbst in der Küche, was später aus hygienischen Gründen untersagt wurde. Teilweise bestanden Kontakte zwischen Patientinnen und Patienten mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern jahrelang fort. So berichtet die 90-jährige Magda Niehus (Jahrgang 1923), dass sie sich immer noch mit einer ehemaligen Patientin, die Anfang der 1980er Jahre ihre Sucht bewältigte, Weihnachtskarten schreibt. Dabei war Frau Niehus, die für die Wäscherei zuständig war, 1988 in den Ruhestand gegangen.

Dass viele ehemalige Patienten sich dem Fachkrankenhaus Hansenburg nach ihrem Aufenthalt verbunden fühlten und fühlen, wird auch daran deutlich, dass sie in den 1983 gegründeten Freundeskreis Hansenburg eintreten.



Gedruckte Informationen über das Fachkrankenhaus Hansenburg gingen an Beratungsstellen, Kostenträger und auch an die Patientinnen und Patienten.



Ein weiteres wichtiges Medium, das das Zugehörigkeitsgefühl stärkte, war der „Hansenberg-Kurier“.

Die erste Ausgabe war im August 1982 erschienen. Klinikleiter Gerhard Lempke umriss die Funktion: „Wir wollen Sie informieren, auf dem Laufenden halten, Sie teilhaben lassen, den Kontakt nicht verlieren, Ihnen Mut machen. Sie – das sind natürlich ganz primär alle, die mit der Klinik als Patienten zu tun hatten oder haben. Ansprechen möchten wir aber auch diejenigen, die mit uns in einem Boot sitzen, sei es als Beratungsstelle, als Kostenträger, als Interessierte.“ Die erste Ausgabe stellte neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor und berichtete über harmlose Themen wie die Katze des Hansenbargs und ihre Jungen. Ein Teilnehmer des „Familien-Seminars“ beschrieb, wie Angehörige den Alltag in der Fachklinik kennen lernten. Angekündigt wurde das Sommerfest, das bis heute regelmäßig mit aktuellen und ehemaligen Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörigen gefeiert wird.

Viele dieser Inhalte wiederholten sich in den folgenden Jahren, besonders auch die Berichte über die Entwöhnung, denn jeder Patient bzw. jede Patientin musste die typischen inneren Kämpfe jeweils neu austragen. Aber auch die therapeutischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ergriffen teilweise in erstaunlicher Offenheit das Wort und berichteten über ihre Perspektive auf die Patientinnen und Patienten. 2013 musste der „Hansenberg-Kurier“ aus Kapazitätsgründen eingestellt werden.

1989 zum zehnjährigen Jubiläum des Fachkrankenhauses Hansenberg fiel die Bilanz überaus positiv aus. Die Staatliche Pressestelle in Hamburg vermeldete, 1700 Patientinnen und Patienten seien bereits betreut worden. 70 Prozent hätten die Therapie regulär nach sechs Monaten abgeschlossen, 12 Prozent hätten den Hansenberg vorzeitig mit ärztlicher Einwilligung verlassen, bei nur 18 Prozent sei die Therapie gescheitert.



Beim jährlichen Sommerfest im Fachkrankenhaus Hansenberg treffen sich bis heute viele aktuelle und ehemalige Patientinnen und Patienten und ihre Angehörigen.

Über das Leben mit und ohne Sucht in allen Facetten berichtete ab 1982 der Hansenberg Kurier.

Im Zeichen von Professionalisierung (1991 – 2013)



Betriebswirtschaftliche Steuerung und Kostendruck

Nachdem Harald Wehking 1991 in den Ruhestand gegangen war, folgte ihm Peter Fischer im Amt der Geschäftsführung, das er bis zum Antritt seines Ruhestands 2009 innehatte. Neuerungsbedarf stellte der zuvor in der Sozialbehörde tätige Psychologe im Bereich der betriebswirtschaftlichen Steuerung der Stiftungen fest. Daher entwickelte er Controlling-Instrumente und führte betriebswirtschaftliche Auswertungen ein. Außerdem professionalisierte er die wohnungswirtschaftliche Abteilung in der Hauptverwaltung. Eine weitere Neuerung war die schrittweise Umstellung aller Bereiche der Verwaltung auf EDV-gestützte Verfahren und 1994 die erstmalige Besetzung einer Leitungsstelle für die Bereiche EDV und Controlling.

Wie eine ehemalige Mitarbeiterin im Rechnungswesen berichtet, wurden in dieser Zeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen stärker in die Budgetplanung eingebunden, um bei ihnen das Verständnis für Kostengrenzen zu wecken. Denn als wirtschaftlich arbeitendes Unternehmen konnten nicht alle aus fachlicher Sicht wünschenswerten Ausgaben getragen werden.

In den folgenden Jahren nahm der Druck der Kostenträger laufend zu, der bis heute anhält. Insgesamt verlor sich die „familiäre Atmosphäre“ in den Einrichtungen

der Stiftung zugunsten der neu eingeführten, stärker betriebswirtschaftlich orientierten Strukturen. Die Stiftung konnte ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber weiterhin Sicherheit in Form von Tarifverträgen, sicheren Arbeitsverträgen und wenig Konkurrenzdruck untereinander bieten. Hohe Zinserträge aus sicheren Geldanlagen und regelmäßige Anhebungen der Kostensätze sicherten Anfang der 1990er Jahre den Betrieb der stiftungseigenen Einrichtungen und damit der Arbeitsplätze.

Ab Mitte der 1990er Jahre bestimmten neue inhaltliche Diskussionen die Stiftungsarbeit, ausgelöst auch durch die sozialpolitische Reformgesetzgebung. Prägend waren zum einen die Neuerungen im Bundessozialhilfegesetz und hier insbesondere die Umstellung vom Selbstkostendeckungsprinzip auf prospektive Entgelte für den Betrieb von Einrichtungen der Eingliederungshilfe zum 1. Juli 1994. Damit sollte „die Eigenverantwortung der Träger gestärkt und wirtschaftliche Betriebsführung belohnt“ werden. Zum anderen bedeutsam war die Einführung der Pflegeversicherung zum 1. Januar 1995, mit der die Erbringung von ambulanten und stationären Pflegeleistungen durch die Stiftung auf eine neue rechtliche und fachliche Grundlage gestellt wurde.

Gleichzeitig fand eine Ausdifferenzierung im Suchthilfebereich statt, mit der die Behandlungskette von der Vorsorge bis zur Nachsorge sichergestellt und um die



*Drei Geschäftsführungen der
Alida Schmidt-Stiftung auf
einen Blick (v.l.):
Harald Wehking (1969-1991),
Christina Baumeister (seit
2009), Peter Fischer
(1991-2009)*



Adaptionsbehandlung als nachsorgende Wiedereingliederungsphase in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt ergänzt wurde.

Unter Peter Fischer wurden auch umfassende und kostenintensive Umbaumaßnahmen am Fachkrankenhaus Hansenberg und am Sozialtherapeutischen Wohnheim / Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld durchgeführt, die im Wesentlichen noch auf dem Stand der 1970er Jahre gewesen waren.

2009 übernahm mit der Sozialwissenschaftlerin Christina Baumeister erneut eine ehemalige Mitarbeiterin der Sozialbehörde die Geschäftsführung der Alida Schmidt-Stiftung. Dem verstärkten Konkurrenzdruck insbesondere privater Anbieter sozialer Dienstleistungen und dem Kostendruck aufgrund der Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Hand begegnet die Stiftung seitdem durch fachliche Profilierung einerseits aber auch durch weiterhin strikte Steuerung beim Einsatz von Personal- und Sachmitteln andererseits.

Der Ausbau der Fachklinik Hansenberg

Seit Beginn der 1990er Jahre stand die stationäre Entwöhnungsbehandlung unter verstärktem wirtschaftlichem Druck. Es trat eine Empfehlungsvereinbarung der Kranken- und Rentenversicherung für ambulante Entwöhnungsmaßnahmen in Kraft und 1990 verkürzten die

Rentenversicherungsträger die Behandlungszeit in den Fachkliniken von sechs auf vier Monate. Der damit einhergehende Kostendruck sollte sich in den folgenden Jahren noch verstärken. So wurden 1997 mit dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz weitere Einschränkungen bei stationären Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation vorgenommen, die zu einer nochmaligen Verkürzung der Therapiedauer und einem zeitweiligen Rückgang der bewilligten Reha-Maßnahmen auch im Hansenberg führten.

Ab 1990 wurde das Fachkrankenhaus Hansenberg baulich verändert und neu strukturiert. Das Haupthaus wurde umgebaut und eine neue Sporthalle geplant. Vor dem Hintergrund veränderter Bedürfnisse wurden nun einzelne Zweibettzimmer aufgelöst und mehr Einzelzimmer eingerichtet. Die Klinik wurde um zehn Plätze auf 80 ergänzt.

Mit der Einrichtung einer halboffenen Frauengruppe in eigenen Räumen im Jahr 1992 wurde der Feststellung Rechnung getragen, dass Frauen oft spezifische biografische Gründe, wie z.B. sexuellen Missbrauch, für ihr Suchtverhalten haben.

Ab 1997 waren viele Kliniken – so auch das Fachkrankenhaus Hansenberg – unterausgelastet, weil die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Berlin (heute Deutsche Rentenversicherung Bund) als größter Kostenträger die Belegung bei einem Tagespflegesatz, der über 190 DM lag, nicht mehr bewilligt hatte.

Jeannine Bremer

arbeitet seit 2012 als Krankenschwester im
Fachkrankenhaus Hansenbarg.



Frau Bremer, wie kamen Sie ins Fachkrankenhaus?

Ich bin seit 20 Jahren Krankenschwester und habe lange Jahre mit hirnverletzten Menschen gearbeitet, davor lange mit frischverletzten Querschnittgelähmten. Irgendwann habe ich mir gewünscht, nicht ständig unter diesen extremen Bedingungen und dem Zeitdruck arbeiten zu müssen. Ich wollte den Menschen nicht nur mit seinen körperlichen, sondern mit all seinen Bedürfnissen sehen. Aufgrund meiner Initiativbewerbung bin ich dann in den Hansenbarg gekommen.

Ihre Arbeit findet überwiegend nachts statt?

Ja, denn ich mache fast ausschließlich Nachtwachen. Nachts ist eine ganz besondere Zeit. Von 20 bis 24 Uhr kommen viele Patientinnen und Patienten zur mir und möchten nochmal sprechen. Diese Gespräche finde ich sehr schön – das ist genau das, was mir in meinem früheren Berufsleben gefehlt hat. Es freut mich immer wieder, dass ich jetzt Zeit dafür habe. Formal sind meine Aufgaben die Versorgung der Patienten bei allen körperlichen und seelischen Problemen, z.B. nach Sportverletzungen, Rückfällen, Panik- und Angstattacken. Und ich muss auch aufpassen, dass die Regeln des Hauses gewahrt werden. Ich kann mir meine Arbeit selbstständig einteilen und das schätze ich sehr.

Was motiviert Sie?

Das positive Feedback der Patienten motiviert mich sehr. Ich erlebe auch Respekt, Toleranz und Wertschätzung in meinem netten Team. Zurzeit sind wir elf Leute in der Pflege.

Was bedeutet es für Sie, in einer Stiftung zu arbeiten?

In einer Stiftung zu arbeiten bedeutet für mich, an dem Gedanken der Gemeinnützigkeit teilzunehmen und dass alle erwirtschafteten Überschüsse in den Kreislauf zurückgeführt werden.



Im historischen Barca-Haus des Fachkrankenhauses Hansenborg haben die Verwaltung und die Klinikleitung ihren Sitz.



2003 ging der Neubau mit Cafeteria, Physiotherapie-Räumen, Bewegungsbad, Fitnessbereich und Sauna sowie Patientenzimmern in Betrieb.

Daher wurde im Fachkrankenhaus Hansenborg eine Senkung der Pflegesätze notwendig, erreicht durch Einsparungen beim Personal und im Sachkostenbereich.

1998 bot die LVA der Alida Schmidt-Stiftung das Fachkrankenhaus Hansenborg zum Kauf an. Nach längeren Verhandlungen über den Kaufpreis erwarb die Alida Schmidt-Stiftung die Anlage, die sie bisher gepachtet hatte.

2003 beurteilte die BfA das Fachkrankenhaus in baulicher und therapeutischer Hinsicht als nicht mehr zeitgemäß und konkurrenzfähig und forderte Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen. Pläne sahen den Neubau des Freizeit- und Cafeteria-Bereichs sowie eine zusätzliche personelle Ausstattung mit einem psychiatrischen Facharzt vor. Hinzu kamen physiotherapeutische und arbeitsmarktqualifizierende Angebote. 2005 wurde der Neubau mit Physio-Therapieräumen, Bewegungsbad, Fitnessbereich, Sauna sowie Patientenzimmern fertig gestellt. Diese baulichen Maßnahmen wurden unter anderem durch eine Aufstockung um zehn weitere Plätze auf insgesamt 90 Plätze finanziert. Auch beim Neubau der Küche und der Modernisierung des Speisesaals im Jahr 2006 wurden zeitgleich zusätzliche Patientenzimmer geschaffen, so dass zum 1. März 2007 die Anzahl der Therapieplätze auf 100 erweitert werden konnte.

Bereits seit 2012 wird erneut ein Erweiterungsbau für den Hansenborg diskutiert, um die noch bestehenden Zweibettzimmer auflösen zu können. Belegungsschwankungen erschweren jedoch heute wie damals die Entscheidungsfindung.

Ambulante Angebote für Suchtkranke

1990 gründete die Alida Schmidt-Stiftung die Außenstelle Hansenborg (AHA) mit einem Büro in der Altenwohnanlage in der Bürgerweide 21, um die Therapiekette im Suchthilfebereich durch eine stiftungseigene ambulante Suchtberatungsstelle zu vervollständigen. Sie sollte in zentraler Lage Bindeglied zwischen ambulanter und stationärer Versorgung für Suchtkranke sein. In der Folge fand eine Erweiterung um niedrigschwellige Beratung und therapeutische Angebote statt. Dabei kamen zunehmend Interessierte, die Informationen über Therapiemöglichkeiten suchten. Ab 1991 entwickelte sich die Selbsthilfegruppe AHA 91.

1994 wurde das Projekt für Abhängigkeitskranke Dulsberg (Pfad) gegründet, das insbesondere Suchtkranke in

Dulsberg ansprach. Die Beratungsstelle bot Sprechstunden an, organisierte Veranstaltungen zur Suchtprophylaxe und sorgte für eine Vernetzung mit anderen sozialen Einrichtungen. 1998 wurden Pfad und AHA zusammengeschlossen. Die neue Einrichtung unter dem Namen AHA in der Schellingstraße bot mehrere Selbsthilfe- und Therapiegruppen an und vermittelte in stationäre und ambulante Reha-Maßnahmen.

Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld

1993 feierte das Sozialtherapeutische Wohnheim Jenfeld sein zwanzigjähriges Jubiläum. Zu diesem Zeitpunkt bot es Nachsorgeangebote für Alkohol-, Medikamenten- und Spielabhängige an. Vorhanden waren 28 stationäre Therapieplätze, der stationäre Aufenthalt betrug zwölf Monate. Das Angebot beinhaltete auch Unterstützung bei der beruflichen Rehabilitation. Die Finanzierung erfolgte aus Pflegesätzen der Hamburger Sozialbehörde. Da diese auf lange Sicht jedoch nicht ausreichen würden, entwickelte der damalige Leiter des Sozialtherapeutischen Wohnheims mit seinem Mitarbeiterteam ab 1994 eine neue Konzeption für den Bereich „Adaption“, um die Rentenversicherungsträger für die Finanzierung zu gewinnen. Denn diese bezahlten die Adaptionsbehandlungen nach einem Aufenthalt in einer Fachklinik. Dafür forderten sie umfangreiche medizinische, arbeitstherapeutische und betreuerische Maßnahmen für die Klientinnen und Klienten. In der Einrichtung fehlten bisher Therapie- und Arbeitstherapieräume sowie ein größerer Gemeinschaftsraum völlig. Daher wurden erhebliche Investitionen für die Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die therapeutischen Angebote sowie EDV-Trainingsplätze notwendig.

Die angestrebte neue Ausrichtung fand 1995 ihren Niederschlag in der Umbenennung in „Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld“ (TGJ). Die Neukonzeption trat 1997 in Kraft: Von den insgesamt 32 Plätzen finanzierte die Sozialbehörde 18 Plätze im Bereich soziale Rehabilitation und die LVA Hamburg 14 Adaptionsplätze.

Die Umgestaltung der TGJ erbrachte jedoch nicht sofort den erhofften Erfolg. 1997 nahm der Vorstand der Alida

Schmidt-Stiftung in einer seiner Sitzungen zur Kenntnis, dass die TGJ unterausgelastet war. Die Stiftung bemühte sich auch deshalb um eine Entgeltvereinbarung für Vorsorgeplätze, die die Sozialbehörde in Hamburg zusätzlich schaffen wollte. Es war sogar daran gedacht, die Plätze in der TGJ ab 1998 ganz der Vorsorge zu widmen und Klientinnen und Klienten der sozialen Rehabilitation und der Adaption in der Nähe unterzubringen. Dazu wurden zwei Gebäude auf dem Gelände des Pflegezentrums Holstenhof angemietet.

Nachdem zunächst ein anderer Suchthilfeträger die von der Sozialbehörde geplanten zusätzlichen Vorsorgeplätze an einem Standort außerhalb Hamburgs einrichten wollte, hatte die Behörde Ende 1997 entschieden, mit der Alida Schmidt-Stiftung eine Pflegesatz-Vereinbarung über den Betrieb der Vorsorge-Einrichtung in Jenfeld abzuschließen. In diesem Zusammenhang wurde der damals amtierenden Sozialsenatorin Helgrit Fischer-Menzel vorgeworfen, mit der Entscheidung der Behörde für die Alida Schmidt-Stiftung ihren Ehemann Peter Fischer begünstigt zu haben. Fischer-Menzel trat am 1. März 1998 von ihrem Amt zurück und bat den Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg um eine Prüfung der Vorgänge. In seinem Prüfbericht kam der Rechnungshof im Mai 1998 zu dem Schluss, dass die Einflussnahme der Senatorin auf das Auswahlverfahren für den künftigen Träger der Vorsorgeeinrichtung – unabhängig von der zugrundeliegenden Motivation Fischer-Menzels, die Vorsorgeplätze innerhalb Hamburgs einrichten zu wollen – unzulässig gewesen sei. Die Hamburgische Bürgerschaft setzte am 28. April 1998 einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur „Vergabe und Kontrolle von Aufträgen und Zuwendungen durch die Freie und Hansestadt Hamburg“ ein, der im November 2000 seinen Bericht vorlegte. Bereits im September 1998 entschied die Sozialbehörde, keine behördlichen Vertreter mehr in die Aufsichtsgremien bzw. Vorstände von Stiftungen zu entsenden, die innerhalb der Behörde zugleich für die Leistungsbereiche dieser Stiftungen fachlich zuständig oder in irgendeiner Weise an Verwaltungsverfahren hinsichtlich der Stiftungen beteiligt waren. Damit sollte jegliche Möglichkeit einer Interessenkollision vermieden werden. Außerdem zog die Behörde ihre Vertreter aus einigen Gremien ganz zurück. Auch der Vorstandsvorsitz der Alida Schmidt-Stiftung wurde aufgrund dieser Regelung neu besetzt. Das Amt übernahm im Jahr 2000 Hans-Peter Strenge, damals Staatsrat der Justizbehörde, der den Stiftungsvorsitz bis heute innehat.



Mit der Einführung des Bereichs Vorsorge nahm die TGJ zum ersten Mal Frauen auf. Außerdem integrierte sie verstärkt das Thema berufliche Rehabilitation, indem sie mittels der neu gegründeten „ZukunftArbeit gGmbH“ Arbeitsplätze anbot.

In der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld wurde trotz einiger Sanierungs- und Ergänzungsmaßnahmen langsam offenbar, dass der Zahn der Zeit erheblich an der Einrichtung genagt hatte. Doppelzimmer und Sammelduschen waren nicht mehr zeitgemäß. Wegen des ungenügenden Zustands blieben die Klienten fern – zumal sie aus den modernen Fachkliniken einen wesentlich besseren Standard gewohnt waren. Letztlich hatte sich auch gezeigt, dass der zweite Standort auf dem Gelände des Holstenhofs organisatorisch nicht sinnvoll war, da nicht nur für die Klientinnen und Klienten sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusätzliche Wege anfielen.

Um der TGJ eine neue Zukunft zu geben, setzten 2006 Planungen für einen Neubau ein, dessen Kosten 5,4 Millionen Euro betragen. 2007 zog die TGJ für anderthalb Jahre in ein Gebäude des Berufsförderungswerks Hamburg nach Farmsen um, da das gesamte Gelände

an der Jenfelder Straße neu gestaltet wurde. Umfangreiche Neubaumaßnahmen fanden statt, so dass sich die TGJ mit Vorsorge, sozialer Rehabilitation, Adaption und Suchtberatungsstelle zum Jahreswechsel 2008/ 2009 in einem komplett neuen Gewand präsentieren konnte. Der Neubau integrierte auch die bisherige Außenstelle Hansenberg in der Schellingstraße und die Beratungsstelle des Blauen Kreuzes.

Doch schon kurz nach Einweihung der neuen Räumlichkeiten entstand auf Anregung der Deutschen Rentenversicherung Nord die Überlegung, die Kapazität der Adaption noch einmal zu erhöhen. Dies war jedoch am Standort Jenfelder Straße nicht möglich. Deshalb knüpfte die TGJ an die Erfahrungen der Interimslösung an und mietete das bereits 2007/2008 genutzte Internats-Gebäude im Berufsförderungswerk für die Unterbringung und Betreuung von 30 Adaptionpatienten an. Neben der Nutzung des Gebäudes wurde auch eine fachliche Kooperation mit dem Berufsförderungswerk angestrebt, um Angebote der beruflichen Rehabilitation für die Adaptionpatienten zugänglich zu machen. Nach einem Teil-Umbau des Hauses konnte die Adaption der TGJ Ende 2011 nach Farmsen umziehen.

ZukunftArbeit gGmbH

ZukunftArbeit gGmbH wurde 1999 von der Alida Schmidt-Stiftung und dem Suchthilfeträger therapiehilfe e.V. als „Hilfen zur Integration“ gegründet. Grundlegende Idee war die Erkenntnis, dass suchterkrankten Menschen bei ihrem Wiedereinstieg in das Berufsleben nur eine Einrichtung helfen kann, die ihren besonderen Erfordernissen gerecht wird. Eine Reihe von Institutionen wie die LVA Hamburg und die Hamburger Sparkasse sowie Kleinspender machten Anschaffungen von Maschinen und Fahrzeugen möglich. So entstanden realistische Arbeitsmöglichkeiten für suchterkrankte Menschen.

Nach Anfangsschwierigkeiten in den ersten fünf Jahren etablierte sich die „ZukunftArbeit gGmbH“. 2004 stellte der Vorstand der Alida Schmidt-Stiftung in seiner Jahressitzung fest, der Durchhaltewille habe sich gelohnt. Die Firma leiste nicht nur inhaltlich wichtige Arbeit, sondern diene auch der Reputation des Suchtbereichs der Alida Schmidt-Stiftung. Seit 2012 steht die ZukunftArbeit gGmbH auf zwei Säulen: Zum einen ist sie ein anerkanntes Integrationsunternehmen mit den Bereichen Fahrradwerkstatt, Parkraumbewirtschaftung, mobile WC-Anlage und Garten-Landschaftsbau. In der Integrationsfirma haben 25 bis 50 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Schwerbehinderung. Zum anderen bietet ZukunftArbeit Ein-Euro-Jobs im Bereich Büro, Seniorenhilfe und Grünpflege an. Nicht zuletzt stellt sie Plätze für Praktikanten und für Personen zur Verfügung, die über die Gerichtshilfe vermittelt werden und Sozialstunden ableisten.



*Die Therapeutische
Gemeinschaft Jenfeld (TGJ)
wurde bis 2009 komplett
umgebaut und erweitert. Hier
sind die Vorsorgeeinrichtung,
die soziale Rehabilitation und
die Suchtberatungsstelle AHA
beheimatet.*



*Die Adaptionseinrichtung der
TGJ zog 2011 auf das Gelände
des Berufsförderungswerks
in Farmsen und nutzt deren
Angebote zur beruflichen
Rehabilitation.*



Matthias Gittel

ist seit 2010 als Einzel- und Gruppentherapeut und Sozialberater in der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld tätig.

Herr Gittel, warum haben Sie sich für die Arbeit in der TGJ entschieden?

Mir macht die Arbeit mit Suchtkranken viel Freude und die Stiftung bietet sehr gute Arbeitsbedingungen. Damit kann ich mich auf meine eigentliche Arbeit mit unseren Klienten konzentrieren. Ich habe Arbeitgeber kennen gelernt, in denen das Betriebsklima viel schlechter ist und darunter auch die Beziehung zu den Klienten leidet.

Was sind Ihre Aufgaben?

Neben der Bezugsbetreuung meiner Klienten übernehme ich die Moderation von Gesprächsgruppen, die Sozialbetreuung und das „Anwerben“ zukünftiger Bewohner. Das ist eine tolle Abwechslung, und mit dem richtigen Verhältnis zwischen den einzelnen Tätigkeiten gelingt mir eine fordernde, aber erfüllende Tätigkeit.



Was prägt Ihre Zeit in der TGJ bislang?

Veränderung! So habe ich mich nach meiner vorherigen Tätigkeit recht lange an das Bezugsbetreuungssystem hier gewöhnen müssen, welches gerade nicht auf schnelles Erledigen ausgelegt ist, sondern die intensive Auseinandersetzung mit Person und Biografie bedeutet. Auch unser Team hat sich verändert, insgesamt ist es stabiler geworden und hat nach Jahren der Veränderung und des Verlusts wieder zur Ruhe gefunden. Insgesamt arbeite ich gerne hier, weil das Verhältnis der Kollegen untereinander sehr gut ist und auch der Kontakt mit unseren Klienten vertrauensvoll und intensiver, als es in anderen Einrichtungen möglich ist.

Was motiviert Sie?

Hauptsächlich die Arbeit mit unseren Klienten. Auch wenn nicht Jeder oder Jede unsere Einrichtung „regulär“ verlässt und wir von schweren Rückschlägen erfahren, so ist doch die Vielfalt unserer Klienten ein Garant für eine abwechslungsreiche Tätigkeit. Ich freue mich besonders, wenn ehemalige Klienten den Weg zu uns finden – sei es als Wiederaufnahme oder einfach so zum Kaffeetrinken.

Was bedeutet es für Sie, in einer Stiftung zu arbeiten?

Ich finde, das gibt mir einen großen Gestaltungsspielraum in meiner Arbeit. Natürlich merken auch wir, wie der wirtschaftliche Druck steigt. Dafür haben wir hier flexiblere Strukturen als eine Behörde – auch wenn das papierlose Büro noch Zukunftsmusik ist.



1995 wurde aus dem sozialtherapeutischen Wohnheim für junge Frauen eine Jugendhilfeeinrichtung. Hintergrund war die Ausweitung des Anspruches auf Unterstützung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz auf die Gruppe der jungen Volljährigen – eben jene Zielgruppe, die in der Bürgerweide betreut wurde. Die Bundesländer und damit auch Hamburg hatten eine Frist bis zum 1.1.1995, um entsprechende Angebote zu schaffen. So wurde die Einrichtung zusammen mit einer Handvoll anderer Träger kurzerhand in die Jugendhilfe transferiert.

Die Jugendbehörde befand jedoch das Wohnheim für Zwecke der Jugendhilfe mit 32 stationären Plätzen für zu groß und die baulichen Standards als nicht mehr zeitgemäß. Künftig sollten verstärkt ambulante Angebote sowie Betreuung in kleineren Wohngemeinschaften und Plätze für die Betreuung von Müttern mit Kleinstkindern geschaffen werden. Neben den Veränderungen in der Struktur bedeutete dies für die Einrichtung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch einen Paradigmenwechsel in der pädagogischen Arbeit. Anstelle von Sozialtherapie war nun Unterstützung bei der Persönlichkeitsentwicklung und der Entwicklung der Erziehungsfähigkeit gefragt.

Ab 1995 wurden die stationären Plätze auf 15 reduziert, die bis heute bestehen. Pläne sahen vor, vor allem Frauen, die „aufgrund von Gewalterfahrungen, sexuellem

und psychischem Missbrauch oder anderen traumatischen Erlebnissen massive psychische und Verhaltensprobleme haben“, in der Bürgerweide aufzunehmen. Die Altersgrenze wurde auf zwölf Jahre abgesenkt. Außerdem wurden nun auf neuer konzeptioneller Grundlage auch Schwangere und Mütter mit Kindern aufgenommen. Zuständig für die Bewilligung waren die „Allgemeinen Sozialen Dienste“ in den Bezirken.

Gleichzeitig wurden zusätzliche Plätze für beide Zielgruppen in angemieteten Wohnungen geschaffen und als neues Angebot ambulante aufsuchende Hilfen in Familien für die Bezirke Hamburg-Mitte und -Nord verbunden mit einem regionalen Bürostandort im Wiesendamm eingerichtet. In der Vorstandssitzung zur Planung des Wirtschaftsjahres 1999 konnte festgestellt werden, dass sich eine deutliche Verschiebung der Tätigkeit vom stationären in den ambulanten Bereich ergeben habe.

Um künftig eine qualifizierte Betreuung im stationären Bereich gewährleisten zu können, beschloss der Vorstand im Dezember 1998, die Zimmer im neueren Teil des Gebäudes Bürgerweide 19 zu Wohnungen unterschiedlicher Größe mit jeweils eigenen Küchen und Bädern umzubauen. Im Altbau wurde ein „Service-Bereich“ geschaffen mit Büros, Werkstatt, Kinderspielzimmer, Wickelraum und Gemeinschaftsräumen.

Der Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe der Alida Schmidt-Stiftung betreut laufend 120 Familien, Alleinerziehende, Frauen, Kinder und Jugendliche stationär und ambulant. Ausflüge und Ferien gehören zum pädagogischen Angebot.



Anne Birte Anuth

ist seit 2011 im Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe der Alida Schmidt-Stiftung beschäftigt.

Frau Anuth, was sind Ihre Aufgaben?

Ich bin Diplom-Pädagogin und in der Bürgerweide 19 tätig. Meine Aufgaben sind die sozialpädagogische Familienhilfe sowie begleitete Umgänge. Das heißt, ich betreue Familien in ihrem Zuhause. Ich unterstütze zum Beispiel in Erziehungsfragen, zum Thema Gewalt- oder Suchtproblematiken, zum Thema Ernährung, aber ich begleite auch zu Behördengängen und vieles mehr. Wir haben es oft mit Familien mit Multiproblemlagen zu tun, dadurch sind die Herausforderungen sehr vielschichtig. Außerdem betreue ich den Kontakt zwischen Eltern und Kindern, wenn die Eltern sich trennen und nicht in der Lage sind, ohne externe Hilfe eine Umgangsregelung mit den Kindern zu erarbeiten, und darüber hinaus der Umgang der Eltern untereinander sehr konfliktreich ist.



Wieso haben Sie sich für die Arbeit in der Stiftung entschieden?

Ich habe vorher im Bereich der Kindertagesstätten als Heilpädagogin gearbeitet und Integrationsmaßnahmen begleitet. Mein Umzug nach Hamburg ging einher mit einer beruflichen Umorientierung. Für die Stiftung habe ich mich entschieden, weil ich mich schon beim ersten Treffen sehr willkommen fühlte. Es war eine wertschätzende, gute Atmosphäre.

Wie sieht der Alltag aus?

Ich begleite aktuell sechs Familien mit ein bis vier Kontakten pro Woche. Intern war meine Zeit bislang geprägt durch einen Organisationsentwicklungsprozess, um den Veränderungen der Hilfelandschaft in Hamburg besser gerecht werden zu können.

Arbeiten Sie gerne in der Stiftung?

Ja, weil ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit sowie selbstständiges Arbeiten möglich ist. Außerdem schätze ich die flexible Gestaltung meines Arbeitsalltages und das Zusammenarbeiten mit dem ambulanten Team. Meinen beruflichen Wechsel in die Kinder- und Jugendhilfe habe ich nicht bereut. Man hat eine hohe Verantwortung und muss gleichzeitig schauen, wie man Distanz zu den Problemlagen wahren kann. Mit der Zeit habe ich mir diese Distanz angeeignet. Mein tolles Team hat mir dabei geholfen. Ich fühle mich gut aufgehoben.

Was motiviert Sie?

Ich möchte gerne die Lebenssituation meiner Klientinnen und Klienten und ihrer Familien positiv verändern. Im besten Falle langfristig.



In der Bürgerweide 19 leben junge Mütter oder Väter mit ihren Kindern sowie Frauen mit psychischen Erkrankungen.

Die stationären Plätze für Schwangere bzw. allein erziehende Mütter und Väter mit Kleinstkindern wurden 2005 um vier Plätze im Gebäude Bürgerweide 23 erweitert. Damit kehrte die Stiftung – wenn auch nicht als Eigentümerin – an den von der Stifterin erbauten Ursprungsort zurück.

Unter der Überschrift „Weiterentwicklung der Jugendhilfe“ leitete die Hamburger Jugendbehörde in den Jahren 2002/2003 gravierende Strukturveränderungen im Bereich der öffentlich finanzierten Jugendhilfe ein. Zugunsten einer sozialraumorientierten offenen Kinder- und Jugendhilfe sollten die entgeltfinanzierten gesetzlichen Hilfen zur Erziehung reduziert werden. Die Behörde kündigte die Rahmenverträge mit den Verbänden und unterbreitete Angebote für neue Entgelte, die für die Leistungssegmente der Alida Schmidt-Stiftung zu dramatischen Absenkungen um bis zu 18 Prozent führten. Damit war es nicht mehr möglich, sämtliche tarifliche Leistungen für die Beschäftigten aus den Kostensätzen zu finanzieren. Gemeinsam mit anderen freien Trägern der Jugendhilfe bewarb sich die Alida Schmidt-Stiftung im Bezirk Hamburg-Mitte um eines der neuen sozialraumorientierten Projekte und ist seit 2003 geschäftsführender Träger des FamilienNetzwerks Hamm. Im Rahmen des FamilienNetzwerks wurden offene Angebote und Gruppen wie z.B. Spielcafés, Sonntagsfrühstück für Familien und Kochgruppen eingerichtet. Darüber hinaus werden Be-



Das „Elbschloss an der Bille“ im Osterbrookviertel in Hamm-Süd wurde 2009 feierlich und fröhlich eröffnet.

ratung und aufsuchende Unterstützung zum Beispiel für die Gruppe der Eltern mit Kindern von 0–3 Jahren angeboten. Die Alida Schmidt-Stiftung realisiert im Netzwerk mit den „Familienlotsen“ die aufsuchende Familienunterstützung und die „Frühen Hilfen“ wie entwicklungspsychologische Beratung und Hebammensprechstunde. Die Eltern, Kinder und Jugendlichen können sich bei Unterstützungsbedarf direkt an das FamilienNetzwerk wenden und müssen nicht den Weg über das Jugendamt nehmen. Neu war auch, dass die Angebote in bereits vorhandenen Räumen im Stadtteil stattfinden, wie Kindertagesstätten, Schulen und Häusern der Jugend.

2009 wurde das „Elbschloss an der Bille“ eröffnet – ein Kooperationsprojekt, bei dem verschiedene Träger in dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Baugenossenschaft Freier Gewerkschafter (BGFG) Angebote für alle Bewohner des Stadtteils südliches Hamm vorhalten. So bestehen unter einem Dach z.B. ein Nachbarschaftszentrum der BGFG, eine Kindertagesstätte, ein Eltern-Kind-Zentrum und die Mutter-Kind-Einrichtung der Alida Schmidt-Stiftung als stationäres Angebot mit 15 Plätzen. Hier am Osterbrookplatz betreut die Stiftung wie auch in der Bürgerweide 19 Mädchen und junge Frauen mit psychischen Störungen sowie Schwangere und allein erziehende Mütter und Väter mit Kleinkindern. Das Projekt wurde ursprünglich als Mehrgenerationenhaus vom Bundesbauministerium sowie vom Bundesfamilienmi-

nisterium gefördert. Modellcharakter hat die Vernetzung einer stationären Jugendhilfeeinrichtung mit einem Angebot für die Nachbarschaft bzw. den Stadtteil.

Im Zuge der mehrfachen Strukturveränderungen firmierte das „Frauenwohnheim“ zwischenzeitlich unter der Bereichs-Bezeichnung „Frauen, Kinder und Familien“ und wurde 2010 umbenannt in „Alida Schmidt-Stiftung – Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe“. Damit wurde den sozialrechtlichen Grundlagen der Arbeit Rechnung getragen, die im Sozialgesetzbuch VIII Kinder- und Jugendhilfe sowie im Sozialgesetzbuch XII Eingliederungshilfe liegen. Als die Einrichtung 1995 zur Jugendhilfeeinrichtung umstrukturiert wurde, umfasste das pädagogische Team

neun Planstellen. In der Folgezeit wuchs die Einrichtung stetig und hatte zeitweilig fast 30 Sozialpädagogenstellen besetzt. Im Stammhaus in der Bürgerweide 19, im „Elbschloss“ in Hamm sowie an einem Bürostandort in der Probsteier Straße arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis heute in stationären und ambulanten Teams. Die Betreuung wird ergänzt durch weitere Projekte, wie zum Beispiel eine Familienhebamme in Rothenburgsort oder ein Schulprojekt, das zum externen Schulabschluss führt. Am Standort Bürgerweide 19 besteht eine Werkstatt, in der den betreuten Klientinnen und Klienten Tagesstruktur geboten wird und in der sie lernen, kreativ zu arbeiten.



Einblick in die Gemeinschaftsküche in der Bürgerweide 19. Jede Bewohnerin hat zudem eine eigene Küche in ihrer Wohnung.



Der Spiel- und Toberaum für die Kinder, die hier mit ihren oftmals sehr jungen Müttern leben.

Altenhilfe

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre stand ein großer Wandel im Pflegebereich bevor. Denn 1995 führte die Bundesregierung die Pflegeversicherung als Pflichtversicherung ein. Während bis dahin sowohl ambulante als auch stationäre Pflege durch die Pflegebedürftigen selbst oder den Sozialhilfeträger finanziert werden musste, trat nun ein völlig neues Finanzierungs- und Leistungssystem in Kraft. Neue Aufgaben wie Leistungsmanagement, Pflegeplanung und -dokumentation sowie Qualitätsmanagement kamen auf die weitgehend unvorbereiteten Pflegeeinrichtungen zu. Die Neuerungen bedeuteten sowohl für die Verwaltung des Pflegebereichs der Stiftung als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeabteilung große Umstellungen.

Mit Inkrafttreten der Pflegeversicherung 1995 wurde das Konzept des Max-Brauer-Heims erweitert und ein hausin-

terner ambulanter Pflegedienst aufgebaut. 2001 wurden dann die ambulanten Pflegeleistungen des Max Brauer Hauses dem Pflegedienst „Norzel“ der kooperierenden Flutopfer-Stiftung übertragen. Die Verbindung zwischen stationärer und ambulanter Pflege sowie betreutem Seniorenwohnen an einem Standort galt auch nach Einführung der Pflegeversicherung als tragfähiges Konstrukt. Aufgrund des Vorrangs ambulanter Pflege sank jedoch wie in allen Pflegeheimen die Verweildauer der bei ihrem Einzug zumeist hochaltrigen Bewohnerinnen und Bewohner. Um weiterhin eine gute Auslastung der Pflegestation zu sichern, wurde im Jahr 2000 in eine Modernisierung der Sanitärbereiche investiert.

2000 wurde das Max-Brauer-Heim auf Wunsch des Bewohnerbeirats in „Max Brauer Haus“ umbenannt. Die Bezeichnung „Heim“ erschien den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht mehr zeitgemäß und beschrieb nicht ihr Lebensgefühl, wie sie erklärten.

Das „Max Brauer Haus“ wurde 25
„Mittelpunkt eines lebenswerten Lebens“



Der Chor des „Max Brauer Hauses“ unter der Leitung von Pastor Mathias Hartenstein sang auf dem Festnachmittag zahlreiche Volkslieder.

BRAMFELD (dv). Das 25jährige Jubiläum des „Max Brauer Hauses“ am Hohnredder 23 bot in der vergangenen Woche viel Grund zum Feiern. Eine Feier, die aufgrund der aktuellen Lage nachdenkliche Töne enthielt. Aber zugleich auch ein Fest, das dem freudigen Geburtstag angemessen war.
Am 9. September 1976 wur-

Peter Fischer, der Geschäftsführer der Stiftung, überbrachte auf dem Festnachmittag bei Kaffee und Kuchen die Grüße von Hamburgs Bürgermeister Ortwin Runde - und wandte sich zugleich mit sehr persönlichen Worten an die Bewohner. Fischer berichtete von Besuchen im World Trade Center und warnte vor voreiligen

Menschen, unabhängig vom Geschlecht, politischer, ethnischer oder konfessioneller Zugehörigkeit im Max Brauer Haus ein Leben in einer Atmosphäre gegenseitiger Achtung, Rücksichtnahme und Toleranz zu bieten.“
Sätze, die geschrieben wurden weit vor dem 11. September 2001, und die jetzt doch ei-

Matthew Larnyo

ist Auszubildender im Max Brauer Haus.

Herr Larnyo, seit wann machen Sie Ihre Ausbildung im Max Brauer Haus und warum?

Seit dem 1. August 2013 bin ich im Max Brauer Haus. Vorher habe ich nach meinem Schulabschluss ein freiwilliges soziales Jahr in einem anderen Altersheim gemacht. Ich dachte dann, die würden mich vielleicht als freiwillige Kraft abstempeln und wollte einen Neuanfang in einem anderen Haus. Bei der Berufsberatung erzählte man mir von Ausbildungsplätzen im Max Brauer Haus. Und obwohl ich meine Unterlagen zu spät eingereicht hatte und die zwei Ausbildungsplätze bereits vergeben waren, konnte ich als dritter Azubi anfangen.

Wie wurden Sie aufgenommen?

Gut! Alle sind sehr nett zu mir. Die Senioren und das Team auch.

Sie sind ja bekannt für Ihre gute Laune.

Ja, ich bin so ein Mensch. Aber wenn ich traurig bin, merkt man mir das auch an. Bislang komme ich mit der seelischen Seite des Berufs ganz gut klar. Ich könnte aber auch mit meinem Praxisanleiter sprechen.

Wieso haben Sie sich für die Altenpflege entschieden?

Ich arbeite gerne mit Menschen! Wäre ich Automechaniker, hätte ich nur mit Autos zu tun. Die können mir keine Liebe schenken, um es mal groß auszudrücken.

Wie sieht Ihr Tag aus?

Frühschicht ist von 6 bis 14 Uhr, Spätschicht von 11.45 bis 20.15 Uhr. Das wechselt von Woche zu Woche. Ich helfe den Seniorinnen und Senioren beim Duschen, beim Anziehen, beim Essen und so weiter. Dann habe ich auch noch Schule. Die läuft im Blockunterricht. Das Wochenende ist frei.

Wie schöpfen Sie neue Energie?

Ich spiele seit zwölf Jahren Handball, inzwischen in der Hamburg-Liga. Das macht mir Spaß. Wohnen tue ich bei meinem Vater. So habe ich keine Ausgaben und komme auch mit dem Ausbildungsgehalt klar.

Was sind Ihre Pläne?

Meine Ausbildung zum Pflegeassistenten dauert zwei Jahre. Dann habe ich das kleine Examen. Ich könnte noch zwei Jahre dranhängen und Altenpfleger mit großem Examen werden. Das will ich wohl machen. Und noch später hätte ich auch Lust auf Sozialarbeit.



Das Max Brauer Haus ist seit Jahrzehnten fest im Stadtteil Bramfeld verankert. Viele der Bewohnerinnen und Bewohner kommen aus dem Stadtteil und verbringen damit nach dem Umzug ins Max Brauer Haus ihren Lebensabend in gewohnter Umgebung. Sie berichten in der Hauszeitung „Hallo Nachbarn“ lebhaft von ihren Erlebnissen im städtischen Leben. Schülerinnen und Schüler aus den umliegenden Schulen nutzen die Gelegenheit, ein Praktikum im Max Brauer Haus zu absolvieren.

Prägende Kennzeichen des Max Brauer Hauses sind seit jeher die enge Vernetzung mit zahlreichen Institutionen im Stadtteil sowie die Aufgeschlossenheit für fachliche Neuerungen wie zum Beispiel die Verankerung des Hospizgedankens oder die Betreuung demenzkranker Bewohnerinnen und Bewohner.

Bis heute sind nicht nur die Wohnungen, sondern auch die Pflegeplätze im Max Brauer Haus sehr gut ausgelastet. Mangels Einzelzimmern und angesichts des zunehmenden Wettbewerbs unter Pflegeanbietern ist die Alida Schmidt-Stiftung jedoch gefordert, gemeinsam mit der SAGA GWG als Verpächterin ein zukunftsfähiges bauliches und fachliches Konzept für das Haus zu entwickeln.

Die Wohneinrichtung im Zikadenweg galt anfangs als Modellwohnanlage, aber die Ansprüche älterer Menschen wandelten sich. Die Wohnungen waren zu klein – die für Alleinstehende 28 qm, die für Ehepaare 38 qm groß – und nicht barrierefrei, es gab keine Fahrstühle.

In den 1990er Jahren kam es gehäuft zu Leerstand, und Mieter mit besonderen Problemlagen wurden aufgenommen, meist vermittelt durch die Wohnungsämter. Als Ansprechpartnerin für alltägliche Probleme und Mittlerin zwischen der Hauptverwaltung und den Mietern wurde 1990 eine Sozialpädagogin eingestellt. Mitte der 1990er Jahre zeigten sich bauliche Mängel, mit denen Schimmelbefall einherging. Stiftungsinterne Überlegungen ergaben, dass die bauliche Substanz eine Sanierung nicht zuließe und daher die Anlage nicht weiter betrieben werden sollte. Bis zum Jahresende 2007 verteilte die Alida Schmidt-Stiftung die Bewohnerinnen und Bewohner auf ihre anderen Einrichtungen. 2008 wurde die Wohnanlage abgerissen und das Grundstück an einen Investor verkauft. In der Folge ließ dieser auf dem Grundstück 54 Stadthäuser bauen sowie einen Kindergarten, der lange nach einer Bleibe gesucht hatte.

Die von der Alida Schmidt-Stiftung bis heute vermieteten Seniorenwohnungen im Max Brauer Haus, in der Carl und Amanda Behrs Seniorenwohnanlage, in der Elsa-Brändström-Straße und der Bürgerweide 21 stehen ebenso wie die Wohnungen in den Mehrfamilienhäusern Dorotheenstraße und Probsteierstraße Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung. In der Regel verlangt die Stiftung von den Bewerberinnen und Bewerbern um eine Wohnung die Vorlage eines Wohnberechtigungsscheins.



Das Max Brauer Haus und seine Bewohnerinnen und Bewohner sind eng mit dem Stadtteil vernetzt. So arbeitet u. a. Erika Klages, Jahrgang 1924, seit Jahren im Mehrgenerationenprojekt des Stadtteilarchivs Bramfeld mit. Sie ist die älteste Teilnehmerin und somit für die Kinder eine ganz besondere Informationsquelle.



Das Max Brauer Haus in Bramfeld heute. Hier leben viele Seniorinnen und Senioren, die schon jahrzehntelang fest im Hamburger Osten verwurzelt sind.



137 Mietwohnungen für Alleinstehende und 58 Mietwohnungen für Paare stehen in der ruhigen, grünen Wohnanlage älteren Menschen offen. Die Wohnungen sind zwischen 33 und 56 Quadratmeter groß.



Im Speisesaal gibt es täglich einen Mittagstisch aus der hauseigenen Küche. Die Mahlzeiten können auch abgeholt und in der eigenen Wohnung verspeist werden.

Der Außenauftritt der Stiftung und interne Kommunikation und Kooperation

Im heutigen Informations- und Medienzeitalter ist ein zeitgemäßer öffentlicher Auftritt wichtiger als in der Vergangenheit. Auch der Konkurrenzdruck der Träger ist stärker spürbar. So entstand 2009 zum ersten Mal eine Imagebroschüre, in der sich alle vier Stiftungen gemeinsam vorstellen. 2010 folgte eine neue Website, auf der sich die Stiftung als modernes Unternehmen präsentiert und die Vielfalt ihrer Angebote darstellt, aufbereitet für die unterschiedlichen Zielgruppen. Weitere Infomaterialien, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen, Medienarbeit, Teilnahme an Messen, Facebook-Auftritte etc. ergänzen die Öffentlichkeitsarbeit.

Um den Austausch zwischen den Einrichtungen zu intensivieren und die Stiftung als Arbeitgeberin stärker ins Blickfeld der Beschäftigten zu rücken, fand im September 2012 der erste gemeinsame Stiftungstag mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Vorstand und Geschäftsführung statt. In Form einer kleinen „Messe“ stellten sich die Einrichtungen einander vor und luden zu kurzen the-

matischen Vorträgen ein. Der nächste Stiftungstag findet im Herbst 2014 statt.

Seit 2012 lädt die Stiftung zudem regelmäßig zu einem Begrüßungsempfang für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Auch hier geht es um Transparenz, Kommunikation und Zusammengehörigkeit. Die Einrichtung eines Intranets, zu dem alle Beschäftigten Zugang haben, dient ebenfalls einer verbesserten Information.

Auch die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Arbeitszweigen der Stiftung stellt ein wichtiges Qualitätsmerkmal dar. So kooperieren der Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe der Alida Schmidt-Stiftung und die TGJ fallbezogen in Familien, die von einer Suchtbelastung der Eltern betroffen sind. Und die Alida Schmidt-Stiftung erhielt gemeinsam mit anderen Kooperationspartnern 2010 den Zuschlag für das auf drei Jahre angelegte Modellprojekt „Sucht im Alter“ des Bundesministeriums für Gesundheit, bei dem es um die Zusammenarbeit zwischen Altenhilfe und Suchthilfe ging. Alle Beschäftigten in den beiden Bereichen wurden geschult mit dem Ziel, ältere Menschen bei Missbrauch oder Abhängigkeit von Alkohol und Medikamenten frühzeitig und gezielt anzusprechen und ihnen in Kooperation beider Arbeitsbereiche Hilfe anzubieten.



2012 fand im Gemeindehaus der Hauptkirche St. Michaelis der 1. interne Stiftungstag statt. Hier trafen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Vorstand und Geschäftsführung zum Gespräch, zum Informationsaustausch und zum Pläne schmieden.



Die Website informiert immer aktuell über Angebote, Veranstaltungen und Menschen in der Stiftung.



Gedruckte Informationen gibt die Imagebroschüre der Stiftungen.

Wir stehen dem Menschen zur Seite



Alida Schmidt-Stiftung
 Flutopfer-Stiftung von 1962
 Georg und Emma Poensgen-Stiftung
 Wilhelm Carstens Gedächtnis-Stiftung

Evaluierung und Qualitätssicherung

Seit einer Weile sind die Einrichtungen stärker als in den vorangegangenen Jahrzehnten gefordert, sich mit Fragen der Evaluierung ihrer Tätigkeit sowie der Überprüfung der Qualität ihrer Leistungen zu beschäftigen.

So wurde im Sozialgesetzbuch IX eine Regelung verankert, wonach Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation verpflichtet sind, ihr einrichtungsinternes Qualitätsmanagement durch ein unabhängiges Zertifizierungsverfahren in regelmäßigen Abständen überprüfen zu lassen. 2010 bestanden das Fachkrankenhaus Hansenbarg und die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld nach umfangreichen und intensiven Vorbereitungen die gesetzlich vorgegebenen Zertifizierungsprüfungen.

Auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe für psychisch kranke Menschen ist die Qualitätsentwicklung ein wesentlicher Bestandteil der vertraglichen Vereinbarungen zwischen Einrichtungen und Kostenträgern. Seit dem Jahr 2005 werden zwischen der Fachbehörde und den freien Trägern der Jugendhilfe Qualitätsentwicklungsvereinbarungen abgeschlossen. Ebenfalls seit 2005 verwendet der Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe der Alida Schmidt-Stiftung eine professionelle Software zur Dokumentation und Abrechnung der Leistungen. Jährliche Qualitätsberichte werden an die Hamburger Bezirksamter, die Fachbehörde und das Fachamt Eingliederungshilfe adressiert.

Im Bereich Altenpflege wurde ein öffentlich zugängliches Bewertungssystem für die Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegedienste eingeführt. Seit dem Jahr 2011 muss sich auch das Max Brauer Haus diesen jährlich wiederkehrenden Prüfungen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen unterziehen und erzielt dabei gute bis sehr gute Ergebnisse.

2010 wurde das Bundes-Heimgesetz durch ein Landesgesetz abgelöst, das sämtliche Bereiche, in denen Wohn- und Betreuungsleistungen erbracht werden, gesetzlich neu regelt. Das Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz (HmbWBG) bezieht sich damit nicht nur auf die stationäre Pflege sondern auch auf die Seniorenwohnungen des Max Brauer Hauses sowie auf die Seniorenwohnanlage des Amanda Behrs-Testaments.

2011 mussten die beiden Service-Wohnanlagen der Stiftung entsprechend dem HmbWBG erstmals eine „Kundenbefragung“ der Bewohnerinnen und Bewohner durchführen. Im Ergebnis lässt sich eine sehr hohe Zufriedenheit der Mieterinnen und Mieter mit den Beratungs- und Betreuungsleistungen des Personals vor Ort feststellen. Dies gilt auch für die Standorte der Wohnanlagen sowie die Gestaltung der Gemeinschaftsräume. Einzelne kritische Anmerkungen gab es zu den Themen Reinigung, Müllentsorgung, Haustechnik oder Winterdienst. 95 Prozent der Befragten würden die Wohnanlage „uneingeschränkt weiterempfehlen“.



Die Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld und das Fachkrankenhaus Hansenbarg sind seit 2010 zertifiziert.

Außerdem sollten nach dem HmbWBG die Beschäftigten in der Pflege zu ihren Arbeitsbedingungen befragt werden. Hierbei äußerten sich ca. 80 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als „an ihrem Arbeitsplatz alles in allem zufrieden“. Die von den Beschäftigten benannten Kritikpunkte werden in Mitarbeiterversammlungen besprochen und anhand eines Maßnahmenplans bearbeitet. Beide Erhebungen wurden gemeinsam mit anderen Einrichtungen im Paritätischen Wohlfahrtsverband Hamburg auf den Weg gebracht.

Erhöhte Anforderungen der Kostenträger und Fachbehörden an die Qualität gingen allerdings nicht mit einer

entsprechenden Anhebung der Vergütung für die erbrachten Leistungen einher. Tarifgebundene Träger der Wohlfahrtspflege wie die Alida Schmidt-Stiftung verzeichnen daher seit einigen Jahren ein Auseinanderklaffen zwischen ansteigenden Personalkosten und stagnierenden Entgelten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Alida Schmidt-Stiftung wie das gesamte Stiftungswesen mit den Folgen der Bankenkrise im Jahr 2008 umzugehen hat. So sind die Zinserträge seit Jahren äußerst niedrig im Vergleich zu den vorangegangenen Jahrzehnten, weshalb sie keinen bedeutsamen Beitrag zur Finanzierung der Stiftungsarbeit mehr leisten können.

Die Alida Schmidt-Stiftung ist Mitglied

im Bundesverband deutscher Stiftungen
im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband DPWW
im Bundesverband für stationäre Suchtkrankenhilfe
im Fachverband Informationstechnologie in Sozialwirtschaft und Sozialverwaltung (Finsoz)
in der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg AVH
im Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen VNW
im Grundeigentümer-Verband Hamburg
Führungskräfte engagieren sich in Trägerkonferenzen, Qualitätsgemeinschaften, Arbeitsgruppen und anderen Gremien dieser Verbände.

In der Stiftung arbeiten 250 Beschäftigte:

rund 50 im Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe
rund 120 in den Suchthilfeeinrichtungen
rund 60 in den Seniorenwohnanlagen und der Pflegewohnrichtung
rund 20 in der Verwaltung und im Handwerkerdienst

Betriebsräte sind gewählt im Max Brauer Haus, im Fachkrankenhaus Hansenberg, in der Therapeutischen Gemeinschaft Jenfeld und im Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe.



Die Stiftungen heute und in der Zukunft



Ein Ausblick von Christina Baumeister, Geschäftsführerin

Im Mittelpunkt unserer Stiftungsarbeit stehen heute Menschen in besonderen – oft schwierigen – Lebenslagen. Junge Frauen mit ihren Kleinstkindern und psychisch kranke Frauen, alkohol- und medikamentenabhängige Menschen, alte und pflegebedürftige Männer und Frauen vertrauen sich uns an und erhalten Hilfestellungen mit dem Ziel, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Unsere Patientinnen und Patienten, Bewohnerinnen und Bewohner, Klientinnen und Klienten zeigen sich mit der Betreuung durch unsere Fachkräfte zumeist sehr zufrieden. Viele von ihnen erreichen in der Therapie, der Pflege oder der Betreuung einen Zuwachs an Lebensqualität und erhalten ihre Selbstbestimmung oder gewinnen sie zurück. Mit dieser Arbeit knüpfen wir an die Gründungsidee unserer Stifterin Ida Schmidt an, die zahllosen hilfsbedürftigen alleinstehenden Frauen ein Obdach verschafft hat und ihnen damit die Unabhängigkeit von familiärer und staatlicher Unterstützung sichern wollte.

Die Anforderungen an das Management der Stiftung liegen in Zukunft darin, alle stiftungseigenen Einrichtungen so zu strukturieren, dass aus den Entgelten der jeweiligen Kostenträger sämtliche Aufwendungen der Einrichtungen getragen werden können. Dies betrifft insbesondere den Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe, der einen massiven Rückgang der Bewilligungen von Hilfen durch die Jugendämter zu verkraften hat und dessen Finanzierung aus Kostensätzen der Jugendhilfe derzeit nicht auskömmlich ist. Die Stiftung wird sich deshalb weiterhin dafür engagieren, dass seitens aller Kostenträger auskömmliche Entgelte gezahlt werden, die eine angemessene tarifliche Bezahlung des Personals ermöglichen und darüber hinaus neben den erforderlichen Sachaufwendungen auch Abschreibungen und Kapitalkosten refinanzieren. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die Ausgaben der öffentlichen Haushalte unter dem aktuellen Schlagwort „Schuldenbremse“ weiterhin eingeschränkt werden. Deshalb wird die Stiftung künftig gezwungen sein, den Anstieg der Personalkosten zu begrenzen.



Damit auch künftig eine gute Auslastung aller Plätze und die Vermietung aller Wohnungen gesichert sind, muss die Ausstattung der über Entgelte finanzierten Einrichtungen ebenso wie der Wohnanlagen den Ansprüchen und Erwartungen der Klienten, Patienten und Bewohner entsprechen. Handlungsbedarf besteht hier vorwiegend im Pflegewohnbereich des Max Brauer Hauses sowie im Fachkrankenhaus Hansenbarg, die beide derzeit noch über Doppelzimmer verfügen und damit nicht auf Dauer konkurrenzfähig sind. Die Planungen hierzu haben begonnen.

Und nicht zuletzt gilt es, ein Personalmanagement zu betreiben, mit dem der künftige Personalbedarf gedeckt werden kann und gewonnene Fachkräfte auch in der Stiftung gehalten werden können. Einen Beitrag hierzu leisten Ausbildungsplätze in der Alida Schmidt-Stiftung sowie die tarifliche Bindung, aber auch eine offene und wertschätzende Kommunikation zwischen Führungskräften und Beschäftigten.



Regelmäßig treffen sich die Geschäftsführerin, alle Einrichtungsleitungen und die Leitungen der Hauptverwaltung zum Austausch.



Fachlicher Austausch findet auch bei Veranstaltungen der Stiftung statt, wie hier beim Fachtag 2013 im Fachkrankenhaus Hansenberg.

Stiftungszweck in § 2 der Satzung vom 31. Januar 2014

- (1) Ausschließlicher und unmittelbarer Zweck der Stiftung ist die selbstlose Unterstützung von Personen, die infolge ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes auf die Hilfe anderer angewiesen sind oder die im Sinne der steuerrechtlichen Bestimmungen als bedürftig anzusehen sind. Zweck der Stiftung ist auch die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, der Jugend- und der Altenhilfe.
- (2) Der Satzungszweck wird verwirklicht durch
 - die Bereitstellung von Plätzen oder Wohnungen in den vorhandenen und in den noch zu errichtenden Wohneinrichtungen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Seniorenwohnungen und ähnlichen Einrichtungen sowie durch
 - ambulante Beratung und Betreuung zu möglichst kostendeckenden Entgelten.
- (3) Soweit die Erträge des Stiftungsvermögens für die Zwecke der Absätze 1 und 2 nicht in vollem Umfang benötigt werden, können sie auch zugunsten von sozialen Einrichtungen verwendet werden, wenn diese den in Abs. 1 genannten Zwecken dienen und den in Abs. 1 aufgeführten Personen zugute kommen.
- (4) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Hans-Peter Strenge

Vorstandsvorsitzender



Herr Strenge, Sie engagieren sich ehrenamtlich im Vorstand der Stiftung. Warum?

Ich bin seit dem Jahr 2000 ehrenamtlicher Vorstand der Alida Schmidt-Stiftung. Seinerzeit war ich Staatsrat in der Justizbehörde und mein Kollege aus der Sozialbehörde fragte mich, ob ich als „Neutraler“ von außen und trotzdem in sozialen Belangen als früherer Bezirksamtsleiter erfahren das Amt übernehmen wolle. Das habe ich nach Einblick in die „Bücher“ gern getan und bereue die Entscheidung keine Minute.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Alida Schmidt-Stiftung in dieser Zeit?

Die Stiftung steht auf soliden Beinen und passt mit ihren Angeboten der Altenhilfe, der Suchthilfe und der Familienförderung sehr gut in die Hamburger sozialpolitische Landschaft. Dazu tragen auch die vielen betreuten Wohnanlagen für Senioren – über die ganze Stadt verteilt – bei.

Welcher Bereich der Alida Schmidt-Stiftung liegt Ihnen besonders am Herzen?

Mir liegt das Fachkrankenhaus Hansenbarg bei Hanstedt in der Lüneburger Heide besonders am Herzen. Hier kommen Suchtkranke durch exzellente medizinische und therapeutische Betreuung wieder „auf die Beine“ und schöpfen wieder Lebensmut für ihre Zukunft. Aber auch die Zukunft der Pflege im Max Brauer Haus ist mir ein wichtiges Anliegen. Hier arbeiten wir an einem neuen Konzept, das sowohl wirtschaftlich als auch fachlich tragfähig ist.

Was ist Ihre Vision von der Zukunft der Stiftung?

Die Stiftung steht in der Entwicklung neuer Formen der Pflege zwischen ambulant und stationär an der Spitze der Entwicklung in Hamburg. Bei Hilfen zur Erziehung arbeitet sie mit anderen Trägern vernetzt und stadtteilnah und beteiligt sich an neuen sozialräumlichen Projekten. Die Suchthilfe an den Standorten Jenfeld und Farmsen entwickelt sich weiter so positiv wie in den letzten Jahren.

Thomas Schröder-Kamprad

stellv. Vorstandsvorsitzender



Herr Schröder-Kamprad, Sie engagieren sich seit 1996 ehrenamtlich im Vorstand der Stiftung. Warum?

Ausgangspunkt war meine damalige Tätigkeit als Amtsleiter Verwaltung in der Sozialbehörde. Allerdings hat mich die Arbeit der Stiftungen an den vielfältigen sozialen Aufgaben, die sie wahrnimmt, sehr schnell angesprochen und einen eigenständigen Stellenwert erhalten. Heute besteht mein ehrenamtliches Engagement völlig unabhängig von meinen Aufgaben in der Hamburger Verwaltung. Das Motiv für meine Mitwirkung ist, meine Erfahrungen gewinnbringend für die Stiftungszwecke einzubringen.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Alida Schmidt-Stiftung in dieser Zeit?

Die Stiftung hat sich in diesen Jahren sehr gut entwickelt und wird – wie ich finde – in allen Bereichen sehr professionell gemanagt. Ich erlebe die Beschäftigten in den Einrichtungen als engagierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das soziale Engagement in der Arbeit wird mit der heutzutage notwendigen Professionalität hervorragend verbunden.

Welcher Bereich der Alida Schmidt-Stiftung liegt Ihnen besonders am Herzen?

Ich glaube alle Bereiche über die Jahre doch gut kennengelernt zu haben und so kann ich auch ehrlich sagen, dass mir alle Bereiche am Herzen liegen. Hier ein „Herzensranking“ vorzunehmen macht für mich keinen Sinn. Alle Bereiche haben ihre gesellschaftspolitische Berechtigung und insofern freue ich mich, wenn sich alle gut entwickeln.

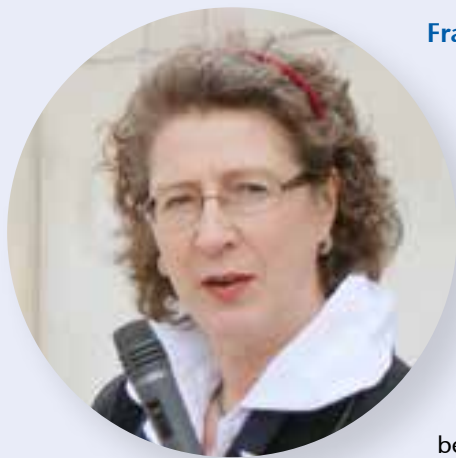
Was ist Ihre Vision von der Zukunft der Stiftung?

Die finanziellen Rahmenbedingungen für die Stiftungsarbeit haben sich über die Jahre deutlich verändert. Um es klar zu sagen: Sie sind in allen Bereichen sehr viel härter geworden und fordern den Verantwortlichen viel ab. Wenn wir Spielräume für die Erfüllung der sozialen Zwecke unserer Stiftung schaffen und erhalten wollen, müssen wir die in den letzten Jahren erreichte Effizienz und Wirtschaftlichkeit sichern und ausbauen. Darin sehe ich auch eine wichtige Aufgabe für den Vorstand, wenn er strategische Entscheidungen trifft.

Meine Vision ist, dass der soziale Stiftungszweck in seinem Kern nie durch den finanziellen Druck überlagert wird sondern dominierend bleibt. Denn das ist das Besondere an einer gemeinnützigen Stiftung und unterscheidet sie von privatwirtschaftlichen Unternehmen im Sozialsektor, dass sie einer sozialen Zwecksetzung „auf ewig“ verpflichtet ist.

Ingeborg Alter-Voecks

Mitglied im Vorstand



Frau Alter-Voecks, Sie engagieren sich seit 2000 ehrenamtlich im Vorstand der Stiftung. Warum?

Die Berufung durch den Vorstandsvorsitzenden ergab sich, nachdem für die vier eigenständigen Stiftungen ein einheitlicher Vorstand gebildet wurde. Zuvor war ich seit 1996 als eine „sozial interessierte Person“ im Vorstand der Flutopfer-Stiftung tätig.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Alida Schmidt-Stiftung in dieser Zeit?

Ich freue mich, dass es der Stiftung gelungen ist, sich in der Vergangenheit – und das wird auch für die Zukunft fortgelten – auf die veränderten Rahmenbedingungen und Anforderungen der Gesellschaft zeitnah einzustellen und sich als verlässlicher Partner für die unterschiedlichen Kostenträger darzustellen. Das kann man gut am Beispiel des Fachbereichs „Sucht“ erkennen. Hier hat sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Einrichtungen in Form eines „Suchttherapieverbundes“ deutlich verstärkt und unterstreicht so die vorhandene Fachkompetenz auf diesem Gebiet weit über die Grenzen Hamburgs hinaus. Dazu zählt auch der erfolgreiche Abschluss des dreijährigen Bundesmodell-Projektes „Sucht im Alter“, das am Ende für viele in diesen Arbeitsfeldern tätigen Personen wertvolle Hinweise bereithielt. Die Alida Schmidt-Stiftung – vertreten durch unsere Geschäftsführerin – trat hier als Gesamtkoordinatorin auf.

Welcher Bereich der Alida Schmidt-Stiftung liegt Ihnen besonders am Herzen?

Aufgrund meines persönlichen Werdeganges (ich habe vor meiner Tätigkeit als Sozialamtsleiterin in Bergedorf 14 Jahre im Jugendamt gearbeitet) bin ich in dieser Stiftung dem Bereich „Jugendhilfe“ besonders verbunden. Leider haben wir hier im Moment die größten ungelösten Probleme, denn durch die veränderte Kostenpolitik der Behörde tragen sich die vorhandenen Einrichtungen seit einiger Zeit trotz aller Anstrengungen nicht kostendeckend. Dieses kann eine Stiftung dauerhaft einfach nicht leisten. Ich hoffe sehr, dass wir hier eine Lösung finden, schließlich hat sich in der Vergangenheit dieser Bereich – auch durch besondere, innovative Projekte („Hammer Netzwerk“, „Elbschloss an der Bille“) – auf dem Gebiet der Jugendhilfe in Hamburg einen anerkannten Ruf erworben.

Was ist Ihre Vision von der Zukunft der Stiftung?

Neben Finanzmitteln hat die Stiftung noch einen anderen großen Schatz, das sind die vielen – sowohl in der Hauptverwaltung als auch in den Einrichtungen – engagiert arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung. Sie identifizieren sich mit ihrer Arbeit und ihrem Arbeitgeber und werden ebenfalls mit Lösungsvorschlägen dazu beitragen, dass wir den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen der Kostenträger als auch den veränderten Anforderungen aufgrund des demografischen Wandels mit vernünftigen Konzepten standhalten können. Für den einzelnen bedeutet es vielleicht auch schmerzliche Veränderungen, aber solche Prozesse sind für das erfolgreiche Weiterbestehen der Stiftung unerlässlich. Wir schaffen dieses und feiern – hoffentlich noch mit vielen heute schon tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – in 10 Jahren das 150-jährige Bestehen der Alida Schmidt-Stiftung...!

Hartmut Karlich

Mitglied im Vorstand



Herr Karlich, Sie engagieren sich seit 2010 ehrenamtlich im Vorstand der Stiftung. Warum?

Nach meinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienstbetrieb in der Finanzbehörde wollte ich unbedingt weiter in ehrenamtlichen Bereichen tätig sein, zumal ich davor bereits in verschiedenen Einrichtungen (Rudolf-Ballin-Stiftung, Vereinigung städtischer Kindertagesheime Hamburg, Unfallkasse Nord) diese Funktionen ausgeübt hatte. Insofern habe ich das Angebot unseres Vorsitzenden Hans-Peter Strenge sehr gerne angenommen.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Alida Schmidt-Stiftung in dieser Zeit?

Positiv. Insbesondere durch die engagierte Arbeit der Stiftungsmitarbeiter hat sich die Stiftung den Anforderungen und Entwicklungen gewachsen gezeigt.

Welcher Bereich der Alida Schmidt-Stiftung liegt Ihnen besonders am Herzen?

Der Bereich der Suchtkrankenhilfe mit der Fachklinik Hansenbarg, der TG Jenfeld und der Beratungs- und Behandlungsstelle AHA finden meine besondere Aufmerksamkeit. Aus eigener Erfahrung und als ausgebildeter Suchtkrankenhelfer mit langjährigem Einsatz in diesem Tätigkeitsfeld ist es mir außerordentlich wichtig, die von dieser Krankheit betroffenen Menschen auf ihrem Weg in ein suchtfreies, kontrolliertes Leben in Beruf und Familie beratend zu begleiten.

Was ist Ihre Vision von der Zukunft der Stiftung?

Meine Hoffnung ist, dass sich auch in Zukunft die Stiftungsideen, Menschen in Not und Bedrängnis helfend zu unterstützen, verwirklichen lassen. Dabei ist selbstverständlich entscheidend, die finanziellen Voraussetzungen herzustellen. Ohne das Engagement von Menschen wird sich dieses allerdings nicht umsetzen lassen. Deshalb sollten sich die Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft bewusst machen, dass es entscheidend darauf ankommt, die entsprechenden Ressourcen bereitzustellen, um ein sozial gerechtes und ausgewogenes Miteinander zu gewährleisten.

Dr. Rainer Schubach

Mitglied im Vorstand



Herr Dr. Schubach, Sie engagieren sich seit 2010 ehrenamtlich im Vorstand der Stiftung. Warum?

Als ich gefragt wurde, ob ich in der Stiftung ehrenamtlich mitarbeiten wolle, habe ich direkt sehr gerne zugesagt. Ich glaube nämlich, dass eine solche Tätigkeit nicht nur sinnvoll ist, sondern vielleicht auch ein kleines Stück an die Gesellschaft zurückgibt, was man in seinem Leben von ihr erhalten hat.

Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Alida Schmidt-Stiftung in dieser Zeit?

Diese und die anderen mit ihr verbundenen Stiftungen haben eine dynamische Entwicklung vollzogen. Neubau von Wohnungen, Ausweitung und Stabilisierung der Tätigkeitsfelder, aber auch kritische Hinterfragung des Aufgabenspektrums prägten die Arbeit der letzten Jahre. Dabei waren nicht alle Entscheidungen über den richtigen Weg leicht zu treffen.

Welcher Bereich der Alida Schmidt-Stiftung liegt Ihnen besonders am Herzen?

Anbetracht der niedrigen Zinsen, die wir nun schon seit einiger Zeit mit unserem Stiftungskapital erzielen, der nicht immer auskömmlichen Kostenübernahmen und Zuschüsse, die wir von dritter Seite für unsere Tätigkeit erhalten, wird mein Augenmerk insbesondere auf der wirtschaftlichen Entwicklung der Stiftung liegen. Gesunde finanzielle Strukturen sind die beste Voraussetzung für eine weiterhin nachhaltige Aufgabenerfüllung.

Was ist Ihre Vision von der Zukunft der Stiftung?

Eine Vision zu haben, ist hier ein bisschen schwierig. Wir haben einen von der Satzung der Alida Schmidt-Stiftung gesetzten Rahmen. Bereitstellung von Seniorenwohnungen, Pflege, Beratung und Betreuung auf verschiedenen Feldern sind die wesentlichen Aufgaben. Hier hoffe ich für die Zukunft, dass wir die angebotenen Leistungen immer an den Bedürfnissen der Menschen orientiert verbessern und der jeweiligen Zeit gemäß anpassen können.

Die Einrichtungsleitungen



Alida Schmidt-Stiftung –
Kinder-, Jugend- und
Eingliederungshilfe
Leitung: Martina Feistritzer
Nicolette Borchering
Bürgerweide 19
20535 Hamburg-Borgfelde
Tel. 040 / 251 96 80
E-Mail info.b19@alida.de



Fachkrankenhaus Hansenburg
Leitung: Dr. med.
Robert Stracke
Franz-Barca-Weg 36
21271 Hanstedt / Nordheide
Tel. 04184 / 899-0
E-Mail info.fkh@alida.de
www.hansenburg.de



Max Brauer Haus
Leitung: Regina Jäck
Hohnerredder 23
22175 Hamburg-Bramfeld
Tel. 040 / 64 21 56 – 21
E-Mail info.mbh@alida.de



Therapeutische
Gemeinschaft Jenfeld
Leitung: Rodger Mahnke
Jenfelder Straße 100
22045 Hamburg-Jenfeld
Adaption Hamburg
August-Krogmann-Straße 52
22159 Hamburg
Tel. 040 / 65 40 96 – 0
E-Mail info.tgj@alida.de

Carl und Amanda Behrs
Seniorenwohnanlage
Betreuung: Kerrin Marnau
Beim Pachthof 4a /
Scheteligsweg 5
22111 Hamburg-Horn
Tel. 040 / 22 71 01 – 0
E-Mail info.hv@alida.de



ZukunftArbeit gGmbH
Geschäftsführung:
Jürgen Runge
Hamburger Straße 200
22083 Hamburg
Tel. 040 / 65 39 05 07
E-Mail: info@zukunftarbeit-
hamburg.de



Alida Schmidt-Stiftung: Die Einrichtungen im Überblick

Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe

- 1954 als Mädchenwohnheim eröffnet
- 1975 umgewandelt in ein Therapeutisches Wohnheim für Mädchen und junge Frauen
- Heute betreut der Bereich Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe stationär und ambulant laufend 120 Familien, Alleinerziehende, Frauen, Kinder und Jugendliche



Seniorenwohnanlage Bürgerweide 21

- Ca. 1954 - 1956 als Wohnheim für Schwerbeschädigte eröffnet
- Heute 34 Wohnungen ohne Betreuung für ältere Menschen mit geringem Einkommen



ZukunftArbeit gGmbH

- 1999 gemeinsam mit therapiehilfe e.V. gegründet
- Heute 20 Integrationsarbeitsplätze (davon 10 mit Schwerbehinderung) und 40 Ein-Euro-Jobs



Carl und Amanda Behrs-Wohnanlage

- 1978 wurde das Carl und Amanda Behrs-Testament der Alida Schmidt-Stiftung angegliedert
- 1985 wurde die Wohnanlage fertiggestellt und eröffnet
- Heute 70 Service-Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen



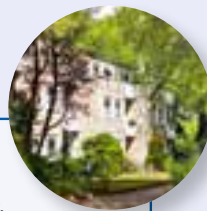
Bürgerweide 23

- 1875 als Wohnstift „zur Unterstützung hilfsbedürftiger, unbescholtener Wittwen und Jungfrauen [...]“ eröffnet, das Grundstück stellte die Stadt Hamburg in Erbpacht zur Verfügung
- 1980 wurden Grundstück und Gebäude an die Stadt Hamburg zurückgegeben



Hanstedt, Nordheide





Max Brauer Haus

- Seit 1976 betreibt die Stiftung das Haus als Pächter, Eigentümer ist SAGA GWG
- Heute 195 Service-Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen und 57 Pflegeplätze in der Pflege-Wohneinrichtung



Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld

- 1956 als Wohnheim „Weidenhof“ für Tbc-kranken Männer eröffnet, nach kurzer Zeit von der Sozialbehörde weitergeführt
- 1973 in das Sozialtherapeutische Wohnheim Jenfeld für alkoholkranken Männer umgewandelt
- 1995 Umbenennung in Therapeutische Gemeinschaft Jenfeld
- Heute 76 stationäre Plätze und 31 teilstationäre Plätze für alkohol- und medikamentenabhängige Menschen



Seniorenwohnanlage Elsa-Brändström-Straße

- 1961 eröffnet
- Heute 91 Wohnungen ohne Betreuung für ältere Menschen mit geringem Einkommen



Wohnungen Dorotheenstraße/Probsteierstraße

- Seit 1978 von der Alida Schmidt-Stiftung verwaltet, stammen aus dem Behrs-Testament
- Heute insgesamt 54 Wohnungen für Familien und andere Menschen mit geringem Einkommen



Fachkrankenhaus Hansenbarg

- seit 1979 betreibt die Stiftung das Haus, zunächst von der Landesversicherungsanstalt LVA gepachtet
- 1999 von der LVA käuflich erworben
- Heute 100 Plätze für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen (Alkohol, Medikamente, Tabak)

Quellen

Literatur

Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001.

Michael Eissenhauer, Die Hamburger Wohnstiftungen des 19. Jahrhunderts: „Ein Denkmal, welches „theilnehmende Liebe gestiftet hat...“ , Hamburg 1987.

Renate Hauschild-Thiessen, Das Merck-Gärtchen und Schmidts Zuckerfabrik. Zwei Hamburgensien im Fichtelgebirge, in: Hamburgische Geschichts- und Heimatblätter, 15 (2007) 7, S. 155-171.

Elke Hauschildt, „Die erste staatliche Trinkerheilstätte Deutschlands“: Stationäre Trinkerfürsorge in Hamburg von 1922 bis 1928, in: Evelyn Glensk, Christiane Rothmaler (Hrsg.), Kehrseiten der Wohlfahrt. Die Hamburger Fürsorge auf ihrem Weg von der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus, Hamburg 1992, S. 162-181.

Hermann Hipp, Stifte in Hamburg. Eine besondere Bauaufgabe, in: Initiativkreis Hamburger Stiftungen und Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg (Hrsg.), Bürger und Gesellschaft. Stiftungen in Hamburg, Hamburg 2003, S. 82-101.

Elisabeth Jäger, Wunsiedel 1810-1932. III. Band einer Geschichte der Stadt Wunsiedel, Wunsiedel 1983.

Hermann Joachim, Handbuch der Wohltätigkeit in Hamburg, Hamburg 1909.

Saskia Rohde, Albert Rosengarten (1809-1893). Die Anfänge des Synagogenbaus jüdischer Architekten in Deutschland, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, 4 (1993), S. 228-258.

Alexander Schön, Ida Schmidt 1828-1904 und Florentin Erwin Schmidt 1848-1892, Einhaus 2005 (Einzusehen im Staatsarchiv Hamburg).

Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, Heime der Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg. Baujahre 1949 – 1953, Hamburg 1953.

Michael Werner, Stiftungsstadt und Bürgertum. Hamburgs Stifungskultur vom Kaiserreich bis in den Nationalsozialismus, München 2011.

Archive

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Stiftungsangelegenheiten

Denkmalschutzamt Hamburg

Deutsche Rentenversicherung Nord

Staatsarchiv Hamburg

Stadtarchiv Bayreuth

Stadtarchiv Wunsiedel

Parlamentsdokumentation der Hamburgischen Bürgerschaft

Privatarchiv Familie Schön

Archive der Alida Schmidt-Stiftung und ihrer Einrichtungen

Impressum

Herausgeberin:

Alida Schmidt-Stiftung
Hamburger Straße 152
22083 Hamburg
Tel. 040 / 227 10 10
www.alida.de

Historische Recherchen und Text: Dr. Kristina Vagt, www.kristinavagt.de

Redaktion: Alida Schmidt-Stiftung

Interviews: Andrea Möller, Alida Schmidt-Stiftung

Gestaltung: www.bfoe-hh.de

Druck: Renk Druck und Medien

Auflage: 2.000 4/2014

Bildnachweise

Titel, S. 9, 11, 13, 22, 25, 16, 28, 32, 34, 38, 41, 42, 44, 45, 46, 48, 49, 52, 53, 55, 56 links, 57, 59, 61, 62, 63, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 74, 75: Stiftung

S. 10 oben links, oben rechts: Privatbesitz der Familie Schön

S. 10 unten: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carl_Friedrich_Petersen.jpg

S. 12 unten: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Johann_Stammann_1905.jpg

S. 12 oben: www.hamburg-bildarchiv.de

S. 14: Stadtteilarchiv Hamm

S. 15: Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Bürgerschaftskanzlei, Parlamentsbibliothek

S. 19, 20 oben: Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg / „Heime der Sozialbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg“

S. 20 unten, 25, 26, 39, 54: privat

S. 27, 36, 37: Staatsarchiv Hamburg

S. 29, 30: Hamburgisches Architekturarchiv / Neue Heimat

S. 33: Hamburger Wochenblatt, 1995

S. 35: die tageszeitung, 25.10.1983, S. 16

S. 40: Deutsche Rentenversicherung Nord

S. 47: Harburger Anzeigen und Nachrichten, 23.5.2003

S. 56 rechts: Baugenossenschaft freier Gewerkschafter eG

S. 58: Hamburger Wochenblatt, 2001

S. 60: Stadtteilarchiv Bramfeld

S. 63 oben: © Viktor Gmyria - Fotolia, Bildmontage bfö



Alida Schmidt-Stiftung

Hauptverwaltung
Hamburger Straße 152
22083 Hamburg
Tel. 040 / 227 10 10
Fax 040 / 227 10 119
E-Mail info.hv@alida.de

Die Stiftung im Internet: www.alida.de